Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **4. und 5. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2016/2017 vom 4. Juli 2016

von 16.15 Uhr bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.00 Uhr

Vorsitz: Ch. Leupi (SVP)
 Protokoll: K. Lang
 Entschuldigt: Ch. Baumann (SP), K. Gander (AL), B. Konyo (SP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.		Protokolle der 23./24. Sitzung vom 18. April 2016 des Amtsjahres 2015/2016 und der 1. Sitzung vom 9. Mai 2016 des Amtsjahres 2016/2017	
2.	16.62	Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission Mechatronik Schule Winterthur (msw) anstelle des zurückgetretenen M. Nater (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2014/2018	S. Stierli
3.	16.42 (DKD)	Gesamtbeurteilung Subventionsverträge mit kulturellen Einrichtungen: Bewilligung der Subventionsbeiträge in der Gesamthöhe von 2,857 Mio. Franken und Ermächtigung zu den Vertragsabschlüssen	U. Meier
4.	16.43 (DFI)	Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes 2015	Verschiedene Referent/innen
5.	16.71	Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle über das Jahr 2015	M. Gross
6.	16.63	Ombudsstelle Winterthur; Jahresbericht 2015	R. Keller
7.	16.66	Tätigkeitsbericht 2015 des Datenschutzbeauftragten	R. Keller
8.	16.67 (DFI)	Gewährung eines grundpfandgesicherten Darlehens von 1'260'240 Franken an die Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen (Gaiwo) für die Erstellung von subventionierten Wohnungen an der Holzlegistr. 30 a-c in Winterthur-Wülflingen	R. Kappeler

9.*	16.10
(DSS)	Volksinitiative «Erhalt der MSW», Mechatronik Schule Winterthur (Metalli)» / Ablehnung der Initiative und Gegenvorschlag in der Form der allgemeinen Anregung	K. Gander
10.*	16.26
(DSU)	III. Nachtrag zur Allgemeinen Polizeiverordnung vom 26. April 2004 (APV); Aufhebung von Art. 2bis APV (Mindestbestand der vereidigten Polizeiangehörigen)	K. Cometta
11.*	15.75
(DSU)	Begründung des Postulats M. Baumberger (CVP/EDU), D. Oswald (SVP) und St. Feer (FDP) betr. beschlossene Stellenaufstockung bei der Stadtpolizei erfüllen	
12.*	16.69
(DB)	Kredit von Fr. 722'000.00 inkl. MWST für die wertvermehrenden Ausgaben für die Sanierung und Instandsetzung des Werkhofs Tiefbau	F. Helg
13.*	16.68
(DB)	Kredit von Fr. 500'000.-- inkl. MWST für die Erstellung von Unterflurcontainern für Kehricht in der Altstadt (Projekt-Nr. 20499)	F. Helg
14.*	14.78
(DSO)	Antrag und Bericht zum Postulat M. Zeugin (GLP) und M. Thurnherr (SVP) betr. Steuerungsmöglichkeiten im Bereich der Sozialhilfekosten	
15.*	14.76
(DSO)	Beantwortung der Interpellation D. Schneider (FDP), M. Baumberger (CVP) und R. Keller (SVP) betr. Kostenexplosion bei der individuellen Unterstützung der Sozialhilfe	
16.*	15.62
(DSO)	Begründung des Postulats W. Schurter (CVP/EDU), D. Schneider (FDP) und D. Oswald (SVP) betr. Kosten für individuelle Unterstützung / Sozialhilfe	
17.*	15.74
(DSO)	Begründung des Postulats W. Schurter (CVP/EDU), U. Obrist (SVP) und D. Schneider (FDP) betr. Alterszentren in der Stadt Winterthur	
18.*	14.87
(DB)	Beantwortung der Interpellation A. Steiner (GLP/PP), R. Diener (Grüne/AL) und L. Banholzer (EVP) betr. Leiterkonzept Stadtraum Hauptbahnhof	
19.	14.106
(DB)	Beantwortung der Interpellation R. Diener (Grüne/AL), A. Steiner (GLP/PP), L. Banholzer (EVP/BDP) und Ch. Benz-Meier (SP) betr. Optimierung Velorouten Halden-Lind-Rundstr.	

(* An dieser Sitzung behandelten Geschäfte)

Ratspräsidenten Ch. Leupi heisst die Ratsmitglieder und die Gäste auf der Tribüne herzlich willkommen zur 4. und 5. Sitzung des Grossen Gemeinderates Winterthur. Speziell begrüsst die Ratspräsidentin die KV-Lernenden des zweiten Lehrjahres, die ihre Lehre in der Stadtverwaltung Winterthur absolvieren. Sie besuchen die Ratssitzung als Vorbereitung auf einen innerbetrieblichen Kurs.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: K. Gander hatte einen Unfall. Die Ratspräsidentin wünscht K. Gander gute Besserung.

Fraktionserklärung

Die Altstadt und die traditionellen Verkaufsgeschäfte, zu denen die Stadt Sorge tragen muss

A. Steiner (GLP/PP): Viele Geschäfte in der Altstadt kämpfen täglich um Kundschaft. Insbesondere Kleinunternehmen müssen laufend innovativ genug sein, um gegenüber grossen Ketten konkurrenzfähig zu bleiben. Ein bekanntes, alteingesessenes Fachgeschäft hat entschieden, den Laden umzubauen und einem Facelifting zu unterziehen, damit das Geschäft auch in Zukunft zeitgemäss auftreten kann. Für die Umbauphase wurde deshalb beantragt, dass ein Container vor dem Laden aufgestellt werden kann. Das lassen die Platzverhältnisse an diesem Ort durchaus zu. Das ist zwar ein Kostenpunkt, erlaubt aber dem Geschäft die Kunden ohne Unterbruch zu bedienen. Was danach folgte, hat A. Steiner zu denken gegeben: Von Seiten der Wirtschaftspolizei wurde insistiert, dass dieser Container für die Dauer des Marktes am 1. Mai, also für einen einzigen Tag, abtransportiert werden muss. Obwohl am Markttag nicht alle Stände besetzt waren und der Ladenbesitzer bereit war, die Standmiete vor seinem Laden zu übernehmen, hat man insistiert und verlangt, dass der Container abtransportiert wird. Daraufhin ist ein Camion vorgefahren, hat diesen Container aufgeladen, hat ihn für einen Tag an den Stadtrand transportiert, um ihn am Tag darauf wieder in die Altstadt zu transportieren. Selbstredend ist, dass das sehr teuer und sehr umständlich war. Die Geschichte ist aber noch nicht zu Ende. Der Ladenbesitzer hat sich selbstverständlich gegenüber dem Chef der Gewerbepolizei kritisch geäussert. Er hat Mühe damit, dass er als 180-jähriger Besitzer eines Geschäfts beziehungsweise eines Geschäfts mit einer 180-jährigen Tradition, der jedes Jahr in Winterthur Steuern bezahlt, gegenüber einem auswärtigen Standbetreiber im Nachteil ist. Darauf hat die Gewerbepolizei geantwortet, dass dieser Markt 400 Jahre Tradition hat, zudem hätte der Besitzer sein Geschäft nicht umbauen müssen. Bei solchen Geschichten fragt sich A. Steiner, ob in diesem Departement ein Führungsproblem besteht. Es braucht nicht einmal einen rostigen Paragraphen. Man kann Sinnloses offensichtlich auch ohne Paragraphen verordnen.

Stadträtin B. Günthard-Maier: Es klingt amüsant, wenn A. Steiner diese Geschichte erzählt. Die Stadträtin will eine Erklärung zu diesem Vorgehen, so handhaben wie immer. Sie muss zuerst nachfragen, was genau Sache ist und die Hintergründe abklären. Danach kann sie gerne in einem Votum im Gemeinderat oder mit A. Steiner persönlich den Sachverhalt erklären.

Persönliche Erklärung

M. Baumberger (CVP/EDU) richtet sich direkt an A. Steiner. Sie hat ein sehr wichtiges Thema aufgenommen – die Attraktivität der Altstadt und die lokalen Geschäfte. Was den rostigen Paragraphen anbelangt, kann M. Baumberger ganz andere Beispiele anführen. Er ist Revisor dieses ominösen Vereins. Er kann deshalb Beispiele anführen, gegen die das Departement von B. Günthard-Maier keine Chancen auf den rostigen Paragraphen hat. Es gibt andere, die viel bessere Sachen anbieten können. M. Baumberger will die Gelegenheit nutzen für einen Werbespott in eigener Sache. Er bittet die GLP, das Postulat, das heute zirkuliert, mit dem die Attraktivität der Altstadt erhöht werden soll, zu unterschreiben.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Letzte Woche haben die Ratsmitglieder mit dem Versand eine Dringliche Motion erhalten. Als erstes wird über die Dringlichkeit abgestimmt.

Dringliche Motion betreffend Unterstützung des Dampfzentrums Winterthur durch die Stadt (GGR-Nr. 2016.74)

R. Diener (Grüne/AL): Das Dampfzentrum, ehemals Vaporama, versucht seit längerer Zeit von der Stadt Winterthur Unterstützung für die wertvolle Sammlung zu erhalten, die vom Verein gepflegt wird. Zuletzt wurde im Januar 2016 eine entsprechende Anfrage an den Stadtrat eingereicht, die im April 2016 abschlägig beantwortet wurde. Aufgrund des Rückgangs der Beiträge von grossen Sponsoren ist die finanzielle Lage des Dampfzentrums sehr schwierig. Aktuell ist die Sammlung in der Halle 181 auf dem Lagerplatzareal eingemietet. Die Miete ist relativ hoch. Aus diesem Grund ist die finanzielle Lage extrem schwierig – trotz einer Reduktion der gemieteten Fläche und intensiver Suche nach neuen Sponsoren. „Dem Dampfzentrum geht die Kohle aus“, stand in der NZZ und in anderen Zeitungen. Aufgrund der finanziellen Probleme, von denen man in letzter Zeit immer wieder gehört hat, geht gerne vergessen, worum es eigentlich geht. Es handelt sich um eine wertvolle Sammlung von grosser industriegeschichtlicher Bedeutung. Sogar der Bund, der das Projekt geprüft hat, hat es als A-Projekt klassiert. Die Denkmalpflege und der Kanton, sowohl der Regierungsrat als auch die Leute des Lotteriefonds, haben der Sammlung einen hohen industriellen und kulturgeschichtlichen Wert zugemessen. Für Winterthur ist das Dampfzentrum die unmittelbare und direkt erlebbare Begegnung mit der industriellen Vergangenheit. Diese Vergangenheit ist aufs Engste mit der Firma Sulzer verknüpft und verbunden. Die engagierten Betreuer dieses Zentrums pflegen und betreuen die Maschinen, die zum Teil aus den Beständen der Firma Sulzer kommen. Wo sonst kann heute noch die industrielle Vergangenheit der Stadt Winterthur so unmittelbar und direkt erlebt werden – der frühe Boom der Industrialisierung? Wo sonst als im Dampfzentrum kann man eine alte Halle, in der die Industrieproduktion stattgefunden hat, mit Inhalt füllen? Mit einem Inhalt, der einen konkreten Bezug zu diesem Zeitraum hat? Das Dampfzentrum hat vor einigen Wochen einen öffentlichen Anlass durchgeführt, der über 1'500 Besucher angelockt hat. Ist das nicht Beweis genug, dass es sich um eine interessante Anlage handelt, die überregionale Bedeutung hat? Es ist unverständlich, dass ausgerechnet die Stadt Winterthur mit ihrer industriellen Vergangenheit nicht bereit ist dieses Projekt mit einem finanziellen Beitrag zu unterstützen. Deshalb hat R. Diener diese Motion zusammen mit Kollegen eingereicht.

Es geht letztlich um einen Beitrag in der Grössenordnung von einem halben Prozent der jährlichen kulturellen Ausgaben der Stadt Winterthur. Ein halbes Prozent, die Rede ist von ca. 50'000 Franken. Diese Summe wäre ein Türöffner für die Unterstützung durch den Lotteriefond, die im Rahmen eines Gesuchs zugesagt worden ist. Mit diesem Beitrag wird es zudem möglich, dass auch auf Bundesebene ein Unterstützungsbeitrag gesprochen werden kann. Zudem kann es auch einfacher sein, weitere Unterstützung und Sponsoren im privaten Bereich zu finden. Es liegt jetzt am Gemeinderat. Deshalb ist die Motion auf dem Tisch. Der Gemeinderat kann diese wertvolle Sammlung unterstützen und dafür sorgen, dass sie in Winterthur bleiben kann und die Industriegeschichte erlebbar bleibt. Ein Konzept, das geprüft worden ist, besteht bereits. Sicher gibt es noch Verbesserungsbedarf. Das ist den Motionären bewusst. Aber das Konzept bildet eine gute Basis, um zu starten. Vor einiger Zeit ist im Gemeinderat ein Postulat diskutiert worden betreffend UNESCO-Welterbe Raum Winterthur. Die Ratsmitglieder haben sich positiv geäussert und erklärt, dass in Winterthur einiges möglich wäre. Ein UNESCO-Welterbe sei aber zu gross für die Stadt. In verschiedenen Voten wurde versichert, dass man durchaus bereit ist, konkrete Projekte in der Region oder in der Stadt Winterthur zu unterstützen. Jetzt liegt ein konkretes Projekt vor mit einem Bezug zur Industriegeschichte. Jetzt, nicht irgendwann. Sind die Ratsmitglieder bereit, dieses Projekt zu unterstützen? R. Diener bittet die Ratsmitglieder, dem Dampfzentrum eine Chance zu geben. Die Motion ist dringlich, weil es ab dem 1. Januar 2017 unsicher ist, ob das Dampfzentrum überhaupt in Winterthur bleiben kann. R. Diener bittet die Ratsmitglieder, die Motion zu unterstützen und zu überweisen. Damit kann der Gemeinderat ein klares Signal geben, dass er das Dampfzentrum am Leben erhalten und weiter pflegen will.

Ratspräsidentin Ch. Leupi dankt R. Diener für die ausführliche Begründung der Dringlichkeit. Als erstes wird noch keine Diskussion zu diesem Geschäft geführt, sondern darüber abgestimmt, ob die Dringlichkeit befürwortet wird. Es braucht eine Zweidrittelmehrheit für die Dringlicherklärung. Anwesend sind 56 Ratsmitglieder. 38 Ratsmitglieder müssen die Dringlichkeit unterstützen, damit über das Geschäft beraten werden kann. Die Ratspräsidentin lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

Der Rat: 15 Ratsmitglieder unterstützen die Dringlichkeit, damit ist das Geschäft abgeschlossen.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Traktandenliste: Es sind keine Änderungen vorgesehen. Die Traktanden 12 und 13 können ohne Beratung behandelt werden. Die Traktanden 14 und 15 werden gemeinsam beraten.

9. Traktandum

GGR-2016.10: Volksinitiative «Erhalt der MSW», Mechatronik Schule Winterthur (Metalli)» / Ablehnung der Initiative und Gegenvorschlag in der Form der allgemeinen Anregung

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Ch. Magnusson wird anstelle von K. Gander das Geschäft und die Anträge aus der Kommission vorstellen. Die Ratspräsidentin bittet die Ratsmitglieder, danach die Minderheitsanträge zu stellen. Erst dann kann über das Geschäft beraten werden.

Ch. Magnusson (FDP) hat die Ehre das Geschäft im Rat präsentieren zu dürfen, nachdem die Mutter von Katharina Gander heute Mittag aus dem Spital angerufen hat. K. Gander ist mit dem Velo verunfallt. Ch. Magnusson hat aber erfahren, dass es ihr den Umständen entsprechend gut geht und wünscht gute Besserung. K. Gander hat das Geschäft hervorragend vorbereitet und eine ausformulierte Präsentation an Ch. Magnusson weitergegeben, die er jetzt dem Gemeinderat vortragen wird.

Es geht um die Volksinitiative und den stadträtlichen Gegenvorschlag zum Erhalt oder zur Weiterführung der MSW. Einleitend will Ch. Magnusson auf ein paar Facetten hinweisen, die die MSW auszeichnen. Die MSW oder Mechatronik Schule Winterthur (im Volksmund auch Metall genannt) ist ein Ausbildungsbetrieb mit angeschlossener Berufsfachschule. Die Schule wurde 1889 als „Metallarbeiterschule Winterthur“ gegründet. Bereits zwei Jahre nach der Gründung wurde für die Schule am bisherigen Standort an der Zeughausstrasse ein Gebäude errichtet. Der Hochkamin von anno dazumal steht immer noch. Mit den folgenden vier Schwerpunkten lässt sich die MSW treffend charakterisieren. Mechatronik: Das ist die Fokussierung auf die drei Berufssegmente Polymechaniker, Automatiker und Elektroniker. Die MSW ist einzigartig. Es handelt sich um eine spezielle Ausbildungsform, die alles unter einem Dach vereint. Karrierestart: Die Ausbildung ist breit gefächert, deshalb eignet sich ein Abschluss an der MSW als Sprungbrett für ein weiterführendes Studium. Vor allem auch weil die MSW eine überdurchschnittlich hohe Berufsmaturquote aufweist. Zudem werden gezielt Talente gefördert. Immer wieder gewinnen Lernende Wettbewerbe und Auszeichnungen, Medaillen und Preise, so auch im Jahr 2015, wo die MSW einen Medaillengewinner an der Berufsweltmeisterschaft und Erfolge am Wettbewerb „Schweizer Jugend forscht“ verbuchen konnte. Das hat eine lange Tradition, auf die die MSW entsprechend stolz ist.

Rückblick: Ursprünglich plante der Stadtrat die Beiträge an die MSW komplett zu streichen im Rahmen des Sparprogramms. Nach heftigem Widerstand aus der Bevölkerung und der Lancierung einer Volksinitiative lenkte der Stadtrat mit einem Gegenvorschlag ein. Er hat grundsätzlich festgehalten, dass die Schule erhalten bleiben soll, aber mit deutlich weniger Geld auskommen muss, wie viele andere Bereiche in der Stadt. Wie auf der Folie, die Ch. Magnusson zeigt, zu sehen ist, wollte die Stadt ursprünglich 4,5 Millionen Franken spa-

ren. Das entspricht dem Beitrag, den die Stadt früher bezahlt hat. Für die MSW hätte dies das komplette Aus bedeutet. Soviel Geld hätte die Schule nicht aufreiben können. Nach einem weiteren Projektauftrag reduzierte der Stadtrat die Sparvorgaben auf 2,5 Millionen Franken, was gemeinsam mit den Geldern des Kantons rund 160 Ausbildungsplätzen entspricht. Parallel dazu kam auch von Seiten des Kantons Druck, weil der mittelfristige Ausgleich der Erfolgsrechnung über acht Jahr verfehlt wurde und der Kanton ebenfalls sparen musste. Die Kürzung der Beiträge an die MSW ist unter anderem auch eine Massnahme, um den Ausgleich wieder zu erreichen. 1. Die Bildungsdirektion wird beauftragt ein einheitliches Finanzierungsmodell mit Pauschalen für die Lernenden einzuführen. 2. Der Regierungsrat soll eine Vorlage ausarbeiten zuhanden des Kantonsrates zur Aufhebung der kantonalen Lehrwerkstätten. Zudem soll der kantonale Beitrag an die Mechatronik Schule Winterthur auf höchstens 160 Lernende gesenkt werden. Konkret heisst das für die Stadt Winterthur, dass der Regierungsrat seinen jährlich wiederkehrenden Beitrag auf 3,5 Millionen Franken kürzt und nicht mehr 5 Millionen bezahlen will. Das sind massive Veränderungen. Das hat bewirkt, dass die Initiative mit grosser Unterstützung zustande gekommen ist.

Ziele der Initiative: 1. Die MSW als eine städtische Bildungsinstitution soll weiterhin in der Gemeindeordnung verankert bleiben. Die Initiative will verhindern, dass 240 Lehrstellen in Winterthur gestrichen werden und weiterhin gut ausgebildete Berufsleute auf den Markt bringen. Die MSW ist in der Bevölkerung sehr breit abgestützt und bietet eine qualitativ hochstehende Ausbildung an. 2. Die Stadt Winterthur soll die MSW führen im Rahmen der letzten Jahre, als Referenzjahr wird das Jahr 2014 angenommen. Die Stadt Winterthur soll die Schule als Lehrwerkstätte für Berufe im MINT Segment (Mathematik, Informatik, Natur- und Ingenieurwissenschaft und Technik) führen. 3. Dafür soll ein jährlich wiederkehrender Kredit bewilligt werden. Soweit die Initiative. Zu dieser Initiative hat der Stadtrat einen Gegenvorschlag erarbeitet. Er lehnt die Initiative ab, weil das für die Stadt finanziell nicht tragbar ist. Im Gegenvorschlag ist der Stadtrat in gewissen Punkten mit den Initianten einig in anderen weicht er ab. Einig ist der Stadtrat mit den Initianten, dass die MSW in der Gemeindeordnung verankert bleiben soll. Allerdings will der Stadtrat die Ausbildungsstätte an einem Standort konsolidieren. Die Berufsfachschule soll als Ausbildungsstätte bestehen bleiben. Der Berufsmaturitätsanteil (BM1) soll auf 75 % erhöht werden. Die Stadt finanziert die MSW mit netto 2 bis 2,5 Millionen Franken, vorbehaltlich einer massgeblichen Beteiligung durch den Kanton. Mit seinem Gegenvorschlag bekennt sich der Stadtrat zur MSW. Er will in einer konsolidierten MSW die Kernberufe auf einem hohen Niveau ausbilden. Die Ausbildungsplätze für 3 bis 6 Lernende für Anlagen- und Apparatebau und Informatik sind nicht wirtschaftlich, zumal in und um Winterthur auch noch Alternativen bestehen. Aus diesem Grund ist der Stadtrat der Meinung, dass auf diese Berufssegmente verzichtet werden kann. Bei den vom Stadtrat vorgeschlagenen 160 Lernenden handelt es sich um eine Modellrechnung aus dem Projektbericht, die auch der kantonalen Unterstützung entspricht.

Im Gegenvorschlag setzt der Stadtrat vermehrt auf Qualität statt Quantität und möchte unter anderem den Berufsmaturitätsanteil von bisher 50 auf 75 Prozent erhöhen. Nach einer Übergangsfrist von drei bis vier Jahren soll der MSW ein jährlicher Nettobeitrag von 2 bis 2,5 Millionen Franken zur Verfügung gestellt werden. Im Rahmen des engen finanziellen Spielraums ist es dem Stadtrat nicht möglich, die MSW weiterhin mit 4,5 Millionen Franken zu unterstützen. Ausserdem bemängelt der Stadtrat, dass die Volksinitiative auch dem Umstand wenig Rechnung trägt, dass die kantonalen Gelder auf 3,5 Millionen gekürzt werden. Wenn die Schule unverändert weitergeführt und Winterthur die Gelder des Kantons, die um 1,5 Millionen gekürzt werden, kompensieren soll, müsste die Stadt nicht 4,5 Millionen sondern 6 Millionen bezahlen. Im Referenzjahr betrug das Budget 2014 rund 11,4 Millionen und die Beteiligung des Kantons 5 Millionen. Dementsprechend würde ein relativ grosser Anteil bei der Stadt hängen bleiben. Die Initiative steht aus der Sicht des Stadtrates im klaren Widerspruch zum Sparprogramm Balance. Mit dem stadträtlichen Gegenvorschlag soll der Erhalt der MSW langfristig gewährleistet werden. Die Ausbildungsstätte bleibt weiterhin in der Gemeindeordnung verankert. Das bereits abgeschlossene Projekt „Prüfung tragfähiger Zukunftslösungen für die MSW“ konnte aufzeigen, dass die MSW mit einigen Anpassungen nachhaltig erhalten werden kann. Ziel ist es, dass ein hoher Anteil der Lernenden die Lehre mit einer Berufsmaturität abschliessen. Die Konzentration auf die drei Kernberufe und der

Zusammenzug an einem Standort an der Zeughausstrasse sollen einerseits die Qualität der Ausbildung und andererseits eine adäquate Kostenersparnis sichern. Zusammenfassung: Die gemeinsamen Ziele von Initiative und Gegenvorschlag sind der Erhalt der MSW, die Beibehaltung der Berufsfachschule, eine Ausbildung auf hohem Niveau und die Förderung der Berufsmaturität BM1. Unterschiede zwischen Initiative und Gegenvorschlag: Initiative: Die Stadt Winterthur führt die MSW im Rahmen der letzten Jahren als Lehrwerkstätte für MINT-Berufe. Dafür wird ein wiederkehrender Kredit bewilligt. Gegenvorschlag: Der Stadtrat will die Schule auf die mechatronischen Berufe konzentrieren und zwei Berufsfelder weglassen. Die MSW soll auf einen Standort konzentriert und der Berufsmaturitätsanteil auf 75 Prozent erhöht werden. Zudem sollen die Kosten auf 2 bis 2,5 Millionen reduziert werden.

Die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) hat die Vorlage an mehreren Sitzungen eingehend beraten. Die Kommissionsmitglieder sind über die Diskussionen der verschiedenen Player informiert worden, auch über die Resultate der von der MSW eingesetzten Kommission. Die BSKK stellt zum Antrag 3 des Stadtrats einen Änderungsantrag. Antrag 1 der stadträtlichen Weisung: „Es wird festgestellt, dass die Kommunale Volksinitiative „Erhalt der MSW“, Mechatronik Schule Winterthur (Metalli)“ gültig ist.“ Die Kommission empfiehlt den Antrag mit 9 zu 0 Stimmen zur Annahme. Hier gibt es nichts daran zu rütteln, darüber muss nicht gross diskutiert werden. Antrag 2: „Die Volksinitiative gemäss Ziffer 1 wird abgelehnt und der Volksabstimmung zur Ablehnung empfohlen.“ Die Kommission hat diesem Antrag mit 6 zu 0 Stimmen zugestimmt. Antrag 3: „Der Volksinitiative gemäss Ziffer 1 wird folgender Gegenvorschlag in der Form der allgemeinen Anregung gegenübergestellt und der Volksabstimmung zur Annahme empfohlen: Die Mechatronik Schule Winterthur (MSW) bleibt in der Gemeindeordnung verankert (bisher Metallarbeiterschule). Sie bietet eine umfassende und anspruchsvolle berufliche Grundbildung in eigener Berufsfachschule und Lehrwerkstätte an. Die angebotenen Berufsausbildungen werden unter dem Begriff Mechatronik definiert und zusammengefasst. Der Berufsmaturitätsanteil (BM1) der Lernenden soll bei 75 % liegen. Die MSW konzentriert sich auf einen Standort. Die Stadt Winterthur ist bereit, die MSW mittel- bis längerfristig mit einem jährlich wiederkehrenden städtischen Beitrag von netto 2,0 Mio. bis 2,5 Millionen Franken zu unterstützen, vorbehältlich einer massgeblichen Kostenbeteiligung durch den Kanton Zürich.“ Die Kommission hat diesen Antrag wie folgt geändert: **„Die Stadt Winterthur ist bereit, die MSW mittel- bis längerfristig mit einem jährlich wiederkehrenden Beitrag von netto 2,75 Millionen zu unterstützen, vorbehältlich einer massgeblichen Kostenbeteiligung des Kanton Zürich.“** Damit will die Kommission den städtischen Beitrag erhöhen, weil verschiedene Modellrechnungen aufgezeigt haben, dass mit einer kleinen Erhöhung auf 2,75 Millionen statt 160 Lernende 180 Lernende an der MSW ausgebildet werden könnten. Das hat in der Kommission eine Mehrheit gefunden von 6 zu 3 Stimmen. Ch. Magnusson ist der Ansicht, dass der Stadtrat diesem Kommissionsentscheid zustimmen kann. Antrag 4: „Wird die Volksinitiative zurückgezogen, findet keine Volksabstimmung statt und der Stadtrat arbeitet zuhanden des Grossen Gemeinderats eine Vorlage aus, die dem Gegenvorschlag entspricht.“ Dieser Antrag ist in der Kommission mit 9 zu 0 Stimmen angenommen worden. Zwei Punkte waren in der Kommission umstritten. Insbesondere wurden Diskussionen über den effektiven städtischen Beitrag geführt. Letztendlich konnte mit den 2,75 Millionen eine Mehrheit gefunden werden. Hinter diesem Kompromiss kann die Kommission mehrheitlich stehen. Es ist sicher gut, wenn alle Beteiligten nach dem heutigen Entscheid wissen, wie es weitergeht. Die Unsicherheit, die sich lange hingezogen hat, soll heute ein Ende haben, damit die MSW wieder eine Zukunftsperspektive hat. Soweit die Ausführungen und Erläuterungen von Katharina Gander.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Schliesst sich der Stadtrat dem Kommissionsantrag an?

Stadtrat St. Fritschi: Das ist so, der Stadtrat schliesst sich an.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Es sind zwei weitere Anträge gestellt worden. Sie bittet die beiden Sprecher, die Anträge vorzustellen. Danach kann gesamthaft über das Geschäft diskutiert werden.

D. Berger (Grüne/AL) verliest den zweiten Teil des Votums von Katharina Gander. Er wird das Referat auf Hochdeutsch vortragen. Seit dem zweiten Weltkrieg sind wir wirtschaftlich ein sehr erfolgreiches Land. Dies haben wir den stetigen Investitionen ins Bildungssystem zu verdanken. Für eine Nation, die über keine lukrativen Rohstoffe verfügt, stellen kluge Köpfe das wichtigste Potential dar. Denn der Vorsprung beginnt im Kopf. Um die Zukunftsfähigkeit auf Dauer zu sichern, sind gute Bildung, neue Technologien und Innovationen die einzigen Mittel. Wer glaubt, Bildung sei teuer, weiss nicht wie viel Dummheit kostet. Wir von der Fraktion Grüne/AL möchten weiterhin am Erfolgsmodell MSW, einer Institution, die sich bereits 126 Jahre lang bewährt hat, unbedingt festhalten. Im Rahmen eines hoffentlich mehrheitsfähigen Kompromisses schwäche ich meinen ursprünglichen Antrag, mit dem ich 216 Lehrlinge fordern wollte, ab und schlage ihnen vor, dass sich die Stadt Winterthur zum gleichen Teil wie der Kanton Zürich, sprich mit 3,5 Millionen an der MSW beteiligt. Mit diesem Beitrag könnten ungefähr 192 Lehrlinge ausgebildet werden. Das ist eigentlich ein Gegenvorschlag zum Kommissionsantrag. Gute Bildung bereichert – ganz im Sinne von Humboldt – nicht nur das Leben, sondern auch die Gesellschaft. In diesem Sinne besten Dank für die Unterstützung.

Z. Dähler (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion stellt den Antrag, dass der Betrag, der im korrigierten Gegenvorschlag mit netto 2,75 Millionen eingetragen ist, mit **maximal 2,75 Millionen** eingetragen wird. Der Artikel 3 soll durch folgenden Satz ergänzt werden: **Für Schüler und Schülerinnen mit Wohnsitz ausserhalb der Stadt Winterthur werden unter Berücksichtigung der kantonalen Beiträge kostendeckende Schulgelder erhoben.**“ Für den Fall, dass dieser Antrag nicht angenommen wird, stellt die CVP/EDU-Fraktion den Eventualantrag, dass der ursprünglich vom Stadtrat formulierte Antrag zum Tragen kommen und die Stadt einen jährlich wiederkehrenden Beitrag von netto 2 bis 2,5 Millionen leisten soll.

L. Banholzer (EVP/BDP): Die EVP/BDP-Fraktion ist überzeugt, dass es die MSW auch in Zukunft braucht. Den Ansatz der Initiative, die Schule unverändert zu erhalten, als Referenzjahr gilt das Jahr 2014, können die Fraktionsmitglieder zwar nachvollziehen, finden ihn aber nicht zukunftstauglich. Jede Schule, jeder Betrieb muss sich den veränderten Bedingungen anpassen – nicht nur im finanziellen sondern auch im strategischen Bereich. Berufe und Arbeitswelt verändern sich. Damit entstehen auch neue Herausforderungen. Es gilt sich zu verbessern und sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Das war auch in der Vergangenheit so, auch in der langen über 125 jährigen Geschichte der MSW. Es ist richtig, dass Veränderungen an der Schule primär aufgrund des veränderten finanziellen Umfelds anstehen. Das Geld ist knapper und der Kanton sieht es nicht mehr als seine Aufgabe an, Lehrwerkstätten, wie die MSW eine ist, zu finanzieren. Trotzdem ist seit einigen Wochen bekannt, dass der Kanton weiterhin einen Beitrag leisten wird. Das ist erfreulich und reduziert den finanziellen Druck auf die Stadt. Streitfrage war grundsätzlich die Anzahl Lernende, die an der Schule ausgebildet werden sollen und können. Dabei geht es nicht ausschliesslich um die Lernenden, sondern auch um das Personal an der Schule. Es ist klar, weniger Lernende bedeutet auch einen Stellenabbau an der MSW. Verschiedene Zahlen sind genannt worden. Als optimale Anzahl standen zuerst 216 Lernende im Fokus. Das würde aber bedeuten, dass die Stadt kaum Geld einsparen könnte. Der Kanton ist lediglich bereit, einen Beitrag zu leisten, der für 160 Lernende ausreicht. Der von der Kommission vorgeschlagene Kompromiss mit einem städtischen Beitrag von maximal 2,75 Millionen, mit dem ca. 180 Lehrstellen finanziert werden können, ist in den Augen der EVP/BDP-Fraktion vertretbar. Mit 45 Lernenden in jedem Lehrjahr erreicht die MSW eine Grösse, die für die 8 Klassen eine sinnvolle Auslastung bedeutet. Der Fokus auf die Ausbildung in Mechatronik macht die Metalli einzigartig, setzt aber auch ein relativ hohes Bildungsniveau voraus. Die Zielsetzung, 75 Prozent Berufsmaturabsolventen unter den Lernenden zu erreichen, ist recht ambitioniert. Unklar ist auch, was passiert, wenn es bereits bei der Rekrutierung nicht möglich ist, diesen Zielwert zu erreichen. Die Absicht, dass nach einer Lehre an der MSW möglichst viele Absolventen eine höhere Ausbildung anstreben können, ist aber folgerichtig. Fazit: Der EVP/BDP-Fraktion liegt der Erhalt der MSW am Herzen. Genau deshalb lehnt die Fraktion die Initiative ab, weil der Stadt nach der Senkung des Kantonsbeitrags zusätzliche Aufgaben aufgebürdet würden.

Das kann sich Winterthur schlicht nicht leisten. Auch den Antrag der AL, dass die Stadt in Zukunft 3,5 Millionen bezahlen soll, wird die EVP/BDP-Fraktion nicht unterstützen. Die Übergangsfrist wird noch einige Jahre in Anspruch nehmen. Wichtig ist, dass möglichst schnell klar ist, wie es mit der MSW weitergehen soll. Mit dem Gegenvorschlag des Stadtrates, der die Bereitschaft beinhaltet, 2,75 Millionen für die Metalli zu bezahlen, kann die Schule bald wieder in ruhigere Bahnen gelenkt werden. Die EVP/BDP-Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates mit den Änderungen durch die Kommission zustimmen.

Z. Dähler (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion würde gerne den ersten, das heisst ganz ursprünglichen Antrag des Stadtrates unterstützen – nämlich die Schliessung der MSW oder als Alternative, die Privatisierung. Es ist nicht die Aufgabe der Stadt eine Eliteschule zu führen, schon gar nicht, wenn ein Grossteil des Betrages, der heute Abend gesprochen wird, ein Geschenk ist an die umliegenden Gemeinden im Speckgürtel. Fast 2 Millionen wird die Stadt voraussichtlich für Schülerinnen und Schüler aus den umliegenden Gemeinden ausgeben. Das bezahlen die Steuerzahler von Winterthur und nicht die Eltern dieser Schülerinnen und Schüler. Die Stadt Winterthur kann sich das nicht leisten. Infolgedessen unterstützt die CVP/EDU-Fraktion die Initiative nicht. Sie unterstützt aber grundsätzlich den unveränderten Gegenvorschlag, weil er das kleinere Übel ist. Den Antrag der Grüne/AL-Fraktion unterstützt die CVP/EDU-Fraktion nicht.

G. Stritt (SP): Die SP hat sich bereits 2014, als bekannt wurden, dass die Zukunft der MSW gefährdet ist, mit der Petition „Metalli“ mit grossem Engagement für den Erhalt dieser wichtigen Ausbildungsstätte ausgesprochen. Es ist deshalb selbstverständlich, dass sich die SP auch jetzt und in Zukunft für diese Schule einsetzen wird. Die MSW ist seit ihrer Gründung ein Beispiel für Innovation und geniesst als Ausbildungsort einen hervorragenden Ruf. Sie muss deshalb in bestmöglicher Qualität und mit einer optimalen Anzahl Ausbildungsplätze erhalten bleiben. Nicht zuletzt profitiert auch die Wirtschaft von den gut ausgebildeten Fachkräften. Bildung ist die wertvollste Ressource, die wir haben. Das Bildungssystem ist mit seiner Durchlässigkeit ein Erfolgsrezept, das auch über die Schweizer Grenze hinaus beachtet wird. In die Bildung zu investieren, bedeutet in die Zukunft und in junge Menschen zu investieren. Es ist erfreulich, dass heute so viele junge Leute im Publikum sitzen. Die MSW leistet einen wichtigen Beitrag an die Bildung. Es ist der SP bewusst, dass aufgrund der finanziellen Situation der Stadt und aufgrund des Entscheids des Kantons, den Beitrag an die MSW zu senken, auch die MSW finanzielle Opfer bringen muss. Enttäuschend ist, dass der Kanton auf dem Buckel der Bildung sparen will und fast gleichzeitig bekannt wird, dass ganz aktuell mit der Unternehmenssteuerreform III einmal mehr die Grosskonzerne Steuergeschenke in Millionenhöhe erhalten sollen. Diese Gelder fehlen in der Bildung und nicht zuletzt auch der MSW.

Die SP begrüsst es, dass der Stadtrat mit seinem Gegenvorschlag, mit der Verankerung der MSW in der Gemeindeordnung, diese Ausbildung sichern will. Es bleibt aber nach wie vor offen, ob mit der Reduktion der Ausbildungsplätze, aktuell von 240 auf 160 bis 180, und mit der massiven Reduktion des finanziellen Beitrags der Stadt, das Überleben der MSW langfristig gesichert ist. Es ist noch zu wenig konkret, wie die zukünftige Ausgestaltung der MSW aussehen soll. Die SP kann sich noch kein klares Bild machen. Sie erwartet deshalb von der Umsetzungsvorlage möglichst konkrete Aussagen und Informationen und würde es ausserdem begrüssen, wenn von einer höchstmöglichen Zahl von Ausbildungsplätzen ausgegangen würde. Allenfalls sollte geprüft werden, ob 200 Ausbildungsplätze möglich sind. Eine zu tiefe Anzahl Plätze beinhaltet die Gefahr, dass ein Platz im Verhältnis zu hohe Kosten generiert und dass sich die Klassengrössen bald in einem kritischen Bereich bewegen. Das sind alles Faktoren, die die Zukunft der MSW gefährden. Es ist aus Sicht der SP wünschenswert und wichtig, dass mit dem Initiativkomitee eine Lösung gefunden wird, damit der Rückzug der Initiative möglich ist und keine Volksabstimmung stattfinden muss. Das wäre sowohl aus finanziellen als auch aus zeitlichen Gründen für alle von Interesse. Die SP fordert, dass eine Vertretung des Initiativkomitees bei der Ausarbeitung der Umsetzungsvorlage aktiv involviert wird. Damit wäre gewährleistet, dass auch deren Anliegen und Ideen Gehör finden und die Entwicklung der MSW in eine akzeptable Richtung geht – auch für die Initianten. Die SP hat

Verständnis dafür, dass das Initiativkomitee aufgrund der noch wenig konkreten Vorstellungen über die Zukunft der MSW im Moment an der Initiative festhält. Die SP unterstützt neben dem Gegenvorschlag des Stadtrates, also dem ergänzten Vorschlag, weiterhin auch die Initiative und den Antrag der Grüne/AL-Fraktion. Den Antrag der CVP/EDU-Fraktion lehnt die SP ab. Das auch deshalb, weil ein hohes Risiko besteht, dass die Zahl der Lernenden auf ein zu tiefes Niveau sinken wird, wenn diese auf die Stadt beschränkt werden. Die Schule könnte dann aus finanziellen Gründen gezwungen werden, Leute aus der Stadt aufzunehmen, die eigentlich den schulischen Anforderungen nicht entsprechen. Das kann häufige Lehrabbrüche zur Folge haben. Zudem kann die Qualität der Schule nicht mehr sicher gehalten werden.

G. Gisler (SVP) dankt Ch. Magnusson für die kurzfristige Übernahme der Präsentation. Sie wünscht Katharina Gander gute Besserung. Vorgängig dankt G. Gisler auch Stadtrat St. Fritschi und insbesondere den Kommissionskolleginnen und Kollegen für die konstruktive Zusammenarbeit in der letzten Woche. Gerade in dieser Woche musste ein sehr sportlicher Sitzungsplan bewältigt werden. Die Schweizer Wirtschaft beklagt sich über zu wenig Ingenieure. Die MSW leistet einen wichtigen Beitrag an die Ausbildung von Ingenieuren. Ein Ziel der MSW ist es, möglichst vielen Lernenden den Zugang zur ZHAW zu ermöglichen. Sie schafft es nachhaltig, Lernende an die Schweizermeisterschaft respektive an die Berufsweltmeisterschaft zu senden. Dieses hohe Niveau muss die MSW beibehalten. Deshalb ist sie ein wichtiger Bestandteil in der Bildungsstadt Winterthur. Sie leistet damit auch einen Beitrag an die Standortförderung Winterthur. Doch diese Leistung kostet. Das Departement Schule und Sport hat in der Kommission verschiedene Rechnungsmodelle präsentiert. Die Kommissionsmitglieder haben gesehen, dass mit der von den Initianten geforderten Beibehaltung des Standes von 2014 für die Stadt, ausgehend vom verbleibenden Beitrag des Kantons von 3,5 Millionen, Kosten von 6,05 Millionen entstehen würden für 244 Lernende. Das sind knapp 2 Millionen mehr als bisher. Da auch der kantonale Beitrag gekürzt wird, muss die Stadt diesen gekürzten Beitrag ebenfalls übernehmen. Bekanntlich will die Stadt Winterthur mit dem Sparprogramm Balance die Kosten in den Griff bekommen. Dazu gehört auch, dass die Ausgaben für die MSW überprüft werden. Eine Redimensionierung ist somit unumgänglich, die SVP unterstützt diese Redimensionierung. Letztlich hat sich herauskristallisiert, dass bei einer Anzahl von 180 Lernenden die Stadt Winterthur 2,75 Millionen einschliessen müsste. Mit dieser Anzahl kann eine passable Klassengrösse garantiert werden. Hier ist die Kommission den Initianten ein Stückweit entgegengekommen. Dem Kompromissvorschlag der Kommission kann sich die SVP-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt anschliessen. Anträge 1, 2 und 4 der Weisung: Die SVP-Fraktion wird sich dem Stadtratsantrag anschliessen. Dem Antrag der AL, dass die Stadt 3,5 Millionen an die MSW bezahlen soll, kann sich die SVP nicht anschliessen. Die Ersparnisse gegenüber dem bisherigen Beitrag der Stadt Winterthur von 4,3 Millionen würden dann lediglich 0,8 Millionen betragen. Auch mit einem Beitrag von 2,75 Millionen ist der Erhalt der MSW garantiert. Der SVP ist es wichtig, dass die Balance-Massnahmen weitgehend umgesetzt werden. Antrag der CVP/EDU: Grundsätzlich gilt, wenn die MSW das hochstehende Niveau beibehalten will, kann sie sich nicht nur auf die Lernenden aus Winterthur abstützen. Sie ist auch auf Auswärtige angewiesen. Dennoch wird sich die SVP-Fraktion mehrheitlich dem Antrag der CVP/EDU-Fraktion anschliessen und zwar aus rein finanzieller Sicht. Dahinter steht der Gedanke, dass Auswärtige, die eine Dienstleistung der Stadt Winterthur beanspruchen, für die Kosten aufkommen sollen.

M. Zehnder (GLP/PP): Auch die Mitglieder der GLP/PP-Fraktion freuen sich über jede Erfolgsmeldung von den Berufsmeisterschaften und über jede lobende Erwähnung der MSW. Ist es aber die Aufgabe einer Stadt, die Berufsbildung, die eigentlich privat organisiert ist, zu fördern oder zu übernehmen? Die MSW hat schon immer eine Vorreiterrolle übernommen. Bereits bei der Gründung vor rund 126 Jahren hat die MSW Berufe ausgebildet, die auf dem Platz Winterthur besonders gefragt waren. Als viele Jahre später Elektroniker in der Industrie gefragt waren, aber keine Ausbildungsplätze angeboten wurden, ist die MSW eingesprungen und hat die Ausbildung zum Elektroniker angeboten. Jetzt, wo die Industrie 4.0 ausgerufen

wird, bietet die MSW Ausbildungsplätze in den Bereichen Automation und Mechatronik an. Wenn man Winterthurer Ingenieure in diesen Bereichen und auch im Bereich Robotik haben will, reicht es nicht, wenn die Ausbildungsplätze der Privaten genutzt werden. Es braucht auch Ausbildungsplätze an der MSW für diese Berufslehren. Der Fachkräftemangel beschränkt sich nicht auf Winterthur. Mangel herrscht im ganzen Kanton und eigentlich auch in der ganzen Schweiz. Es wäre deshalb schön zu sehen, wenn Kanton und Bund etwas mehr Geld oder mehr Unterstützung für diese Ausbildungsplätze leisten würden. Wenn man also vom Kanton mehr Geld sehen würde.

Aus Winterthurer Sicht muss die Frage gestellt werden, wer bezahlt die Ausbildung von Lernenden, die nicht in Winterthur wohnen. Wenn der Kanton die Unterstützung nicht für nötig erachtet, die Industrie sich mit dem Ausbildungszentrum Winterthur (AZW) zufrieden gibt und auch der Bund diese Ausbildungen nicht unterstützt, stellt sich die Frage, ob Winterthur nicht die Schülerzahl reduzieren muss oder von den Schülern, die von auswärts kommen, höhere Ausbildungsbeiträge verlangen müsste. Der Anteil der Winterthurer Schüler sollte an dieser Schule unbedingt wieder zunehmen. Momentan liegt er bei ca. 30 Prozent. Das heisst, dass ein grosser Teil der Winterthurer Steuergelder für die Ausbildung von Schülern, die von ausserhalb der Stadt kommen, genutzt wird. Die GLP/PP-Fraktion ist nicht gleicher Meinung wie die CVP/EDU-Fraktion. Sie will nicht die Vollkosten übertragen. Ansonsten würden keine Auswärtigen mehr die MSW besuchen. Wenn auswärtige Jugendliche an der MSW aufgenommen werden können, ist das eine Bereicherung der Kultur an der Schule. Das erhöht auch das Ansehen der Schule. Eine Reduktion der angebotenen Berufe auf die drei, die im Bericht erwähnt werden, erscheint sehr sinnvoll. Ein Verzetteln der Ressourcen auf noch mehr Ausbildungen und noch mehr verschiedene Berufe ist nicht sinnvoll. Die Initiative, so wie sie formuliert ist, hält die GLP/PP-Fraktion für zu starr. Es ist zu befürchten, dass die MSW damit nicht mehr flexibel genug ist, um sich allenfalls der Industrie zu öffnen. Es ist zu hoffen, dass die MSW vermehrt auf die Industrie zugeht, dass sie aber auch vermehrt Kooperationen mit der ZHAW eingeht. Eigentlich sollte sie längerfristig nicht mehr von den Geldern der Stadt Winterthur abhängig sein. Das heisst die Öffnung nach aussen muss unbedingt stattfinden, damit wäre es auch zu rechtfertigen, dass Ausbildungsplätze von Schülern genutzt werden, die nicht in Winterthur wohnen. Die MSW erfüllt eine sehr wichtige Aufgabe für die Stadt, den Kanton und den Bund, vor allem für die Jugendlichen, die eine berufliche Laufbahn im Bereich der Technik einschlagen wollen. Die GLP/PP-Fraktion ist der Meinung, dass die 2,75 Millionen, die jetzt im Antrag stehen und denen der Stadtrat auch zugestimmt hat, ausreichen sollten. Die Fraktion wird den Antrag der AL, die 3,5 Millionen, ablehnen.

Ch. Magnusson (FDP): Aus der Sicht der FDP geht es bei diesem Geschäft auch darum, zu entscheiden, ob man lieber die Taube auf dem Dach oder den Spatz in der Hand haben will. Die MSW ist in Winterthur fest verankert, das durfte Ch. Magnusson bereits erläutern. Obwohl es keine gesetzliche Pflicht gibt und die Berufsbildung nach liberaler Ansicht Privatsache ist, will die FDP die MSW erhalten und den städtischen Beitrag unterstützen. Die Forderungen der Initianten gehen aber finanziell zu weit und zementieren einen gewissen Status, der aus der Sicht der FDP nicht zu hundert Prozent zukunftsgerichtet ist. Die FDP unterstützt die Konzentration auf einen Standort und vor allem die Neuausrichtung auf die angebotenen Berufe. Die Reduktion auf drei Berufssegmente ist sehr sinnvoll und marktorientiert. Ausserdem hat die FDP von Anfang an den Antrag der BSKK unterstützt, den städtischen Beitrag auf 2,75 Millionen zu erhöhen und damit 180 Plätze anstelle von 160 Plätzen zu ermöglichen. Die FDP hält das für einen sinnvollen Kompromiss. Diese Lösung, das hat sich in der Kommission und heute auch in verschiedenen Voten gezeigt, ist mehrheitsfähig. Deshalb fordert Ch. Magnusson die Initianten auf, nach entsprechender Bedenkzeit, die Initiative zurückzuziehen und einer Lösung Platz zu machen, damit der Weg frei ist für die Zukunft der MSW. Mit diesem Vorgehen geht man nicht das Risiko ein, dass die Schule letztendlich ganz wegfällt. Eine Volksabstimmung, die sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag ablehnt, was durchaus ein realistisches Szenario ist in der heutigen finanziellen Situation der Stadt, hätte eine Reduktion der städtischen Beiträge an die MSW von 100 Prozent zur Folge. Sprich, das wäre das Todesurteil für diese Schule. Das ist die Ansicht von Ch. Magnusson, die sicher vom Stadtrat geteilt wird. Dementsprechend lehnt die FDP den Antrag der Grü-

ne/AL-Fraktion ab. Ch. Magnusson hat gestern mit seiner Tochter zwei Stunden lang die Proportionalität geübt. Eine Erhöhung von 160 auf 180 Arbeitsplätze kostet die Stadt anstatt 2,5 Millionen 2,75 Millionen – das heisst mit 250'000 Franken mehr können 20 Arbeitsplätze mehr zur Verfügung gestellt werden. Für Mehrkosten von 750'000 Franken wären es nur zusätzliche 12 Arbeitsplätze, das erscheint Ch. Magnusson extrem ineffizient. Diesen Antrag kann die FDP nicht unterstützen. Genauso lehnt sie den Antrag der CVP/EDU-Fraktion ab, die Beiträge auf Winterthurer Lernende zu beschränken. Die Argumente sind zwar richtig, aber die Schule hat ihren Standort in Winterthur und die Rede ist von einem Beitrag der Stadt für diese Schule und nicht nur für Winterthurer Schüler. Andernfalls müsste die Stadt nicht 2,75 Millionen bezahlen sondern noch rund 800'000 Franken. Der Anteil der Winterthurer Lernenden beträgt etwas über 30 Prozent. Auch das käme einem Todesurteil für die MSW gleich. Das hat Z. Dähler in seinem Votum eigentlich auch gesagt. Dementsprechend wird die FDP diese beiden Anträge nicht unterstützen. Sie steht voll und ganz hinter dem Antrag der BSKK und hofft, dass damit ein tragfähiger Kompromiss vorliegt, der ohne Volksabstimmung durchgeht und die Zukunft der MSW sichert.

D. Berger (Grüne/AL): Jetzt ist bereits über die gesamte Vorlage gesprochen worden und nicht nur über die Anträge. Deshalb meldet sich D. Berger erneut zu Wort. Er wird die Haltung der Grüne/AL-Fraktion erklären. Es besteht ein gewisser Unmut, weil die Berufsbildung zur Privatsache erklärt wird. Sie müsse von der Industrie, das heisst von der Wirtschaft übernommen werden. Die Unternehmen jammern zwar über den Fachkräftemangel, aber scheinbar ist man nicht in der Lage, selber genug Leute auszubilden. Das ist eher tragisch. Man holt lieber Leute von auswärts in die Schweiz anstatt genügend Leute auszubilden. Nichtsdestotrotz die Metalli gehört zu Winterthur und ist sicher auch ein wichtiger Standortfaktor. Die Schule ist darauf angewiesen, dass auch Auszubildende von ausserhalb kommen. Den Antrag der CVP/EDU-Fraktion lehnt die Grüne/AL-Fraktion ab. Damit ein genügend grosser Pool an Auszubildenden zur Verfügung steht, ist die Schule darauf angewiesen, dass auch Leute von ausserhalb die MSW besuchen. Schlussendlich ist die Metalli aber keine heilige Kuh, die immer genau gleich weiterlaufen muss. Nichtsdestotrotz ist es wichtig, dass genügend in die Schule investiert wird. Den Dreisatz hat D. Berger in dieser kurzen Zeit nicht selber ausgerechnet. Aber er hält trotzdem fest, dass mit einem möglichst guten Gegenvorschlag vielleicht verhindert werden kann, was am meisten Angst macht – nämlich dass die Initiative angenommen wird. Das Ziel der Grüne/AL-Fraktion ist der Erhalt der Metalli. Sie wird für die Initiative stimmen und auch für den Gegenvorschlag. Den Antrag der CVP/EDU-Fraktion lehnt sie ab.

D. Oswald (SVP): Auf das Votum von D. Berger hin, muss D. Oswald einen Punkt berichtigen. Er sagt, dass die Privatwirtschaft nicht in der Lage ist, selber genügend Leute auszubilden. Das ist schlichtweg nicht wahr. Das AZW organisiert im Prinzip diese Ausbildung privat unter Beteiligung der ortansässigen Firmen. Das funktioniert bestens. Schlussendlich bieten diese Firmen eine praxisnähere Ausbildung an. Die Lehrlinge arbeiten in den einzelnen Betrieben, damit kennen sie die Praxis und nicht nur den Schulbetrieb, wie das an der MSW der Fall ist. Die Aussage von D. Berger stimmt einfach nicht. Die Wirtschaft bildet Leute aus. Sie macht das gut. Ein weiteres Problem wird die Stadt über Kurz oder Lang haben. Die Rede ist von der notwendigen Anzahl Lernende. Es ist fraglich, ob es zielführend ist, wenn sich zu wenig Schulabgänger mit genügender Qualifikation bewerben, um die Lehrstellen im AZW und an der MSW zu besetzen. Das ist aktuell die Situation. Im Kanton Zürich und in der Schweiz gibt es nicht zu wenig Lehrstellen, sondern zu wenig qualifizierte Schulabgänger. Man sollte mit der Bildungspolitik über die Bücher gehen, die in den letzten 20 bis 30 Jahren an die Wand gefahren wurde. Es ist fraglich, ob es der richtige Weg ist, mit Steuergeldern die besten Schulabgänger der Privatwirtschaft wegzunehmen. Das ist nicht richtig. Aber die SVP wird dem Kompromiss, der jetzt auf dem Tisch liegt, zustimmen. Damit es in die richtige Richtung geht. Man wird sehen, wie es weitergeht. Aber es sind Dinge gesagt worden, die so nicht den Tatsachen entsprechen. Das ist schade. Die MSW macht einen guten Job. Es wird aber bereits Angst verbreitet, wenn die SVP mehr Markverhalten oder Eigeninitiative fordert. Für D. Oswald ist das kein gutes Zeichen.

M. Baumberger (CVP/EDU) dankt dem Kollegen D. Oswald. Er hat einige Dinge klargestellt. Es ist in der Tat so, dass es zu viele Lehrstellen und zu wenig Lehrlinge gibt. Wenn in Winterthur ein öffentliches Institut alle guten Schulabgänger wegschnapp, weil die Schule nicht viel kostet und die Lernenden zudem einen Lohn erhalten, ist es nicht besonders attraktiv für Industriebetriebe in die Stadt zu kommen und Lehrlinge auszubilden. Das ist komplett der falsche Weg. Was M. Baumberger wundert, sind die Beweggründe der FDP und der AL. Diese werden sich M. Baumberger nie ganz erschliessen, als Konservativer ist das schwer zu verstehen. Er will aber einen Punkt noch klären: Die CVP will nicht, dass keine Auswärtigen diese Schule besuchen, ganz im Gegenteil. Sie sollen gerne kommen. Die CVP fordert, dass sie dafür etwas bezahlen. In den Gemeinden rund um Winterthur sind die Steuern viel tiefer. M. Baumberger fragt die Linken, die immer vom Speckgürtel und den tiefen Steuern sprechen, warum diesen Leuten ein weiteres Geschenk gemacht werden soll. Sie können bereits Geld sparen und sollen etwas zahlen, wenn sie in Winterthur diese Schule besuchen. Zu den Beweggründen der FDP: Es ist sicher ein böser Gedanke, aber wenn die FDP politisch weiterkommen will, darf sie die vielen Wähler, die im Speckgürtel wohnen, nicht verärgern. Die Alternativen: M. Baumberger wäre froh, um ein anarchistisch offenes Modell. Jetzt wird doch ein wenig den anderen Linken nachgeredet. Er hätte gerne ein anarchistisches Element – etwas Neues, etwas Kreatives und dass D. Berger feststellt, dass das was die AL fordert, sehr kontraproduktiv ist.

R. Dürr (Grüne/AL) hat jetzt zum zweiten Mal gehört, dass man die auswärtigen Jugendlichen mit höheren Gebühren belasten sollte. Sie muss sich aber fragen, warum es die Stadt bis heute nicht geschafft hat, den Eintrittspreis für Auswärtige ins Hallenbad oder die Preise für andere Angebote der Stadt zu erhöhen. Leute, die in der Stadtverwaltung arbeiten und von auswärts kommen, bezahlen ihre Steuern auch nicht in Winterthur. Sie bezahlen die Steuern im Speckgürtel. Hier sagt niemand etwas. R. Dürr findet es komisch, dass ausgerechnet von dieser Seite gefordert wird, die Lernenden zu bestrafen.

M. Baumberger (CVP/EDU): Man merkt, dass R. Dürr noch nicht lange im Rat ist. Das ist seit langen ein Thema, das die CVP/EDU-Fraktion immer unterstützt hat. Hier kann man gemeinsam etwas machen. M. Baumberger ist seit langem dafür, dass für einen Eintritt ins Hallenbad oder ins Freibad für Auswärtige mehr verlangt werden müsste. R. Dürr hat das falsche Opfer ausgesucht.

M. Zeuglin (GLP/PP): M. Baumberger versucht einen Handstand ohne die Hände auf den Boden zu legen. Es ist selbstverständlich so, wenn man die Forderungen der CVP umsetzt, muss die Schule geschlossen werden. Was eigentlich auch so gesagt worden ist. Man muss aber anerkennen, dass die Metallarbeiterschule durchaus einen wichtigen Beitrag im Rahmen des Industriestandortes Winterthur leistet. Natürlich bilden auch die Privaten aus, natürlich gibt es noch andere Institutionen. Aber man muss aufpassen, weil gewisse Industriebetriebe leider ihre produktiven Arbeitsplätze an andere Orte verlagern. Wenn man den Industriestandort Winterthur erhalten will, ist diese Schule ein Faktor von vielen. In diesem Sinne ist es ein weises Verhalten des Stadtrates, dass er sich dem Kompromissvorschlag anschliesst und erklärt, dass er die Möglichkeit bieten will, die MSW mittelfristig zu erhalten. Auch die MSW muss sich, wie die EVP sehr schön gesagt hat, selbstverständlich einem Wandel unterziehen. Wenn der Heimatbegriff an die Gemeindegrenze gelegt wird, muss man sich fragen, ob das wirklich zukunftsfähig ist. Trotzdem, eine kleine Ergänzung gegenüber der AL. Es ist relativ speziell, einerseits den Erhalt dieser Schule und damit eine Industriepolitik zu fordern, aber auf der anderen Seite, wenn es um günstigen Wohnraum geht, laufend der Vernichtung von Industrieland zuzustimmen. Hier muss man dafür sorgen, dass die Stadt für die Industrie gesamthaft spannende Rahmenbedingungen bieten kann. Dazu gehören sowohl Ausbildungsplätze und Karrieremöglichkeiten für Junge als auch Industrie-flächen. Es ist deshalb ein guter Weg, wenn der Gemeinderat dem Kompromiss unterstützt.

M. Baumberger (CVP/EDU): Der geschätzte Kollege Zeugin mag etwas von Handständen verstehen, nicht aber von Wirtschaft. Als Vertreter von Wirtschaftsunternehmen, der die Entwicklung in der ganzen Schweiz verfolgt, muss M. Baumberger ganz klar sagen: Es sind nicht die Firmen, die das wollen. Der Impuls kommt nicht von den Industriebetrieben. Das ist falsch. Was noch mehr beunruhigt, ist die Sache mit der Grenzziehung. Die Ratsmitglieder sind gewählte Vertreter der Stadt Winterthur und sitzen für die Bürger der Stadt Winterthur im Rat. Es ist deshalb nicht zu verantworten, dass die Winterthurer Bürger, die Rechnung bezahlen müssen für Leute, denen es viel besser geht. Das kann nicht sein. Selbstverständlich liegt diese Grenz an der Stadtgrenze. Dort ist auch die Steuergrenze. Dafür kämpft die CVP/EDU-Fraktion. M. Baumberger hofft, dass alle Ratsmitglieder das machen.

Ch. Magnusson (FDP) ist angesprochen worden. Er will deshalb auch eher persönlich als inhaltlich antworten. Die Rede ist von konservativen Politikern. Ch. Magnusson wünscht doch etwas mehr Konservatismus. Immerhin, konservativ kommt aus dem lateinischen von „conservare“, das heisst bewahren. Genau darum geht es, darüber wird heute Abend diskutiert. Es geht nicht um Schliessen, sondern darum diese Schule zu bewahren. Also eigentlich eine sehr konservative Haltung. Für einmal übernimmt die FDP diese Position und bewahrt das was den Winterthurern lieb und teuer ist, im wahrsten Sinn des Wortes. Die Schule soll weitergeführt werden. In diesem Sinn, übernimmt die FDP für einmal den konservativen Teil, während M. Baumberger relativ reaktionär daher kommt.

D. Berger (Grüne/AL): Es ist relativ schwierig mit all den Themen – Grund und Boden etc. – die jetzt ins Spiel gekommen sind. M. Baumberger ist offenbar irritiert, er weiss nicht wer die Anarchisten sind oder die Marxisten. D. Berger ist Mitglied eines bürgerlichen Parlaments und verhält sich dementsprechend. Entsprechend denkt er sehr praktisch. Der Vorschlag der CVP wäre der Todesstoss für die MSW. Punkt fertig, das hat nichts mit Kommunismus zu tun, sondern schlicht mit Pragmatismus. Auf das Votum von M. Zeugin geht D. Berger heute nicht ein, weil an anderer Stelle über das Thema diskutiert werden kann.

M. Baumberger (CVP/EDU) hat sich als Lateiner sehr wohl Gedanken gemacht, was das Wort Konservativ bedeutet. M. Baumberger will den Kulturkampf nicht erneut beginnen, den die CVP geführt hat. Er erachtet es als Chance, dass auch die FDP auf den konservativen Weg zurückkommt. Das ist sehr begrüssenswert. Konservativ bedeutet aber in erster Linie, die Dinge zu bewahren. Aber man kann auch etwas bewahren und verbessern. Was die CVP will, ist eine kleine Verbesserung für die Steuerzahler in Winterthur. Das will die FDP offenbar nicht. Im Speckgürtel hat die CVP nicht viele Wähler, das gibt M. Baumberger offen zu. Deshalb muss sie auch keine Rücksicht nehmen.

Stadtrat St. Fritschi muss die Ratsmitglieder wieder auf den Boden der Realität zurückholen. Die philosophischen Abschweifungen sind zwar spannend. Auch die politischen Richtungen zu verfolgen, ist interessant. Aber Stadtrat St. Fritschi muss den Gemeinderat wieder auf die Realität der MSW zurückholen. Er kann sich erinnern, als ihm vor drei Jahren die SP und die JUSO die Petition zur Erhaltung der MSW überreicht haben, hat er auch einen Nussknacker erhalten. Wieso haben die Petitionäre ihm einen Nussknacker gegeben? Eine Lösung zu finden, mit der die MSW erhalten werden kann, ist wirklich eine Knacknuss. Eine Knacknuss war das in den letzten Jahren tatsächlich, bis die Lösung gefunden werden konnte, die jetzt als Kompromisslösung auf dem Tisch liegt. Die Aussage von Ch. Magnusson will Stadtrat St. Fritschi ein wenig abändern. Ch. Magnusson hat gesagt, dass heute Abend darüber diskutiert wird, ob man die Taube auf dem Dach oder den Spatz in der Hand will. Stadtrat St. Fritschi behauptet, es geht darum ob man den Spatz auf dem Dach oder die Taube in der Hand will. Die vorliegende Kompromisslösung bringt die MSW weiter, sie macht die MSW besser. Das kann Stadtrat St. Fritschi begründen. Er muss aber zuerst einige Korrekturen anbringen. Die Lernenden verdienen an der MSW kein Geld. Einzig die Lehrpersonen erhalten Geld. Die Lernenden erhalten keinen Lohn. Das will der Stadtrat klarstellen. Sie erhalten keinen Lohn.

M. Baumberger (CVP/EDU): Die Lernenden erhalten Geld.

Stadtrat St. Fritschi: Sie erhalten kein Geld. M. Baumberger kann das mit den drei Herren auf der Zuschauertribüne diskutieren. Die Lernenden können ihren Bankauszug zeigen, sie erhalten kein Geld. Sie erhalten keinen Lehrlingslohn. Es ist gesagt worden, der Stadtrat habe beschlossen, die MSW zu schliessen. Das stimmt nicht. Der Stadtrat wollte nie die MSW schliessen. Er hat vor ca. drei Jahren eine Anfrage an den Regierungsrat gerichtet. Er hat angefragt, ob der Kanton die MSW übernimmt. Diese Anfrage ist nie veröffentlicht worden. Die MSW ist eine sehr gute Schule aber Winterthur kann es nicht mehr rechtfertigen, dass diese Schule mit städtischen Mitteln bezahlt wird. Der Regierungsrat hat eine öffentliche Antwort gegeben, das hat der Stadtrat nicht erwartet. In seiner Antwort hat der Regierungsrat erklärt, dass er die MSW nicht übernehmen will. Das sei sowieso nicht Aufgabe der Gemeinden etc. Das war vor ca. drei Jahren. Der Stadtrat hat dieses Antwortschreiben so nicht gewünscht. Aber das Ganze ist damit ins Rollen gekommen. Die Stadt musste andere Lösungen suchen. Zum damaligen Zeitpunkt ist die Antwort des Kantons so negativ ausgefallen, dass der Stadtrat froh sein musste, dass der Kanton überhaupt auf eine Diskussion eingestiegen ist und weiterhin einen Beitrag leisten will. Wenn der Kanton 3,5 Millionen an die MSW bezahlt, ist das ein sehr gutes Verhandlungsergebnis. Der Kanton schliesst zwei eigene Lehrwerkstätten ohne Wenn und Aber. Es hat zwar auch Widerstand gegeben, aber der Kanton ist bereit zu schliessen. Die MSW und die Modeco sind zwei Lehrwerkstätten, die der Kanton weiterhin finanzieren will – allerdings im Rahmen einer Kürzung. Es ist nicht richtig, dass der Stadtrat beschlossen hat, die MSW zu schliessen. Er war lediglich der Meinung, dass der städtische Beitrag reduziert werden kann. Er musste aber im Rahmen des Projektes feststellen, dass sich seine Idee nicht umsetzen liess und ein Kompromiss angepeilt werden musste. Die MSW ist wirklich eine sehr gute Institution. Sie ist eine Perle, die aber so erhalten werden muss, dass sie auch in Zukunft eine Perle bleibt und einzigartig ist. Ausser dem Ladenbesitzer, den A. Steiner erwähnt hat, hat niemand im Rat die Gründung der MSW erlebt, weil die Schule 127 Jahre alt ist.

Diese Institution hat sich immer wieder dadurch ausgezeichnet, dass sie sich im Laufe der Zeit gewandelt hat. Sie hat sich jeweils den neuen Voraussetzungen angepasst. Diesen Schritt muss die MSW in nächster Zukunft machen, damit sie erhalten werden kann. Wenn man nichts macht, ist das ein Rückschritt und die MSW ist nicht mehr zukunftsfähig. Wieso? Die MSW muss ihre Strategie schärfen. Sie muss einzigartig bleiben. Sie muss sich gegenüber dem AZW klar abgrenzen. Sie darf nicht das gleiche Produkt anbieten wie das AZW. Das AZW arbeitet hervorragend und es bringt nichts, wenn die Stadt mit Steuergeldern die gleichen Produkte anbietet. Die Stadt kann es rechtfertigen, wenn mit Steuergeldern etwas angeboten wird, das es sonst nicht gibt, das die Volkswirtschaft aber benötigt. Sehr aufwändige Ausbildungsgänge, wie diejenigen für mechatronische Berufe, bringen einen volkswirtschaftlichen Nutzen, wenn die Stadt diese Ausbildung anbieten kann. Deshalb gehören Apparat- und Anlagenbau nicht ins Konzept. Diese Ausbildungen werden bereits genügend angeboten. Das hat D. Oswald richtig festgestellt. Es macht keinen Sinn, wenn Winterthur diese Ausbildung in Konkurrenz zu den Privaten anbietet. Es macht auch keinen Sinn, wenn die Stadt Informatikausbildungen anbietet, wenn es eine Informatikmittelschule (IMZ) gibt. Ausserdem gibt es in der Privatwirtschaft Lehrstellen für Informatik. Aber es macht Sinn, dass die MSW weiterhin Automatiker, Elektroniker und die hoch spezialisierten Polymechaniker ausbildet und zwar mit einer Schärfung der Strategie. Es wird erwartet, dass die Lernenden vermehrt die Berufsmittelschule I besuchen während der Lehre. Die Verkleinerung macht Sinn. Deshalb kann von einer Taube in der Hand gesprochen werden. Wenn die MSW verkleinert wird, dann wird sie besser. Sie wird auf das reduziert, was vom Markt verlangt wird.

Gute Schulabgänger und Schulabgängerinnen, die eine Berufsausbildung machen, sind nicht sehr zahlreich. Die Konkurrenz durch die Akademisierung ist gross. Viele wollen das Gymnasium besuchen und deshalb keine hochwertige Berufsausbildung machen. Das ist ein Fakt, auch wenn viele das nicht gut finden. Die Anzahl von guten Schulabgängern und Schulabgängerinnen nimmt nicht zu sondern eher ab. Wenn das Niveau gehalten werden soll, muss die MSW reduziert werden – auch zahlenmässig. Deshalb ist es ganz wichtig, die

Schule zu verkleinern. Aber es gib auch ganz klar einen finanziellen Anreiz, die MSW zu verkleinern. Die Sparvorhaben müssen umgesetzt werden. Die MSW muss günstiger werden für die Stadt aber auch für den Kanton. Der Kanton wird ebenfalls weniger an die MSW bezahlen. Mit dem Kompromiss, dem heute hoffentlich zugestimmt wird, konnte die bestmögliche Variante für die MSW gefunden werden. Mit diesem Konzept kann sie gut in die Zukunft gehen. Die MSW wird von vielen Fraktionen, vom KMU Verband und von der Handels- und Arbeitgebervereinigung Winterthur getragen. Auch von der ZHAW wird der Kompromiss getragen, wie das Gespräch gezeigt hat, das Stadtrat St. Fritschi vor kurzem mit der Rektorin der School of Engineering geführt hat. Der Vorschlag, der jetzt auf dem Tisch liegt, wird von vielen getragen. Stadtrat St. Fritschi hofft, dass auch die Initianten merken, dass ein guter Kompromiss gefunden werden konnte. Er räumt ein, dass ohne die Initianten eine so gute Lösung kaum möglich gewesen wäre und empfiehlt den Initianten innig, die Initiative zurückzuziehen, sollte es heute eine Mehrheit geben für den Kompromissvorschlag.

Der Stadtrat zeigt anhand von Zahlen die Verpflichtung der Stadt Winterthur auf: Mit dem Kompromissvorschlag müsste sich die Stadt Winterthur mit 2,75 Millionen an der MSW beteiligen und der Kanton mit 3,5 Millionen. Wenn die Initiative angenommen würde, müsste die Stadt Winterthur den Rest von 6,1 Millionen übernehmen. Die Differenz zum Kompromissvorschlag beträgt 3,4 Millionen. Das ist mehr als ein Steuerfussprozent. Es ist fraglich, ob die Bevölkerung der Stadt Winterthur bereit wäre ein Steuerfussprozent mehr zu bezahlen, nur damit zahlenmässig mehr Lernende ausgebildet werden können, obwohl das nicht zu rechtfertigen ist. Die MSW kann nicht 240 Lernende auf hohem Niveau rekrutieren. Die Schülerzahl soll soweit beschränkt werden, dass es zu rechtfertigen ist, wenn Steuergelder eingesetzt werden. Zudem soll die MSW den privaten Anbietern auf dem Lehrlingsmarkt keine Konkurrenz machen. Die vorliegende Lösung bringt die MSW weiter. Stadtrat St. Fritschi wünscht der MSW alles Gute für die Zukunft. Sie hat eine schwierige Zeit hinter sich. Die Unsicherheit hat lange gedauert. Es ist zu wünschen, dass eine Einigung auf diesen Kompromissvorschlag zustande kommt. Die MSW kann damit weitergebracht werden. 180 Lernende sind eine ideale Grösse. Von der SP ist moniert worden, dass man keine Idee hat, wie das umgesetzt werden soll. Eine Idee wäre, dass jedes Jahr für jeden Beruf 20 Lernende rekrutiert werden und alle vier Jahre in den drei Berufen Automatiker, Elektroniker und Polymechaniker keine Lernenden rekrutiert werden. Damit würde die Zahl von 180 Lernenden erreicht. Damit hätte man auch eine ideale Klassengrösse. Diese Idee wird an der MSW weiterverfolgt. Es gibt vielleicht noch andere bessere Lösungen. Es gibt sehr gute praxistaugliche Vorschläge, mit denen eine ideale Klassengrösse erreicht werden kann. Damit können Kosten eingespart und die Anzahl Klassen auf 9 reduziert werden. Stadtrat St. Fritschi bittet die Ratsmitglieder dem Kompromissvorschlag zuzustimmen.

Antrag der CVP/EDU-Fraktion: Z. Dähler ist ehrlich, wenn er erklärt, dass die MSW unnötig ist und von der Stadt Winterthur nicht mehr unterstützt werden soll. Soviel Ehrlichkeit hat der Stadtrat bei diesem Geschäft noch nie so deutlich gehört. Das ist zu respektieren und es zeugt von Mut. Die Auswärtigen bezahlen 1'000 Franken Schulgeld, die Lernenden aus der Stadt Winterthur bezahlen nichts und Lernende, die nicht im Kanton Zürich wohnen, bezahlen die Vollkosten. Zurzeit besucht ein Schüler die MSW, der nicht im Kanton Zürich wohnt. Wenn jetzt erwartet wird, dass die 70 % Lernende, die von auswärts kommen, die vollen Kosten bezahlen, das heisst wenn 2,75 Millionen auf diese Lernenden verteilt werden müssten, dann müssten sie zwischen 15'000 und 16'000 Franken jährlich bezahlen, um die MSW zu besuchen. Die MSW steht in Konkurrenz zum AZW oder zu privaten Anbietern. Die Lernenden erhalten dort einen Lehrlingslohn. An der MSW erhalten die Lernenden keinen Lohn. Wenn jetzt noch 15'000 Franken jährlich bezahlt werden müssen, dann wird die MSW um 70 % reduziert. Das heisst es werden höchstens 72 Lernende die MSW besuchen. Damit wäre die Schule nicht mehr zukunftsfähig. Eine Schule, die nur noch von 30 % der Lernenden besucht wird, ist nicht mehr lebensfähig. An sich ist die Haltung des Stadtrates nicht ganz konsequent. Das ist Stadtrat St. Fritschi bewusst. Berufsbildung ist eigentlich keine Aufgabe der Gemeinden und konsequenterweise müsste den auswärtigen Lernenden die Vollkosten in Rechnung gestellt werden. Aber in der Praxis ist das leider nicht möglich. Stadtrat St. Fritschi schliesst aber nicht aus, dass in Zukunft der Beitrag von 1'000 Franken, den die Auswärtigen bezahlen müssen mässig erhöht wird, vielleicht auf 1'500 oder 2'000

Franken, damit der Unterschied spürbar wird und die Winterthurer Lernenden etwas attraktivere Bedingungen haben.

Jetzt liegt eine sehr gute Lösung auf dem Tisch. Stadtrat St. Fritschi hofft, dass die Initianten zustimmen. Der Stadtrat wird sich mit den Initianten treffen, die heute erfreulicherweise anwesend sind. Der Kompromissvorschlag ist eine breit getragene Lösung. Stadtrat St. Fritschi hofft, dass die Initiative zurückgezogen wird, auch in Anbetracht dessen, dass die Initianten viel dazu beigetragen haben, dass die Kompromisslösung gefunden werden konnte. Wenn bei einer Abstimmung zweimal ein Nein resultiert, das heisst die Initiative und der Gegenvorschlag abgelehnt wird, wäre das für den Stadtrat zwar kein Befehl die MSW zu schliessen, aber es wäre ein Zeichen. Die MSW müsste aus der Gemeindeordnung gestrichen werden. Der Stadtrat sieht dann keine Lösung mehr für die MSW. Sie müsste wohl geschlossen werden. Der Kompromiss hat viel Energie und Absprachen erfordert. Der Stadtrat sähe bei einer Ablehnung keine andere Variante als die Schliessung. Die MSW ist aber in der Gemeindeordnung verankert. Stadtrat St. Fritschi hofft, dass die Ratsmitglieder sich für diese Taube in der Hand entscheiden und eine weise Entscheidung fällen.

M. Baumberger (CVP/EDU), persönliche Erklärung: Nach dem längeren Diskurs des Stadtrates bliebe noch einiges zu sagen. M. Baumberger bittet den zuständigen Stadtrat, den Unterschied zwischen einem Lohn und einer fixen Prämie zu erklären. Die Lernenden erhalten eine fixe Prämie. Es ist eine Spitzfindigkeit, zu sagen, dass sie keinen Lohn erhalten. Die Lernenden erhalten Geld. Das will M. Baumberger festhalten, damit die Leute informiert sind. Vielleicht hat der Stadtrat gedacht, dass niemand das merkt. M. Baumberger will das festgestellt haben, damit die Leute nicht in die Irre geführt werden.

Stadtrat St. Fritschi: Jetzt verliert die Diskussion etwas an Niveau. Die Rede ist von 70 Franken Prämie, die monatlich an die Lernenden gezahlt werden. An keiner Lehrstelle verdienen die Lernenden lediglich 70 Franken. Das kann auf der Internetseite des AZW nachgelesen werden. Jetzt wird wirklich auf einem tiefen Niveau diskutiert.

Ratspräsidentin Ch. Leupi stellt den Kommissionsantrag: „Die Stadt Winterthur ist bereit, die MSW mittel- bis längerfristig mit einem jährlich wiederkehrenden städtischen Beitrag von netto 2,75 Millionen Franken zu unterstützen.“ Dem Antrag der CVP/EDU-Fraktion gegenüber: „Die Stadt Winterthur ist bereit, die MSW mittel- bis längerfristig mit einem jährlich wiederkehrenden städtischen Beitrag von netto **maximal** 2,75 Millionen Franken zu unterstützen.“

Der Rat stimmt dem Kommissionsantrag zu.

Ratspräsidentin Ch. Leupi stellt den Kommissionsantrag dem Antrag der AL gegenüber: „Die Stadt Winterthur beteiligt zum gleichen Teil wie der Kanton Zürich, sprich mit 3,5 Millionen an der MSW. Mit diesem Beitrag könnten ungefähr 192 Lehrlinge ausgebildet werden.“

Der Rat stimmt dem Kommissionsantrag zu.

Ratspräsidentin Ch. Leupi lässt über den Eventualantrag der CVP/EDU-Fraktion abstimmen und stellt ihn dem Kommissionsantrag gegenüber: „Die CVP/EDU-Fraktion unterstützt grundsätzlich den unveränderten Gegenvorschlag des Stadtrates: Die Stadt Winterthur ist bereit, die MSW mittel- bis längerfristig mit einem jährlich wiederkehrenden Beitrag von netto 2,0 bis 2,5 Millionen Franken zu unterstützen.“

Der Rat stimmt dem Kommissionsantrag zu.

Ratspräsidentin Ch. Leupi lässt über den Antrag der CVP/EDU-Fraktion abstimmen: „Für Schüler und Schülerinnen mit Wohnsitz ausserhalb der Stadt Winterthur werden unter Berücksichtigung der kantonalen Beiträge kostendeckende Schulgelder erhoben.“

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Ratspräsidentin Ch. Leupi lässt über Ziffer 1 der Weisung abstimmen: Es wird festgestellt, dass die Kommunale Volksinitiative «Erhalt der MSW», Mechatronik Schule Winterthur (Metalli)» gültig ist.

Der Rat stimmt Ziffer 1 der Weisung einstimmig zu.

Ratspräsidentin Ch. Leupi lässt über Ziffer 2 der Weisung abstimmen: Die Volksinitiative gemäss Ziffer 1 wird abgelehnt und der Volksabstimmung zur Ablehnung empfohlen.

Der Rat stimmt Ziffer 2 der Weisung mit 37 zu 19 Stimmen zu.

Ratspräsidentin Ch. Leupi lässt über die bereinigte Ziffer 3 der Weisung abstimmen: „Der Volksinitiative gemäss Ziffer 1 wird folgender Gegenvorschlag in der Form der allgemeinen Anregung gegenübergestellt und der Volksabstimmung zur Annahme empfohlen: «Die Mechatronik Schule Winterthur (MSW) bleibt in der Gemeindeordnung verankert (bisher Metallarbeiterschule). Sie bietet eine umfassende und anspruchsvolle berufliche Grundbildung in eigener Berufsfachschule und Lehrwerkstätte an. Die angebotenen Berufsausbildungen werden unter dem Begriff Mechatronik definiert und zusammengefasst. Der Berufsmaturitätsanteil (BM1) der Lernenden soll bei 75 % liegen. Die MSW konzentriert sich auf einen Standort. Die Stadt Winterthur ist bereit, die MSW mittel- bis längerfristig mit einem jährlich wiederkehrenden städtischen Beitrag von netto 2,75 Millionen Franken zu unterstützen, vorbehaltlich einer massgeblichen Kostenbeteiligung durch den Kanton Zürich.“

Der Rat stimmt der bereinigten Ziffer 3 mit 56 zu 0 Stimmen zu.

Ratspräsidentin Ch. Leupi lässt über Ziffer 4 der Weisung abstimmen: Wird die Volksinitiative zurückgezogen, findet keine Volksabstimmung statt und der Stadtrat arbeitet zuhanden des Grossen Gemeinderats eine Vorlage aus, die dem Gegenvorschlag entspricht.

Der Rat stimmt Ziffer 4 der Weisung einstimmig zu.

10. und 11. Traktandum

GGR-Nr. 2016.026: III. Nachtrag zur Allgemeinen Polizeiverordnung vom 26. April 2004 (APV); Aufhebung von Art. 2bis APV (Mindestbestand der vereidigten Polizeiangehörigen) und

GGR-Nr. 2015.075: Begründung des Postulats M. Baumberger (CVP/EDU), D. Oswald (SVP) und St. Feer (FDP) betr. beschlossene Stellenaufstockung bei der Stadtpolizei erfüllen

K. Cometta (GLP/PP): Ausgangslage: Die SVP hat mit einer Volksinitiative 6 zusätzliche Polizeistellen pro Jahr gefordert. Der Stadtrat hat einen Gegenvorschlag unterbreitet, der am 25. November 2012 mit 75 % ja Stimmen vom Volk angenommen wurde. Der Gegenvorschlag beinhaltet, dass das Korps von 203 Stellen im Jahr 2011 bis im Jahr 2016 auf 217 Stellen erhöht werden soll. Das Jahr 2016 ist jetzt. Am 24. Februar 2014 hat der Gemeinderat die Allgemeine Polizeiverordnung angepasst mit einem neuen Artikel 2^{bis}. Um diesen Artikel geht es heute – das heisst um die Umsetzung des Gegenvorschlags. Der Artikel sieht vor, dass der Mindestbestand des Polizeikorps bis Ende 2016 auf 217 Stelleneinheiten erhöht wird. Dabei geht es ausschliesslich um die vereidigten Polizisten, nicht um die Zivilangestellten. Die Stellenaufstockung soll schrittweise realisiert werden. Der Einsatz der zusätzlichen Polizeikräfte soll unter Berücksichtigung des städtischen Sicherheitskonzepts erfolgen.

Dieses Sicherheitskonzept soll alle Aspekte berücksichtigen – soziale, planerische, bauliche und sicherheitspolitische. Es geht um eine ganzheitliche Betrachtung, nicht nur um die Stadtpolizei. In der Folge hat der Stadtrat das Sparprogramm Balance vorgestellt. Er hat am 9. März 2016 dem Gemeinderat beantragt, den Artikel 2^{bis}, den der Gemeinderat beschlossen hat, wieder aufzuheben. Wenn der Gemeinderat heute Abend dieser Streichung zustimmt, gibt es erneut eine Volksabstimmung zu diesem Thema. Wenn der Gemeinderat den Antrag des Stadtrates ablehnt, ist das Ganze vom Tisch. Nachdem Balance vorgestellt worden ist, hat die Stadtpolizei rasch reagiert. Die eingeleitete Personalaufstockung ab 2015 wurde sofort gestoppt. Der Personalbestand wurde bei 206,5 Stellen eingefroren. In den Budgets der Jahre 2016 und 2017 sind nur diese 206,5 Stellen budgetiert. Bezüglich Sicherheitskonzept wurden die Arbeiten sistiert. Das Erarbeiten eines Sicherheitskonzepts hat sich als komplexer erwiesen, als erwartet. Man hat die Sicherheit nicht nur umfassend, sondern allumfassend betrachtet. In dieser Aufgabe hat man sich offenbar verloren. Zudem stehen zu wenig personelle Ressourcen in der Geschäftsleitung der Stadtpolizei zur Verfügung, um sich richtig um dieses Projekt zu kümmern. Die stadtinterne Zusammenarbeit ist gut – zum Beispiel mit dem Jugenddienst und der Drogenanlaufstelle. Das Sicherheitskonzept muss in diese bestehenden Prozesse eingebettet werden. Das ist ein wenig heikel. Es sollen keine neuen Doppelspurigkeiten kreiert werden. Relativ spät, zu spät, hat man einen externen Berater beigezogen, der festgestellt hat, dass dieses Projekt Schiffbruch erlitten hat. Dieser Berater hat das Vorgehen aufgezeigt, falls erneut von vorne begonnen werden sollte. Das ist der aktuelle Stand: Sicherheitskonzept – ausser Spesen nichts gewesen. Das sagt K. Cometta jetzt relativ salopp. Aber es wirkt schon ein wenig so. Wenn der Artikel 2^{bis} der APV aufgehoben wird, ist das Sicherheitskonzept ebenfalls vom Tisch.

Haltung des Stadtrates: Der Stadtrat sieht sich aufgrund der aktuellen Finanzlage veranlasst, seine Finanzpolitik anzupassen und auch bei der Sicherheit zu sparen. Er ist sich bewusst, dass das rechtsstaatliche Fragen aufwirft. 75 % der Bevölkerung hat der Aufstockung zugestimmt, das ist doch relativ gewichtig. Die Abstimmung ist zudem noch nicht lange her. Deshalb ist klar, wenn dieser Artikel aufgehoben wird, widerspricht das dem Volkswillen von 2012. Auswirkungen: Wenn der Gemeinderat dem stadträtlichen Antrag folgt und den Artikel aufhebt, wird der Polizeibestand bei 206,5 vereidigten Polizisten bleiben. Das entspricht dem Stand 2012. Zudem wird kein Sicherheitskonzept ausgearbeitet. Das führt dazu, dass die Stadt jährlich wiederkehrend 1,3 Millionen sparen kann. Aber es führt natürlich auch dazu, dass die Stadtpolizei mit den bestehenden Ressourcen ihre Aufgaben bewältigen muss. Die Departementsvorsteherin hat deshalb bereits ein Strategieprojekt angestossen. Das heisst Roadmap 2020. Das ist eine Organisationsentwicklung, die, wie der Name sagt, in den nächsten 4 Jahren zeigen soll, wie die polizeilichen Aufgaben effizient gewährleistet werden können. Es wird noch ein Rückweisungsantrag gestellt, deshalb wird K. Cometta die Haltung der Fraktion später vortragen.

S. Näf (SP): Rückweisungsantrag: Die SP stellt den Antrag das Geschäft 2016/26, den dritten Nachtrag zur APV, an den Stadtrat zurückzuweisen. Der Rückweisungsantrag lautet folgendermassen: „Zunächst ist das in Artikel 2^{bis} Absatz 3 APV verankerte Sicherheitskonzept auszuarbeiten. Anschliessend hat der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat betreffend der benötigten Polizeistellen unter Berücksichtigung des im Sicherheitskonzept ausgewiesenen Bedarfs eine neue Weisung vorzulegen.“ Die SP stellt den Rückweisungsantrag aus folgendem Grund: Gemäss dem Gegenvorschlag, der vom Volk deutlich angenommen wurde, ist ein städtisches Sicherheitskonzept auszuarbeiten, das auch die Aspekte der sozialen, planerischen und baulichen Sicherheit sowie die Tätigkeitsfelder Schule, Sozialarbeit und Stadt- und Quartierentwicklung umfasst. Obwohl diese Abstimmung im Jahr 2012 stattgefunden hat, liegt das Sicherheitskonzept noch nicht vor. Der Stadtrat beantragt jetzt mit der vorliegenden Weisung, im Rahmen der Sparbemühungen auf die ebenfalls vom Volk beschlossene Stellenaufstockung bei der Stadtpolizei zu verzichten. Diese Ausgangslage ist sehr schwierig, weil die Aussagen zur zwingenden Notwendigkeit der zusätzlichen Polizeistellen weit auseinander liegen. Zudem fehlt es an den Beurteilungsgrundlagen, damit abgeschätzt werden kann, ob auf diese Stellenaufstockung angesichts der schwierigeren Finanzlage verzichtet werden kann oder ob diese zusätzlichen Stellen zwingend benötigt werden. Die SP

will diese wichtige Frage auf seriösen Grundlagen beantworten können. Es ist daher nötig, dass zuerst das Sicherheitskonzept vorliegt, bevor die Frage beantwortet werden kann, ob, wie vom Stadtrat beantragt, auf die Stellenaufstockung verzichtet werden kann. Aus dem Sicherheitskonzept muss sich ergeben, welche personellen Ressourcen die Polizei für welche Aufgaben an welchen Orten benötigt. Dass die Erarbeitung des Sicherheitskonzepts gestoppt wurden, ist sehr zu bedauern, weil die Stadt für den äusserst wichtigen Sicherheitsbereich, sowie für die in diesem Bereich sehr wichtige Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Stellen, beispielsweise zwischen der Polizei und den Schulen oder der Quartierentwicklung, ein Konzept benötigt, das die Grundlagen für eine moderne und effiziente Polizeiarbeit bildet. Zusammenfassend fehlen der SP ohne das Vorliegen dieses Sicherheitskonzepts zum jetzigen Zeitpunkt die Grundlagen, um zu beurteilen, ob bei der Polizei die zusätzlichen Stellen zwingend benötigt werden oder ob im Rahmen der laufenden Sparbemühungen auf diese Stellen verzichtet werden kann. Die SP beantragt aus diesem Grund die Rückweisung des Geschäfts an den Stadtrat, damit dem Gemeinderat zuerst das Sicherheitskonzept vorgelegt werden kann und die Ratsmitglieder in Kenntnis dieser Grundlagen fundiert über die Anzahl Stellen diskutieren und entscheiden können.

Ratspräsidentin Ch. Leupi bittet die Ratsmitglieder als nächstes ausschliesslich zum Rückweisungsantrag zu sprechen.

J. Altwegg (Grüne/AL) kann es kurz machen. Anschliessend kann über den Nachtrag zur APV diskutiert werden. Die Grüne/AL-Fraktion ist der Ansicht, dass die Rückweisung am Volkswillen vorbeizieht. Eine Rückweisung würde lediglich eine weitere Verzögerung und eine Verschleppung zur Folge haben. Deshalb lehnt die Grüne/AL-Fraktion die Rückweisung ab.

D. Berger (Grüne/AL) hat nicht gewusst, dass ein Rückweisungsantrag gestellt wird. Er unterstützt die Rückweisung nicht, weil dieses Herumeiern langsam beendet werden muss. Es ist eigentlich tragisch, dass dieser Antrag gestellt wird.

D. Schneider (FDP): Dieser Antrag kommt überraschend. Erst nach der letzten Kommissionssitzung hat D. Schneider erfahren, dass man in eine weitere Runde gehen will. Es liegt ein Volksentscheid vor. Zudem besteht eine gewisse Dringlichkeit. Das Sicherheitskonzept ist ein Thema, auch in Bezug auf den Rückweisungsantrag. Dass aber aufgrund des fehlenden Sicherheitskonzepts das Geschäft zurückgewiesen werden soll, ist nicht sinnvoll in Anbetracht der langen Zeit seit dem Volksentscheid.

B. Huizinga (EVP/BDP): Die Stellenaufstockung bei der Polizei ist mit dem Erstellen eines Sicherheitskonzepts verknüpft. Es macht aber sicher keinen Sinn, jetzt alles zu zerpfücken. Die EVP/BDP-Fraktion will vorwärts gehen und die anstehenden Geschäfte der Polizei nicht auf die lange Bank schieben. Wird heute Abend die Weisung des Stadtrates abgelehnt und die Stellenaufstockung genehmigt, ist das zugleich der Auftrag mit den neuen personellen Ressourcen ein tragfähiges Sicherheitskonzept zu erstellen.

K. Cometta (GLP/PP): Diese Rückweisung macht überhaupt keinen Sinn. Sie bedeutet, dass das Gesetz erfüllt werden muss. Der Artikel 2^{bis} tritt damit in Kraft. Das heisst das Sicherheitskonzept muss erstellt und die Stellen müssen aufgestockt werden. Sollen die Polizisten wieder entlassen werden, falls der Gemeinderat zu einem anderen Schluss kommt? Das ist doch ein wenig seltsam. Bereits als der Gegenvorschlag diskutiert worden ist, ist die Stellenaufstockung und das Sicherheitskonzept als ein Paket, als Kompromiss betrachtet worden. Jetzt kann man nicht einfach einen Teil davon herauspicken. Trotzdem, K. Cometta findet es unglaublich, wie dilettantisch das Sicherheitskonzept angepackt worden ist. Es wurde zwar ein Versuch unternommen, der Will war vorhanden. Daran liegt es nicht. Zudem wurde viel Arbeit investiert und viel Energie sowohl von der Polizei als auch vom Stadtrat. Drei Stadträte haben dem Steuerungsausschuss angehört und am Sicherheitskonzept gearbeitet. Was ist davon übriggeblieben? Das Projekt wurde zu Beginn nicht sauber abgegrenzt. Man hatte keine klaren Ziele. Es wurde ein Jekami veranstaltet bis das Fuder überladen war

und die Achse gebrochen ist. Jetzt hat man eigentlich nichts in den Händen. Das zeigt, dass in Bezug auf zielgerichtetes Vorgehen und strategisches Handeln beim Stadtrat noch Luft nach oben besteht. Trotzdem ist die Rückweisung nicht zielführend. Es ist nicht logisch, warum für die SP plötzlich ein schrittweises Vorgehen wichtig ist, während im Jahr 2012 das Ganze als Paket akzeptiert wurde. Die Situation wird für die SP nicht einfacher, wenn sie jetzt auf Zeit spielt.

U. Obrist (SVP) ist der Ansicht, dass die SP alles verhindern will, was die Stadtpolizei anbelangt. Sie hat vor Jahren bereits die Stellenaufstockung bekämpft. Auch mit diesem Rückweisungsantrag läuft sie in Offside. Das Sicherheitskonzept kann nicht realisiert werden ohne die entsprechenden Ressourcen. Die Kapazität, die die Stadtpolizei für das Sicherheitskonzept benötigt, wird durch andere Aufgaben blockiert. Deshalb müssen die Stellen aufgestockt werden, dann kann zusammen mit einem externen Berater ein wunderbares Sicherheitskonzept entstehen. Davon ist U. Obrist überzeugt. Deshalb lehnt die SVP den Antrag der SP ab.

M. Baumberger (CVP/EDU): Auch die CVP/EDU-Fraktion lehnt den Rückweisungsantrag ab. Das ist eine leuchtend rote Nebelpetarde, um das Ganze zu verzögern.

S. Stierli (SP): Es liegt nicht an der SP, die etwas verzögern will. Das Volk hat 2012 ein Sicherheitskonzept bestellt. Jetzt erklärt der Stadtrat, dass die Sicherheitslage keine Stellenaufstockung verlangt. In der Kommission hat sich abgezeichnet, dass offenbar eine Mehrheit im Gemeinderat der Meinung ist, dass die Sicherheitslage eine Aufstockung der Stellen nötig macht. Die Sicherheitslage in der Stadt Winterthur wird vom Stadtrat und von einer Mehrheit im Gemeinderat unterschiedlich eingeschätzt. Deshalb findet die SP, dass es nötig ist, das Sicherheitskonzept zu erarbeiten bevor über eine Stellenaufstockung diskutiert werden kann. Das Volk hat ganz klar ein Sicherheitskonzept verlangt. Jetzt soll dieses Konzept erstellt werden, damit der Gemeinderat auf dieser Grundlage beurteilen kann, wer Recht hat, die sich abzeichnende Mehrheit im Gemeinderat oder der Stadtrat.

Stadträtin B. Günthard-Maier wird inhaltlich zum bestellten Sicherheitskonzept später Stellung nehmen, wenn über die APV diskutiert wird. Sie will zuerst weitere Hinweise entgegennehmen. Die Stadträtin kann nur wiederholen, was K. Cometta bereits gesagt hat: Eine Rückweisung bedeutet, dass der Volksauftrag bestehen bleibt. Man müsste die Stellen bis Ende 2016 aufstocken und das Sicherheitskonzept erstellen. Stadträtin B. Günthard-Maier kann aber den mündlichen Wunsch der SP, dass zuerst das Sicherheitskonzept erstellt werden soll und dann die Stellen aufgestockt werden sollen, so entgegennehmen.

Ratspräsidentin Ch. Leupi lässt über den Rückweisungsantrag der SP abstimmen.

Der Rat lehnt die Rückweisung deutlicher Mehrheit ab.

J. Altwegg (Grüne/AL): Grundsätzlich unterstützt die Grüne/AL-Fraktion den Stadtrat in seinem Bemühen Geld sinnvoll einsparen zu wollen. Aber in diesem speziellen Fall hat das Volk vor 5 Jahren gesprochen. Die Polizeistellen sollen um 14 Stellen auf 217 Vollzeitstellen aufgestockt werden. Das Sicherheitskonzept muss zudem erstellt werden. Das hat der Stadtrat sicher gehört. Eigentlich kann man den Stadtratsantrag so lesen, dass er eine weitere Volksabstimmung durchführen will. Das erscheint der Grüne/AL-Fraktion eine grosse Herausforderung auch für die Demokratie. Sie will kein Hüst und Hott, damit eine gewisse Planungssicherheit erhalten bleibt. Wenn man in 10 Jahren erneut über dieses Thema abgestimmt werden sollte, sieht die Sache anders aus. Die Meinung der Grünen deckt sich nicht ganz mit der Meinung der AL. Der Volkswille ist zu respektieren. Auch wenn die Stossrichtung des Stadtrates eigentlich der Meinung der Grünen eher entsprechen würde. Es ist einfach etwas billig, zu sagen, jetzt wird erneut abgestimmt, dann ist das Volk sicher auf der Seite des Stadtrates. Wer weiss – Österreich lässt grüssen. Was die Effizienzsteigerung anbelangt, ist sehr viel geleistet worden. Das ist auch in der Kommission dargelegt worden. Eventuell fast etwas zu viel, das zeigt ein Beispiel. Ältere Mitarbeiter, die keine Schichtarbeit

mehr leisten können, werden entlassen, in der Hoffnung, dass sie in einer anderen Gemeinde wieder eine Stelle finden bei der Gemeindepolizei. Mit ein wenig Pech landen sie nicht im Speckgürtel sondern auf dem RAV. Dann kann man wieder über die Kosten im Sozialbereich diskutieren. Das wird heute Abend sicher noch ein Thema sein. Die Kosten von der einen Kasse in die andere zu verschieben, ist nicht sparen sondern nur verschieben. Die Stadt hat eine Vorbildfunktion gegenüber der Privatwirtschaft, indem auch älteren Angestellten eine Perspektive aufgezeigt werden kann. Einen kleinen Seitenhieb kann sich J. Altwegg nicht verklemmen: Überstunden sind immer wieder ein Thema. 9'000 Stunden sind im Jahr 2015 angefallen. Das klingt nach sehr viel. Wenn man das herunterbricht auf den einzelnen Polizisten sind das 44 Stunden. Wenn ein grosser Industriebetrieb in Winterthur Überzeit anordnet, kommt diese Anzahl Stunden in einem Monat zusammen. Dieser Betrieb hat bedeutend mehr als 500 Angestellte. Man kann selber ausrechnen, wie viele Stunden in einem Monat zusammenkommen. Die Winterthurer Bevölkerung hat sich aber klar hinter die Stadtpolizei gestellt und ist damit bereit Geld, sprich Steuern, dafür auszugeben. Deshalb empfehlen die Grünen an dieser Stellenaufstockung festzuhalten und den Stadtratsantrag zu verwerfen. Sie lehnen den Antrag ab. Die AL wird sich noch zu diesem Thema äussern.

B. Helbling (SP): Auch wenn man es nicht glauben will, die SP anerkennt und schätzt die wichtige und gute Arbeit der Stadt- und Kantonspolizei in der Stadt Winterthur. Die neuste Sicherheitsbefragung stellt der Polizei von Winterthur ein gutes Zeugnis aus. Die Bevölkerung von Winterthur fühlt sich sehr sicher. Mit der Aufhebung des Artikels 2^{bis} der APV will der Stadtrat den Mindestbestand der vereidigten Polizisten aufheben und auf das Sicherheitskonzept verzichten. Bei einer Ablehnung der vorliegenden Weisung sollte bis Ende 2016 der Sollbestand auf 217 vereidigte Polizisten aufgestockt werden. Die organisatorische Eingliederung der neuen Stellen müsste aufgrund des neuen Sicherheitskonzepts erfolgen. In der Weisung wird von einer umfassenden Organisationsentwicklung gesprochen. Auf die Weiterbearbeitung des Sicherheitskonzepts soll aber verzichtet werden. Der Grund für die Organisationsentwicklung ist in der SSK dargelegt worden. Die SP weist darauf hin, dass eine Organisationsentwicklung innerhalb der Stadtpolizei zwingend ein Sicherheitskonzept beinhalten muss, das über die Stadtpolizei hinausschaut und die relevanten Stellen der Stadt miteinander vernetzt. Zudem geht die SP mit der GLP in einem Punkt einig. Die Grünliberalen haben in ihrer Medienmitteilung geschrieben, dass die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit innerhalb der Stadtpolizei vertieft geprüft werden soll. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass ohne das Vorliegen des Sicherheitskonzepts kein fundierter Entscheid betreffend Stellenaufstockung oder Verzicht auf diese Stellenaufstockung getroffen werden kann. Die SP wird sich deshalb bei dieser Abstimmung der Stimme enthalten.

M. Baumberger (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion dankt der Kommission für die gute Arbeit. Es ist erfreulich, dass die Polizei heute offenbar zumindest teilweise das erhalten wird, was das Volk ihr zugesprochen hat. Das ist sehr wichtig. Vorweg folgende Anmerkungen organisatorischer Natur: Wenn die Abstimmung heute so ausfällt, wie sich das die CVP/EDU-Fraktion erhofft, dafür spricht jetzt einiges, würde sie das Postulat 2015/075 der Einfachheit halber zurückziehen. Der Stadtrat soll nicht unnötig beschäftigt werden, obwohl das Thema bereits erledigt ist. Zu diesem Thema ist bereits alles mehrfach gesagt worden. Es ist klar, dass die Polizei die Stellen braucht. Sie braucht diese Unterstützung. Es nützt nichts, wenn die Polizei langfristig ausgeblutet wird. Das hat auch die Bevölkerung gesagt. Dazu gehört natürlich auch das neue Polizeigebäude. Jetzt befindet sich die Stadt auf einem guten Weg. Die Umsetzung muss zeitnah erfolgen, damit die zuständige Stadträtin die Stellenaufstockung einleiten kann zusammen mit den zuständigen Leuten in der Stadtpolizei. M. Baumberger dankt für die Unterstützung.

K. Cometta (GLP/PP): Es ist bekannt, die Grünliberalen lehnen den Antrag des Stadtrates ab. Sie haben es sich aber nicht einfach gemacht. Dreiviertel des Volkes hat einer Aufstockung zugestimmt. Das wiegt schwer. Trotzdem, es ist richtig, dass der Stadtrat vor dem Hintergrund der Finanzlage alle Mehrausgaben kritisch hinterfragt. Die Polizei darf nicht einfach a Priori aus dieser Prüfung herausgenommen werden, zumal in Winterthur kein akutes

Sicherheitsproblem besteht. Die Delikte gehen ebenso zurück wie die Jugendgewalt. Gemäss Studie ist das Sicherheitsgefühl in Winterthur hoch. Zweidrittel der Winterthurer sind, laut einer Studie der Firma Killias Research & Consulting (KRC), der Meinung, dass die Polizeipräsenz in Winterthur genügt. An dieser Stelle dankt K. Cometta der Polizei herzlich für diesen super Einsatz, damit Winterthur die sicherste Grossstadt in der Schweiz bleibt. Das ist wichtig. Sicherheit ist ein hohes Gut. Wenn man die Personalentwicklung der Stadtpolizei anschaut, läuten die Alarmglocken noch nicht übermässig schrill. Logisch, man hat immer zu wenige Leute, das gehört dazu. Die vereidigten Polizeistellen sind zwischen 2011 und 2015 von 203 auf 206,5 Stellen angewachsen. Das ist zwar bescheiden, aber es ist ein Wachstum. Gleichzeitig sind vor allem die zivilen Angestellten bei der Stadtpolizei von 25 im Jahr 2011 auf 42 im Jahr 2015 angestiegen. Das ist kein bescheidenes Wachstum. In dieser Zahl sind die Privaten, die den ruhenden Verkehr kontrollieren, nicht eingerechnet. Trotzdem, das Volk hat sich eindeutig geäussert. Viel eindeutiger als beispielsweise bei der Masseneinwanderungsinitiative. Aber es gibt keine Anzeichen, dass sich dieser Volkswille massgeblich verändert hätte. Eine erneute Abstimmung würde wohl kaum zu einem anderen Ergebnis führen. Vielleicht würde der Prozentsatz der Ja-Stimmen etwas sinken. Wenn Dreiviertel der Bevölkerung einer Vorlage zustimmen, wird sich das nicht so schnell ins Gegenteil wandeln. Das würde einiges brauchen, vor allem in der heutigen Zeit mit Terrorängsten. In der Güterabwägung sind die Grünliberalen zu einem anderen Schluss gekommen als der Stadtrat. Sie lehnen den stadträtlichen Antrag ab.

Wie die Vorredner bereits gesagt haben, fordert auch die GLP, dass die Stadtpolizei eine attraktive Arbeitgeberin wird, die endlich zeitgemässe Arbeitsbedingungen anbietet. Die Stadtpolizei braucht dringend mehr Diversität und mehr Frauen. Damit der Arbeitsplatz für Polizistinnen attraktiv wird, muss sich die Stadtpolizei etwas von ihrer Machokultur verabschieden und endlich zeitgemässe Arbeitszeitmodelle anbieten. Die starren Schichtpläne, die eine Teilzeitarbeit der uniformierten Polizei gänzlich verhindern, stammen definitiv aus dem letzten Jahrhundert. Das ist nicht nur eine gesellschaftspolitische Forderung, das natürlich auch. Die Stadt Winterthur muss als Arbeitgeberin die Verantwortung wahrnehmen. Aber es ist auch eine betriebliche Notwendigkeit, dass sich die Stadtpolizei diesbezüglich schleunigst bewegt. Der Personalmangel ist eine Tatsache, nicht zuletzt weil die meisten Polizeikorps ihren Personalbestand ausbauen. Jede teuer ausgebildete Polizistin, notabene auf Kosten der Stadt Winterthur, die abspringt, muss durch neues Personal ersetzt werden, das ausgebildet werden muss. Es geht hier aber nicht nur um die Mütter, die bei der uniformierten Polizei Teilzeit arbeiten wollen. Auch die Männer sollen Teilzeit arbeiten können. Partnerschaftliche Familienmodelle gelingen nur, wenn auch der Mann der Frau den Rücken frei halten kann. J. Altwegg hat es bereits erwähnt: Es geht nicht zuletzt auch um ältere Polizistinnen und Polizisten, die den krassen Schichtbetrieb nicht mehr leisten können, rein aus körperlichen Gründen. Auch diesen könnte man mit einem Teilzeitmodell entgegenkommen. In der Antwort aus dem Jahr 2013 auf die Interpellation „Diversität bei der Stadtpolizei“ hat der Stadtrat hoch und heilig versprochen, dass mit der Personalaufstockung auch mehr Gestaltungsspielraum für Teilzeitarbeit möglich wird. Die GLP nimmt den Stadtrat gerne beim Wort. Es ist zwingend notwendig, dass sich die Stadtpolizei zu einer zeitgemässen Arbeitgeberin entwickelt.

Auch wenn das Postulat zurückgezogen worden ist, wird sich K. Cometta dazu äussern. Es ist erstaunlich, dass die bürgerlichen Sparpolitiker einfach ganze Bereiche zum Vornherein aus den Sparbemühungen herausnehmen und die Diskussion gleichzeitig verhindern wollen. Das Postulat verlangt nichts anderes als das Antragsrecht des Stadtrates einzuschränken. In der Budgetdebatte hat das Parlament die Hoheit zu entscheiden. Aber der Stadtrat soll doch einen Antrag stellen können. Wenn man das Postulat noch weiter liest, lässt das erneut aufhorchen. Wie wollen die Bürgerlichen die Polizeistellen finanzieren? Es handelt sich um jährlich wiederkehrende Ausgaben. Sollen diese wirklich aus der Parkhauskasse finanziert werden? Das kann nicht sein.

M. Wäckerlin (GLP/PP) sieht es etwas anders als seine Fraktion. Das Volk hat 2012 zwar entschieden, aber das war in einer völlig anderen Situation. Damals hatte die Stadt ein grösseres Problem im sogenannten Bermudadreieck. Davon hört man heute fast nichts mehr.

Der Stadtrat hat seinerzeit Massnahmen eingeleitet, die, so wie es aussieht, zu fruchten scheinen. Zudem hat sich die finanzielle Situation der Stadt geändert. Wenn überall gespart werden muss an allen Ecken und Enden, ist es sicher nicht angebracht bei der Polizei aufzustocken. Zumal es sicher auch die Möglichkeit gibt, dass sich die Polizei vermehrt auf das Wesentliche konzentriert und zum Beispiel wegschaut wenn jemand Hanf konsumiert oder ein Glücksspiel betreibt. Hier gibt es sicher ein Optimierungspotential. Deshalb schliesst sich M. Wäckerlin dem Stadtrat voll und ganz an.

U. Obrist (SVP): Der Fall ist klar. Es ist erfreulich, dass praktisch alle Fraktionen bis auf eine diese Einsicht hat und sich für die Stadtpolizei ausspricht. Man hat es auch in der Kommission gesehen, der Nachtrag wurde mit 8 zu 1 Stimmen deutlich abgelehnt. U. Obrist hofft, dass dieser Entscheid Bestand hat und durchgezogen werden kann. Das Volk hat mit 75 Prozent ja gesagt. Soll man die Leute jetzt wütend machen? Soll auch noch das neue Polizeigebäude abgelehnt werden? Letztendlich wird sich das Volk sagen, dass die Politiker sowieso machen was sie wollen – nicht die in Bern sondern die im Ratssaal. U. Obrist ist der Meinung, dass dem Volk eine weitere Abstimmung nicht zugemutet werden kann. Man würde das Volk wütend machen. Das Volk hat ja gesagt, die SVP sagt ebenfalls ja zur Stadtpolizei. Deshalb lehnt sie den III. Nachtrag zur APV ab.

D. Berger (Grüne/AL): Die jüngere Geschichte des Geschäfts ist wirklich ein Trauerspiel. Ständig wird hin und her geeiert. Das Geschäft wird immer wieder im Rat diskutiert. Das geht über alle Grenzen hinaus. Wenn D. Berger mit Politikern der AL aus Zürich oder Schaffhausen diskutiert, ist dieses Geschäft meist allen bekannt. Viele finden das amüsant. Damals, als die Aufstockung beschlossen wurde, war Sicherheit das grosse Thema. Wenn sich D. Berger richtig erinnert, standen Wahlen bevor, als die SVP die Initiative eingereicht hat. Alle haben Panik geschoben, weil Sicherheit das grosse Thema war. Die SVP hat deshalb diese Forderungen gestellt. D. Berger muss die SP schelten. Er war damals in der Kommission. Die treibende Kraft, die einen Gegenvorschlag forderte, war die SP. Damit wollte sie der SVP den Wind aus den Segeln nehmen. Sie sollte das Thema nicht allein besetzen. Die Mitglieder der SP wollten sich ebenfalls als Sicherheitspolitiker positionieren. Damit wurde ein Kuhhandel in der Kommission ausgelöst. Die Leute haben zudem einige Zahlen verwechselt. Die von der SVP beantragte Aufstockung war tiefer als von einem SP-Mitglied angenommen. Zahlen wurden verwechselt. Das war recht schlimm. Danach wurde noch das Sicherheitskonzept in den Gegenvorschlag aufgenommen. Oh Wunder, der Gegenvorschlag wurde angenommen. Das Volk hat gesehen, dass zwischen der Initiative der SVP und dem Gegenvorschlag nur ein minimaler Unterschied besteht. Die AL hat damals zu beidem nein gesagt. Sie ist nicht einfach gegen die Polizei, sie hat einer Erhöhung der Polizeistellen auch schon zugestimmt. Bereits damals fand es die AL falsch, dass eine fixe Zahl festgelegt wird, zumal das auch taktisch eine totale Idiotie ist.

Jetzt wird erklärt, dass die Stadt sparen muss, als sei das etwas Neues. Bereits mit win03 und HS05 hat der Stadtrat Sparprogramme vorgelegt. Effort14+ und Balance sind weitere Sparprogramme. Es ist keine Sensation, dass früher oder später die Kosten wieder diskutiert werden müssen. Die bürgerliche Seite hat ihre Schäfchen im Trockenen, man hat einen Volksentscheid mit einer fixen Zahl. Über die Anzahl Stellen konnte man bisher verhandeln, die Stadt gibt Geld, dafür werden mehr Polizisten eingestellt. Das ist vorbei. Dieses Mittel hat der Gemeinderat auf Jahre hinaus aus der Hand gegeben. Das ist wirklich nicht klug. Jetzt wurde jahrelang geeiert, weil man die zusätzlichen Stellen doch nicht will. Zudem ist das Geld ausgegangen. Die bürgerlichen haben ihre Schäfchen im Trockenen. Inhaltlich ist D. Berger noch immer gleicher Meinung. Es ist völlig falsch eine fixe Zahl festzuschreiben. Winterthur ist eine sichere Stadt. Die Kriminalität nimmt nicht zu, sie nimmt ab. Das belegen die Zahlen. Inhaltlich ist D. Berger noch immer der Meinung, dass es eine so grosse Anzahl Polizeistellen nicht braucht. Man kann im Einzelfall darüber reden, ob eine Erhöhung notwendig ist oder nicht. D. Berger wird sich der Stimme enthalten, das hat er noch nie gemacht, seit er im Parlament sitzt. Er wählt dieses Vorgehen, weil diejenigen, die das eingebracht haben, es auch ausbaden sollen. Der Gipfel am Ganzen ist, dass diejenigen, die das miteingebracht haben, sich ebenfalls der Stimme enthalten. Das ist ein ziemlicher Tiefpunkt.

Sie sollen dazu stehen, dass das Ganze von ihnen gekommen ist. Die Sicherheitslage, alle Parameter haben sich nur minim verändert. Jetzt alles einfach auf das Sparprogramm abzuschieben, findet D. Berger extrem billig.

D. Schneider (FDP) fällt nicht mehr viel ein, weil er nach K. Cometta sprechen muss. Die FDP hat bereits in der Budgetdebatte 4 zusätzliche Stellen beantragt. Sie ist mit dem Antrag nicht durchgekommen. Sie wollte bereits damals die Erhöhung der Polizeistellen in Angriff nehmen. Es ist einfach. Der Gegenvorschlag gilt. Was das Volk bestimmt hat, muss umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang ist das Sicherheitskonzept in der Kommission ebenfalls diskutiert worden. Diese Diskussion hat sich schwierig gestaltet. Die Meinung der FDP ist klar. Indem der Gemeinderat der Erhöhung zustimmt und den stadträtlichen Antrag ablehnt, muss das Sicherheitskonzept erstellt werden. Wenn Ressourcenprobleme in Bezug auf das Sicherheitskonzept vorhanden sind, muss sich der Stadtrat überlegen, wie das gelöst werden kann. Wie viele Ressourcen braucht es? Der Stadtrat kann dem Gemeinderat eine Weisung vorlegen. Aber es ist strategisch wichtig, dass die Polizei aufgestockt wird. Was D. Schneider als Kommissionsmitglied an den Sitzungen klar geworden ist: Die Situation im Polizeikorps ist verschiedentlich erklärt worden. D. Schneider ist immer wieder erstaunt, wie effizient gearbeitet wird. Kantons- und Stadtpolizei arbeiten zusammen. Dabei muss klar sein, wer, was übernimmt. Kann Winterthur mit anderen Städten verglichen werden? Das ist schwierig und kompliziert. Was D. Schneider gemerkt hat, ist, dass ein gewisser Druck vorhanden ist, unter dem die Polizei steht. Die Kommissionsmitglieder haben auch etwas über die Zufriedenheit am Arbeitsplatz gehört. Es sind Signale vorhanden, die zeigen, dass Änderungen nötig sind. Ob das mit der Erhöhung der Polizeistellen zu lösen ist, weiss D. Schneider nicht. Die Signale haben ihn aber aufhorchen lassen. Er kann das aber nicht quantifizieren. Das Thema ist sehr heikel. Umso wichtiger ist es, dass der Gemeinderat einen Pflock einschlägt und die Stellenaufstockung möglich macht. Wenn man zwischen den Zeilen liest, zum Beispiel in der Antwort zur Interpellation 2014/115 „Überführung der Stadtpolizei in die Kantonspolizei“, merkt man, was läuft. Eine sichere Stadt, die 24-Stunden-Gesellschaft, wenn diese Themen angesprochen werden, kann D. Schneider zwischen den Zeilen lesen, dass auch im Stadtrat verschiedene Meinungen vorhanden sind. Das ist logisch. Aber der Stadtrat muss eine Meinung äussern. Wenn D. Schneider liest, was zwischen den Zeilen steht, wird klar, dass alles überprüft werden muss. Der Gemeinderat trägt Verantwortung für die Polizei. Die Stadtpolizei Winterthur macht einen guten Job, aber der Gemeinderat muss sich fragen, wie es den Polizisten geht. Der FCZ wird bald in Winterthur spielen. Es werden sicher nicht wenige Polizisten benötigt. Das Albanifest ist gut über die Bühne gegangen. Auch die Dschihadisten sind ein Thema in Winterthur. Das sind Indikatoren, die zwar nicht quantifiziert werden können, aber man muss hellhörig sein und auch die Zwischentöne aufnehmen. Das bestärkt D. Schneider in der Ansicht, dass der Weg, den die FDP bereits anlässlich der Budgetdebatte eingeschlagen hat, richtig ist. Damals hat die FDP bereits für eine Aufstockung der Polizeistellen plädiert. Abgesehen davon ist der Volkswille vorhanden. Die FDP lehnt den Antrag des Stadtrates ab, der ein wenig verkrampft daher kommt.

St. Feer (FDP) kommt nicht umhin, kurz etwas zum Votum von K. Cometta zu sagen. Sie hat versucht in epischer Länge die Wendehalspolitik der GLP im Bereich Aufstockung der Stadtpolizei dem Gemeinderat näher zu bringen. Sie hat auch immer wieder erklärt, was alles nicht sein kann in der Stadtpolizei. Die Ratsmitglieder können sich ein eigenes Bild machen und es wäre nicht nötig, sich das in dieser Länge anzuhören. Im letzten Teil ist K. Cometta kurz auf das Postulat 2015/75 zu sprechen gekommen. Sie hat dabei die Postulanten angegriffen. Es geht nicht darum, ob man die Stadtpolizei aus den Sparmassnahmen herausnehmen will oder nicht. Es geht um die Wertung der direkten Demokratie. Die Werte der direkten Demokratie sind zwingend über die finanziellen Probleme der Stadt Winterthur zu stellen. Wenn ein Bürger seine Stimme abgibt in einer direkten Demokratie, muss man hoffentlich einer sogenannt liberalen Partei nicht erklären, was Eigenverantwortung ist. Die Stimme eines einzelnen Bürgers ist verbindlich, das muss der Bürger wissen. Wenn der Bür-

ger mit 75 Prozent ja sagt zur Aufstockung bei der Stadtpolizei, ist das verbindlich für das Parlament, für die Regierung und für die Verwaltung. Mehr steht nicht im Postulat 2015/75.

D. Oswald (SVP) will K. Cometta zwei oder drei Dinge in Erinnerung rufen. Vieles hat St. Feer bereits gesagt, dem schliesst sich D. Oswald an. Es geht aber auch um Geld. Das Geld ist wichtig. Die GLP zeigt sich als Sparpartei, wenn es ums Budget geht. Im laufenden Jahr wird aber wieder mehr Geld bewilligt. Am letzten Montag hat der Gemeinderat mehr Geld ausgegeben. Die Ausgaben wurden hochgefahren und nicht auf dem gleichen Stand stehen gelassen, wie das die SVP beantragt hat. Die Sicherheit ist eine Kernaufgabe der Stadt. Demonstrationen wie „Tanz dich frei“ nagen am Gewaltmonopol der öffentlichen Hand. Dem muss man etwas entgegensetzen. Die Unsicherheit in der Stadt Winterthur nimmt zu. Die Stadt ist nicht so sicher, wie man das gerne hätte oder wie viele glauben. Von daher ist die Aufstockung wichtig. Hier muss das Geld auch eingesetzt werden. Im Departement Sicherheit sind die Ausgaben weniger stark gewachsen in den letzten Jahren als in anderen Departementen, obwohl es sich um eine Kernaufgabe der Stadt handelt. Auf der anderen Seite hat die Stadt eine grüne Politik verfolgt. D. Oswald erinnert an Biorender, auch die GLP hat verhindert, dass der Ausstieg frühzeitig erfolgen konnte. Man hat mehr Geld nachgeschoben. Dort wurde nicht gespart. Die Polizei gehört zu den Kernaufgaben der Stadt. Die SVP will ganz klar sparen. Andere machen das nicht. D. Oswald bittet die Ratsmitglieder, bei den Tatsachen zu bleiben und sich selber an der Nase zu nehmen.

B. Huizinga (EVP/BDP): Für die EVP/BDP-Fraktion gilt das Resultat des Volksentscheids. Dieser ist aus der Sicht der Fraktion zwingend umzusetzen. Der Ausgang der damaligen Abstimmung war sehr deutlich. Zurzeit stehen zwei wichtig Budgetposten für die Polizei an. Das mag in der aktuellen finanziellen Situation belastend sein, doch es zeigt sich, dass ganz nach dem Motto „Aufgeschoben ist nicht Aufgehoben“ die Herausforderungen jetzt angepackt werden müssen. Das Budget und die Weisung des Stadtrates zum Verzicht auf die Stellenaufstockung sind zwei Paar Schuhe und sollen auch als das behandelt werden. Für das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung einerseits und die Kontrolle der aktuellen Geschehnisse andererseits, ist eine starke, sichtbare Polizei von grosser Wichtigkeit. Das Parlament kann nicht kontinuierlich mehr Frontstunden fordern und die Ressourcen dazu nicht sprechen. Die EVP/BDP-Fraktion lehnt die Weisung ab im Bewusstsein, dass die personelle Situation der Stadtpolizei damit mittelfristig noch nicht gesichert ist. In den kommenden Jahren muss noch einiges getan werden, um die Arbeitssituation und die beruflichen Perspektiven der Stadtpolizistinnen und Polizisten zu verbessern. Teilzeitarbeit und ein flexibles Schichtmodell sind nur zwei Stichworte dazu. Es ist den Fraktionsmitgliedern bewusst, dass die Stellenaufstockung zu mehr Kosten führt. Daher hat die EVP/BDP-Fraktion unter anderem anlässlich der letzten Budgetdebatte den kurzfristigen Antrag zur Aufstockung des Polizeibudgets abgelehnt. Eine Erhöhung der Einnahmen war zu diesem Zeitpunkt nicht sicher. Bekanntlich kann nur so viel ausgegeben werden, wie eingenommen wird. Jetzt hat sich die Lage leicht verändert. Die Rechnungen der letzten beiden Jahre konnten mit einem Überschuss abgeschlossen werden und eine Steuererhöhung von 2 Prozent wurde umgesetzt. Die Voraussetzungen zur Finanzierung der zusätzlichen Polizeistellen haben sich dadurch verbessert. Richtigerweise hat vor nicht allzu langer Zeit die Finanzvorsteherin darauf hingewiesen, dass in Zukunft noch einiges mehr in die Stadtkasse fliessen muss, um eine ausgeglichene Rechnung zu erzielen. Dessen ist sich die EVP/BDP-Fraktion bewusst und wird zu gegebener Zeit, nach dem heutigen A zur Aufstockung der Polizeistellen auch B sagen.

K. Cometta (GLP/PP) ist nicht klar, ob St. Feer und D. Oswald zugehört haben. Eigentlich ist die GLP auf der Seite der FDP und der SVP. Deshalb ist unklar, warum den Grünliberalen vorgeworfen wird, sie seien Wendehälse. Damals war die GLP für den Gegenvorschlag und sie ist heute gegen die Sistierung des Artikels 2^{bis}. K. Cometta sieht das Problem nicht. Punkto Sparen hat K. Cometta einzig gesagt: Wenn der Gemeinderat jährlich wiederkehrende Ausgaben von 1,3 Millionen beschliesst, darf man das sicher kritisch betrachten.

Stadträtin B. Günthard-Maier dankt für die engagierten, sachlichen Voten und für die intensive Diskussion in der Kommission. Die Kommissionsmitglieder haben sehr genau hingeschaut, sehr fundierte Fragen gestellt. Es ist auch eine Wertschätzung der Arbeit des Departements, wenn sich der Gemeinderat so intensiv mit der Stadtpolizei befasst. Vorab will Stadträtin B. Günthard-Maier etwas richtigstellen oder ergänzen: K. Cometta hat von Zivilstellen gesprochen, die in den letzten Jahren ausgebaut worden sind. Damit die Ratsmitglieder das einordnen können; der eine Teil dieses Ausbaus ist im Zuge der vorletzten beiden Sparprogramme erfolgt. Anstatt Polizistinnen und Polizisten sind zivile Angestellte eingestellt worden, weil diese günstiger sind. Der zweite Teil ist im Rahmen der Verschiebung des Lebensmittelinspektorats erfolgt. Diese Stellen waren bereits vorhanden und wurden in die Stadtpolizei verschoben.

Die Ratsmitglieder können sicher nachvollziehen, dass es dem Stadtrat nicht leicht gefallen ist, den vorliegenden Antrag zu stellen und auf die Stellenaufstockung zu verzichten. Der Stadtrat hat eine Güterabwägung vorgenommen zwischen den wachsenden Sicherheitsanforderungen, den organisatorischen Voraussetzungen der Stadtpolizei und der finanziellen Situation der ganzen Stadt. Diese Aspekte haben auch die Ratsmitglieder erwähnt. Der Stadtrat ist zum Schluss gekommen, dass die finanzielle Situation der Stadt Winterthur am höchsten zu gewichten ist. Deshalb hat er sich entschieden mit diesem Antrag an den Gemeinderat und über das Parlament auch an das Volk zu gelangen und so die Stadtkasse jährlich wiederkehrend um 1,325 Millionen Franken zu entlasten. Die Ratsmitglieder haben in ihren Voten verschiedene Aspekte erwähnt. Auf drei will Stadträtin B. Günthard-Maier vertieft eingehen: Das eine ist die Forderung nach moderneren Arbeitszeitmodellen. Dann will sich die Stadträtin zum Sicherheitskonzept äussern und als drittes zur Organisationsentwicklung der Stadtpolizei Winterthur, die bekanntlich von ihr angestossen worden ist. 1. Moderne Arbeitszeitmodelle: Als erstes weist die Stadträtin den Vorwurf zurück, dass in der Stadtpolizei eine Machokultur herrscht. Das ist eine altmodische Vorstellung, die nicht mehr stimmt. Bei der Stadtpolizei arbeiten 30 Polizistinnen bei 206,5 Polizeistellen. Das ist ein rechter Anteil. Man sieht auch viele Polizistinnen in der Stadt. Polizist, Polizistin zu sein, ist heute nicht nur ein Männerberuf, die Frauen sind ganz normal integriert. Was Stadträtin B. Günthard-Maier ebenfalls befürwortet, ist die Forderung, die K. Cometta und weitere Rednerinnen und Redner gestellt haben, dass der Beruf der Polizistin, des Polizisten besser mit der Familie zu vereinbaren sein muss und dass bessere Möglichkeiten für Teilzeitarbeit geschaffen werden müssen. Sie unterstützt das als Departementsvorsteherin und das unterstützt auch das Kommando der Stadtpolizei. Damit rennen die Ratsmitglieder insofern offene Türen ein. Es ist aber bekannt, dass Schichtdienst eine komplexe Organisation erfordert. Wenn auch noch Teilzeitarbeit berücksichtigt werden muss, braucht es mehr Übergaberapporte, mehr Arbeitszeit für die Übergaben und das benötigt ebenfalls Ressourcen. Insofern muss diese Forderung vor dem Hintergrund der Ressourcen gesehen werden. Bei der Stadtpolizei wird aber alles was möglich ist, sehr gerne getan, wenn die entsprechenden Ressourcen vorhanden sind.

Sicherheitskonzept: Das Konzept soll aufzeigen, wo die neuen Polizistinnen und Polizisten eingesetzt werden sollen, aber auch die Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungseinheiten. Eine positive Botschaft vorweg: Die Arbeiten am Konzept haben gezeigt, dass im operativen Geschäft die Zusammenarbeit hervorragend läuft. Aber es stimmt, das kann Stadträtin B. Günthard-Maier nicht schön reden, dafür übernimmt sie auch die Verantwortung, die Stadtpolizei hat es tatsächlich nicht geschafft, mit den anderen Verwaltungseinheiten das Sicherheitskonzept auf Papier zu erstellen. Hier gibt es nichts schön zu reden. Die Stadträtin hat die zuständige Kommission, die SSK, im Detail über die Gründe informiert. Stadträtin B. Günthard-Maier hat als Departementsvorsteherin gemeinsam mit dem Gesamstadtrat und vor allem mit dem Projektausschuss mit Stadtpräsident M. Künzle und Stadtrat N. Galladé bereits vieles in die Wege geleitet hat, um das Sicherheitskonzept zu erstellen und dem Gemeinderat vorzulegen. Dann ist der Antrag, der jetzt vorliegt, dazwischen gekommen. Der Stadtrat hat beantragt, auf die Stellenaufstockung zu verzichten und damit auch auf das Sicherheitskonzept. Wenn der Gemeinderat heute zu einem anderen Schluss kommt und dem Antrag des Stadtrates nicht folgt, dann wird diese Arbeit umgehend wieder aufgenommen. Der Stadtrat hat für diesen Fall bereits einen vorbehältlichen Entscheid gefällt und bestimmt,

in welcher Art und Weise diese Arbeit wieder aufgenommen werden soll. Von drei Varianten hat er auf eine gesetzt, die machbar und sinnvoll ist. Aber das braucht Ressourcen. Stadträtin B. Günthard-Maier zitiert eine Stelle des Berichts des externen Beraters: „Angesichts der hohen Belastung des Projektteams durch das Tagesgeschäft konnte der Berichtsentwurf nicht fertiggestellt werden.“ Das heisst einfach, dass es wahrscheinlich nicht ohne externe Unterstützung geht. Das haben die letzten drei Jahre gezeigt.

Organisationsentwicklung: Die interne Aufstellung der Stadtpolizei zeigt, dass vor allem die internen Ressourcen angeschaut werden müssen und weniger die Zusammenarbeit mit anderen Stellen. Den Ratsmitgliedern ist bekannt, dass die Organisationsentwicklung bereits läuft. Stadträtin B. Günthard-Maier hat sie in Auftrag gegeben. Warum? Weil sie davon ausgehen muss, dass die Stadtpolizei Winterthur auch in den nächsten Jahren fähig sein muss, bei gleichbleibenden oder sinkenden Ressourcen, zusätzliche Sicherheitsanforderungen zu bewältigen und das auf professionelle Art und Weise. Antworten, wie das gemacht werden kann, wie die Stadtpolizei in 4 bis 5 Jahren aufgestellt sein soll, das soll das Projekt Roadmap 2020 aufzeigen, das sich auf die nächsten 4 bis 5 Jahre fokussiert. Ziel ist, dass mit so wenigen Ressourcen wie möglich so gute Sicherheitsdienstleistungen wie möglich erbracht werden können. Es ist bekannt, mit wenig Ressourcen professionell umgehen, hat in der Stadtpolizei Tradition. Die Kennzahlen liegen vor. Gute Sicherheitsdienstleistungen zu erbringen, hat ebenfalls Tradition. Das ist auch verschiedentlich erwähnt worden. Bevölkerungsbefragungen zur subjektiven Sicherheit haben gute Werte ergeben. Auch objektive Untersuchungen haben ergeben, dass die Stadt Winterthur in Bezug auf die Sicherheit gut aufgestellt ist. Ein Wort zu A. Steiner in Bezug auf die Führungsverantwortung: Führungsverantwortung als Departementsvorsteherin heisst, Verantwortung zu übernehmen für die Entwicklung einer Organisation, damit die gesamte Organisation für die Bevölkerung gute Dienstleistungen erbringen kann. Das heisst nicht einzelne Mitarbeitende der Stadtpolizei, die auf einer untern Stufe arbeiten, direkt zu führen. Diese Aufgabe übernimmt ein Kader der Stadtpolizei. In diesem Sinne ist Stadträtin B. Günthard-Maier am Schluss ihres Votums angelangt. Der Gemeinderat ist frei in seiner Entscheidung. Der Stadtrat beantragt auf eine Stellenaufstockung um 10,5 Stellen zu verzichten und das Budget um gut 1,3 Millionen Franken zu entlasten. Der Stadträtin bleibt, den Ratsmitgliedern zu danken für ihre Unterstützung der Stadtpolizei in welcher Form auch immer. Sie dankt auch den Zuschauern auf der Tribüne und der Stadtpolizei für die Arbeit für die Sicherheit der Stadt.

Ratspräsidentin Ch. Leupi lässt über die Anträge des Stadtrates insgesamt abstimmen: III. Nachtrag zur Allgemeinen Polizeiverordnung vom 28. April 2004 (APV), Aufhebung von Art. 2^{bis} (Mindestbestand der vereidigten Polizeiangehörigen)

Der Rat lehnt den Nachtrag ab.

Ratspräsidentin Ch. Leupi erkundigt sich, ob das Postulat der 2015/75 zurückgezogen wird.

M. Baumberger (CVP/EDU): Das Postulat wird zurückgezogen.

11. Traktandum

GGR-Nr. 2016.69: Kredit von Fr. 722'000.00 inkl. MWST für die wertvermehrenden Ausgaben für die Sanierung und Instandsetzung des Werkhofs Tiefbau

F. Helg (FDP): Der Stadtrat legt dem Gemeinderat einen Kreditantrag vor, der eine Sanierung und Instandstellung des Werkhofs für den Tiefbau auf dem Areal Obermühle umfasst. F. Helg zeigt die Lage des Areals anhand eines Situationsplans. Der Werkhof umfasst heute eine Einstellhalle, ein Bürogebäude, ein Werkstattgebäude und ein Nebenbetriebsgebäude mit Wohnhaus. Untergebracht sind hier im Wesentlichen eine Werkstatt für den Unterhalt von Fahrzeugen und Maschinen des Tiefbauamtes, ein Fuhrdienst, verschiedene Fahrzeug-

abstellplätze, die Signalisationsabteilung, die Einsatzzentrale für den Winterdienst, verschiedene Büros, ein Aufenthaltsraum und eine Garderobe für die insgesamt rund 30 Mitarbeitenden des Tiefbaus, die dort arbeiten. Mit der Erstellung des Werkhofs Scheidegg vis-à-vis der Kehrrichtverbrennungsanlage vor kurzem sind neu die Kehrrichtabfuhrfahrzeuge im neuen Werkhof parkiert. Einige Büroarbeitsplätze sind mittlerweile in den Superblock verlagert worden. Sodass insgesamt nicht mehr die ganze Infrastruktur auf dem Areal Obermühle benötigt wird. Ausserdem bildet ein Teil des Areals den Standort für das geplante Polizeigebäude. F. Helg zeigt auf dem Situationsplan den Standort des Polizeigebäudes. Das führt dazu, dass die Einstellhalle und das Bürogebäude abgebrochen werden müssen. Zudem wird auch das alte Wohnhaus abgebrochen. Die weitere Infrastruktur, die auf Areal bleibt, wird konzentriert auf die beiden Gebäude „Werkstatt“ und „Nebenbetriebe“. Damit man sich eine Vorstellung machen kann, zeigt F. Helg einige Fotos aus der Weisung.

Projekt: Die beiden Gebäude, das Werkstattgebäude und das Gebäude Nebenbetriebe sind rund 30 Jahre alt und stark sanierungsbedürftig; es geht um eine grosszyklische Erneuerung. Diese bezieht sich auf die Gebäudetechnik, Anpassungen an eine zeitgemässe Arbeitsweise und auf die Erfüllung von energetischen und technischen Vorgaben. Das führt dazu, dass rund 90 % der Kosten als werterhaltend und damit als gebundene Ausgaben zu würdigen sind. Und zu gebundenen Ausgaben hat der Gemeinderat bekanntlich nicht viel zu sagen. Die Bewilligung dieses Kredittails liegt in der Kompetenz des Stadtrates. Sehr wohl kann sich der Gemeinderat natürlich mit der Abgrenzung zwischen gebundenen und nicht gebundenen Ausgaben auseinandersetzen. Es ist aus der Vergangenheit bekannt, dass diese Differenzierung nicht immer einfach ist und auch zu unterschiedlichen Ansichten führen kann. F. Helg erinnert an die Auseinandersetzung rund um das Schloss Wülflingen. Der Gemeinderat hat damals eine intensive Diskussion geführt. Letztlich musste der Bezirksrat entscheiden. Rund 10 % der Kosten betreffen wertvermehrende Massnahmen und sind darum nicht gebundene Ausgaben. Nur dieser Teil ist direkt Gegenstand des vorliegenden Geschäfts. Mit den geplanten baulichen Massnahmen ist der Werkhof gerüstet für eine weitere Nutzung für die nächsten 20 Jahre.

Konkret: Der grösste Teil des Kredits, ca. 90 % das sind rund 7,8 Millionen bezieht sich auf die Werthaltung, Asbestsanierung, Sanierung der Kanalisation, bessere Dämmung der Decken, Erneuerung der Tore, Fassaden, Fenster und Dächer. Zudem müssen verschiedene übergeordnete Vorschriften erfüllt werden. Auch die Gebäudetechnik wird zumindest teilweise ersetzt. Der kleinere Teil, der Anteil von rund 10 %, rund 722'000 Franken, ist Gegenstand dieser Gemeinderatsvorlage. Das betrifft den wertvermehrenden Teil und ist nicht gebunden. Konkret geht es um Betondecken und ein Aussentor bei der Rampenabfahrt zum Werkstattgebäude, die neu gebaut werden müssen. Im Weiteren geht es um eine Sturzerhöhung für Tore im Fassadenbereich, zusätzliche Fenster und um neue Büros, die in einem anderen Gebäudeteil eingerichtet werden müssen. Die Kosten belaufen sich insgesamt auf 8,5 Millionen. Ein grosser Teil, nämlich 2 Millionen, geht an die Gebäudetechnik. Zudem ist eine relativ grosse Reserve von gut 1 Million Franken eingerechnet, weil man nicht genau weiss, was zusätzlich noch saniert werden muss. Der Zeitplan sieht so aus, dass die Massnahmen vor dem Bau des Polizeigebäudes realisiert werden, falls der Kredit genehmigt wird. Allerdings ist es auch so, dass die dargestellten Abbrüche von Gebäuden erst in Angriff genommen werden, wenn der Kredit für das Polizeigebäude tatsächlich bewilligt worden ist. – also kein Abbruch auf Vorrat.

Die Kommission Bau und Betriebe (BBK) hat sich zweimal mit dem Geschäft auseinandergesetzt. Im März 2016 – bevor die Weisung erstellt worden ist – hat sich die BBK vor Ort an einem Rundgang informieren lassen. Für die Beratung der Weisung ist dann nur noch eine Lesung nötig gewesen. Für die Kommission ist der Sanierungsbedarf ausgewiesen. Sie hat sich intensiv mit der Aufteilung der werterhaltenden und wertvermehrenden Massnahmen auseinandergesetzt. Die Aufteilung erscheint insgesamt plausibel. Die Baukommission hat auch die Vorgehensweise begrüsst, mit einem Kostenumfang von insgesamt 8,5 Millionen einen Weiterbetrieb für 20 Jahre sicherzustellen. Andere Projektvarianten fallen aus Sicht der Kommission – in Übereinstimmung mit der Sicht des Stadtrates – ausser Betracht: So ein Neubau, der etwa 25 bis 30 Millionen Franken kosten würde. Das kann sich die Stadt nicht leisten. Oder eine „Mini-Sanierung“ mit einer Vorgabe von 4,9 Millionen Franken. So

könnte vorerst nur das Allernötigste realisiert werden, und vieles müsste in den Folgejahren etappiert und unter laufendem Betrieb anhand genommen werden, also eine „Baustelle ohne Ende“. Die Kommission beantragt einstimmig Zustimmung zu dieser Vorlage. An dieser Stelle gilt der Dank von F. Helg dem Departementsvorsteher und den Mitarbeitenden der Verwaltung. Sie haben ihn als Kommissionsreferent und die Kommission insgesamt kompetent beraten, Auskunft gegeben und detailliert die Aufteilung zwischen werterhaltenden und wertvermehrenden Kosten erklärt.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Die Kommission hat dem Geschäft einstimmig zugestimmt. Damit hat auch der Gemeinderat dem Geschäft zugestimmt.

13. Traktandum

GGR-Nr. 2016.068: Kredit von Fr. 500'000.-- inkl. MWST für die Erstellung von Unterflurcontainern für Kehricht in der Altstadt (Projekt-Nr. 20499)

F. Helg (FDP) kann sich zum zweiten Mal als Geburtshelfer betätigen für eine Vorlage, die im Schnellzugstempo behandelt werden kann. Mit dieser Vorlage soll die Kehrichtentsorgung im Gebiet der Altstadt modernisiert werden. Konkret geht es darum, 16 Unterflur-Container-Anlagen zu errichten. Das ist nicht völlig neu, sondern es gibt bereits ein Pilotprojekt mit drei Container-Anlagen rund um den Kirchplatz. Das Pilotprojekt hat insgesamt zu guten Resultaten geführt. F. Helg zeigt ein Bild der Situation. Die Einfüllzylinder kennt man auch von den Sammelstellen in den Quartieren. Zudem wurde versucht auch eine Sammelstelle für Grünabfall einzurichten mit einem Container. Das wäre ebenfalls möglich. Interessant sind in diesem Zusammenhang die Ausmasse der Anlage. F. Helg zeigt die Anlage anhand von Bildern. Das Volumen, das unter dem Boden benötigt wird, ist recht gross und beträgt 2,5 Meter in der Tiefe und 2 Meter im Durchmesser. Welche Ziele sollen erfüllt werden mit den Unterflur-Container-Anlagen? Der Abfall muss nicht mehr per Sack auf die Strasse oder Gasse gestellt werden – mit der Gefahr, dass solche Säcke von Vandalen oder Tieren zerstört werden. Der Abfall kann jederzeit entsorgt werden. Man ist nicht an die Abfuhrdaten gebunden. Die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden im Sammeldienst werden verbessert. Die Unterflur-Container-Anlage wird per Kran entleert. Damit müssen die teilweise recht schweren Abfallsäcke nicht mehr von Hand entsorgt werden. In der Weisung steht, dass diese Säcke teilweise bis zu 25 Kilo schwer sind und doch eine erhebliche ergonomische Belastung für das Personal darstellen. Die Sammeltouren können bedarfsgerecht geplant werden. Die Unterflur-Container haben nämlich eine Füllstandsmesseinrichtung. So wird automatisiert angezeigt, wenn eine Leerung nötig ist. Das Gebiet der Altstadt muss so weniger angefahren werden, und Lastwagenkilometer werden so eingespart.

Um welche Stadtorte geht es konkret? In der Weisung werden im Anhang anhand eines Plans die Standorte aufgezeigt. Drei Anlagen bestehen bereits rund um den Kirchplatz. Sie sind nicht Gegenstand dieser Vorlage. 7 Standorte sind geplant und sind Gegenstand dieser Vorlage. Diese Standorte sind bereits rechtskräftig punktgenau festgelegt und zwar am Neumarkt, an der Spitalgasse, an der Steinberggasse, an der Obergasse, am Holderplatz und an der Neustadtgasse. Weitere Standorte sind bereits evaluiert, aber noch nicht punktgenau festgelegt. Vor dem Bau der zweiten Serie wird es noch ein Auflageverfahren geben, in dem dann die einzelnen Standorte punktgenau festgelegt werden. Die Anwohner können sich noch zu Wort melden. Es geht um 4 Standorte entlang der Stadthausstrasse, 2 an der General-Guisan-Strasse und 3 an der Technikumstrasse. Wie ist das Entsorgungsmanagement im Einzelnen organisiert? Es ist auch immer noch möglich, den Abfall über private Container zu entsorgen. Insbesondere Einkaufsgeschäfte und Gewerbebetriebe verfügen bekanntlich in der Regel über Container. Dabei handelt es sich zu einem ganz grossen Teil um Gewerbecontainer, die nach Gewicht abgerechnet werden. Diese Container werden wie bisher geleert. Auch die Spezialsammlungen für Papier, Karton, Sperrgut und Grünabfälle werden unverändert weiter geführt. Die Missbrauchsgefahr wird seitens der Stadt als verhältnismässig gering eingeschätzt. Beim Pilotversuch mit den Unterflur-Container-Anlagen rund

um den Kirchplatz hat man über eine Phase von neun Monaten die Situation beobachtet. Bei einer Gesamtmenge von 20 Tonnen Abfall gab es 48 Nicht-Gebührensäcke was einem Anteil von 1,2 % der Abfallmenge entspricht. Zudem wird in der Unterflur-Container-Anlage eine Sichtkontrolle durchgeführt. Nicht autorisierte Abfallsäcke werden kontrolliert, und es wird nach dem Verursacher geforscht – also so, wie das auch sonst bei illegal entsorgtem Abfall üblich ist. Man geht davon aus, dass im Gebiet der Altstadt auch die soziale Kontrolle recht gut spielt und Missbräuche im grossen Stil verhindert.

Seitens der Betroffenen sind keine negativen Rückmeldungen eingetroffen. F. Helg hat in seiner Eigenschaft als Kommissionsreferent Rücksprache genommen mit dem Bewohnerverein Altstadt, dem Quartierverein Graben-Holderplatz, mit der „Jungen Altstadt“ und dem Hauseigentümerverband. Fragen hinsichtlich einzelner Standorte sind geklärt und auch die Unsicherheiten über das zukünftige Entsorgungsmanagement konnten ausgeräumt werden. Kosten: Insgesamt belaufen sich die Kosten auf 800'000 Franken, davon gehen 300'000 Franken weg, weil sie bereits bewilligt sind. Damit bleiben noch 500'000 Franken, davon sind rund 350'000 Franken für die eigentlichen baulichen Massnahmen vorgesehen. Die Finanzierung erfolgt über Gebühren. Die Höhe der Kosten macht keine Erhöhung der Abfallgebühren notwendig.

Beratung in der Kommission Bau und Betriebe: Die BBK konnte die Vorlage in einer Lesung durchberaten. Die Kommission ist umfassend informiert worden. Fragen zur Abwicklung der Entsorgung sind geklärt worden. F. Helg hat die offenen Punkte vorher dargestellt. Insgesamt ist die BBK überzeugt, dass die Unterflur-Container-Anlagen eine „gute Sache“ sind und das Entsorgungsmanagement funktioniert. Das Departement Bau hat die Standorte sorgfältig evaluiert und das Projekt gegenüber den Betroffenen gut kommuniziert. Die BBK beantragt dem Rat einstimmig, der Vorlage zuzustimmen. Auch an dieser Stelle dankt F. Helg dem Departementsvorsteher und den Mitarbeitenden der Verwaltung für die Unterstützung und Beratung dieses Geschäfts in der Kommission.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Das Geschäft ist in der Kommission einstimmig angenommen worden. Entsprechend hat der Gemeinderat dem Geschäft zugestimmt.

Stadtrat J. Lisibach dankt dem Gemeinderat herzlich für die gute Aufnahme der beiden Geschäfte und F. Helg für die sehr gute Vorbereitung in der Kommission.

14. und 15. Traktandum

GGR-Nr. 2014.078: Antrag und Bericht zum Postulat M. Zeugin (GLP) und M. Thurnherr (SVP) betr. Steuerungsmöglichkeiten im Bereich der Sozialhilfekosten und

GGR-Nr. 2014.076: Beantwortung der Interpellation betreffend Kostenexplosion bei der individuellen Unterstützung D. Schneider (FDP), M. Baumberger (CVP) und R. Keller (SVP) der Sozialhilfe, eingereicht von den Gemeinderäten

K. Cometta (GLP/PP): Die Kostenexplosion in der Produktgruppe Individuelle Unterstützung, vor allem in der Sozialhilfe und bei den Zusatzleistungen, ist eine massgebliche Ursache für die Finanzmisere der Stadt Winterthur. Der Nettoaufwand belief sich in der Rechnung 2015 auf 116 Millionen Franken und ist in der Vergangenheit jährlich gestiegen. In nur 10 Jahren sind die Kosten um 55 % in der Sozialhilfe und um zwei Drittel bei den Zusatzleistungen angestiegen. Mehr als jeder sechste Haushalt in Winterthur bezieht sogenannte bedarfsabhängige Sozialleistungen. Ausschlaggebend für das Postulat war aber nicht nur das massive Kostenwachstum, sondern auch die unpräzise Budgetierung. Das Budget ist Jahr für Jahr überschritten worden und es ist Usanz, dass der Stadtrat eine Gebundenheitserklärung nachreicht. Es geht nicht, dass man im Blindflug unterwegs ist, vor allem nicht in diesen Grössenordnungen. Die Rede ist von Abweichungen im zweistelligen Millionenbereich. Ent-

sprechend geht es im vorliegenden Bericht des Büros BASS einerseits um den Bereich Kostensteuerung, das heisst um die Reduktion des Kostenwachstums, aber auch um die Planbarkeit. In Bezug auf die Budgetierung hat das DSO offensichtlich die Hausarbeiten gemacht. Das hat der Gemeinderat letzte Woche im Rahmen der Jahresrechnung 2015 gesehen. Die Abweichung konnte gut erklärt werden, nämlich durch das Nein des Volkes zur Abschaffung der Gemeindegremien. Das Controlling ist in den letzten Jahren im DSO kontinuierlich verbessert worden, diverse Instrumente zur besseren Abschätzung der Kosten sind eingeführt worden. Insbesondere ist ein Kostenmodell eingeführt worden, das eine differenzierte Analyse und damit auch eine bessere Prognose möglich macht. An dieser Stelle dankt K. Cometta insbesondere dem Controller des DSO, der viel Hirnschmalz und Energie investiert hat. Der andere Teil des BASS Berichts, wie das Kostenwachstum eingedämmt werden kann, wird vom Gemeinderat noch viel Hirnschmalz und Energie benötigen.

Drei Fakten will K. Cometta hervorheben. 1. Sozialhilfequote: Gemäss Bericht liegt diese mit 5 % im Rahmen, beziehungsweise sie ist mit den sozioökonomischen Rahmenbedingungen zu erklären. So weit so gut. Aber was heisst das? Primär heisst das, dass die sozioökonomischen Rahmenbedingungen von Winterthur nicht gut sind und die Stadt einen ungünstigen Bevölkerungsmix hat. Das heisst nichts anderes, als dass eine verfehlte Wohnbaupolitik betrieben wird. Winterthur hat auch eine relativ hohe Arbeitslosenquote und bei den Arbeitslosen einen sehr hohen Anteil von Personen ohne Ausbildung. Das verheisst für die Zukunft nichts Gutes. Besorgniserregend ist auch, dass die Sozialhilfequote in den letzten Jahren gestiegen ist – von 4,3 % im 2009 auf 5 %. Die Anzahl der Sozialhilfebeziehenden wächst schneller als die Bevölkerung. 2. Fallwachstum, höhere Bezugsdauer und höhere Nettokosten pro Fall: Mehr, länger und teurer. Auf allen Ebenen läuft die Entwicklung in die falsche Richtung. Die steigenden Nettokosten sind durch geringere Rückerstattungen, vor allem bei der IV, bedingt. Letzte Woche mussten die Ratsmitglieder zur Kenntnis nehmen, dass die Rückerstattung durch die Heimatkantone wegfallen wird, was 1,5 Millionen pro Jahr kosten wird. Die Nettokosten sind in Winterthur aber auch überdurchschnittlich hoch, weil ein sehr hoher Anteil an grossen Familien Unterstützung bezieht. Die sind natürlich teuer. An dieser Stelle macht K. Cometta auf das Pulverfass Zusatzleistungen der AHV/IV aufmerksam. Diese Kosten sind bereits jetzt etwa gleich hoch wie die Ausgaben für die Sozialhilfe, nämlich 50 Millionen. Die Hälfte davon betrifft AHV Rentnerinnen und Rentner. In Anbetracht der demografischen Entwicklung ist das eine Zeitbombe. Immerhin beziehen 14 % der AHV Rentnerinnen und Rentner Zusatzleistungen. Entsprechend braucht es dringend Massnahmen, die ambulant vor stationär fördern. Eine Person in einem Heim kommt um ein Vielfaches teurer, als die Betreuung zu Hause. So oder so, im Bereich der Zusatzleistungen kommt voraussichtlich noch viel auf die Stadt zu. 3. Nettozuzug: Ein Viertel bis ein Drittel aller antragstellenden Personen, die zwischen 2010 und 2014 neu Sozialhilfe bezogen haben, haben zwei Jahr vor dem Bezug nicht in Winterthur gewohnt. Winterthur ist eine von wenigen Zürcher Gemeinden, die einen positiven Wanderungssaldo bei den Sozialhilfebeziehenden ausweisen. Es gibt nicht nur viel Zuzug, sondern vor allem wenige, die wegziehen. Das heisst, dass Winterthur attraktiv ist für Sozialhilfebeziehende. Das kann man einfach mit den Vorteilen einer Grossstadt erklären – die Stadt ist anonym, die soziale Infrastruktur ist gut und professionelle Hilfe ist vorhanden. Aber es gibt vor allem auch günstigen Wohnraum in Winterthur. Soviel zu den Fakten. Im Bericht sind noch weitere Fakten aufgeführt, die K. Cometta nicht alle vorlesen will.

Massnahmen: Mit Massnahme meint K. Cometta explizit nicht die stadträtliche Rhetorik, dass Winterthur kein Sonderfall sei, wie verschiedentlich zu lesen ist. Sie stimmt auch nicht in das Lamento ein, dass die Kosten nicht beeinflussbar seien, oder dass sie im Kanton gerechter verteilt werden müssen. Es kann nicht angehen, dass man diesen Bericht liest und daraus schliesst, dass das Kostenwachstum nichts Besonderes ist, dass die Sozialhilfekosten erklärbar und nicht beeinflussbar sind – und fertig. Die Kostenexplosion in der Sozialhilfe und bei den Zusatzleistungen fordert jetzt konkrete Massnahmen, beziehungsweise ein Bündel an Massnahmen. Die Grünliberalen sehen zwei Stossrichtungen: 1. Fordern und fördern: Sozialhilfebeziehende haben nicht nur Rechte sondern auch Pflichten. Sie sollen sich beruflich integrieren und qualifizieren. Sie müssen Deutsch können und sie sollen sich weiterbilden. Das muss obligatorisch sein und soll sanktioniert werden können. Die berufliche In-

tegration ist der Schlüssel, um aus der Sozialhilfe aussteigen zu können. Es braucht aber auch integrierte Angebote. Namentlich muss die Zusammenarbeit zwischen den Ämtern, der Sozialhilfe und dem RAV eng sein. Es braucht zudem Arbeitsprogramme – staatliche und private. Die Fälle müssen auch straffer geführt werden und die Kontrollen müssen erhöht werden. Mit einer engen Fallführung ist viele Möglich. Damit können Kosten gespart werden. Ein entsprechendes Pilotprojekt der ZHAW läuft. Insbesondere bei den Zusatzleistungen müssen die Kontrollen erhöht werden. Es muss sichergestellt sein, dass keine Erbschaften vorhanden sind und kein Vermögen im Ausland. Auch im Bereich der Mieten besteht grosser Handlungsspielraum. Es braucht endlich systematische Mietzinsanpassungen. Die Senkung des Referenzzinssatzes muss durchgesetzt werden. Es kann nicht sein, dass sich einige Immobilienbesitzer auf Kosten des Staates eine goldene Nase verdienen. 2. Stadtentwicklung: Das gehört zu den Kernanliegen der grünliberalen Politik. Jetzt braucht es eine Wohnbaupolitik, die auf Qualität statt auf Quantität setzt. Es braucht Arbeitsplätze statt Bevölkerungswachstum. Winterthur hat einen schlechten Bevölkerungsmix und Winterthur hat quasi als einzige Zürcher Gemeinde einen Nettozuzug von Sozialhilfebeziehenden. Das kommt teuer. In den letzten Jahren hat Winterthur eindeutig eine verfehlte Wohnbaupolitik betrieben, die einzig auf Wachstum abgestellt hat. Die Stadt braucht Arbeitsplätze, Arbeitsplätze und nochmals Arbeitsplätze – solche mit viel Wertschöpfung aber auch niederschwellige. Winterthur kann nicht das Wohnungsproblem des Kantons Zürich lösen. Die Mieten sind in Winterthur 13 % tiefer als im Durchschnitt des Kantons. Es schadet der Stadt, wenn mit günstigem Wohnraum lediglich noch mehr Sozialhilfebeziehende angezogen werden. Selbstverständlich sind die Grünliberalen auch für die gerechtere Verteilung der Soziallasten auf kantonaler Ebene. Aber das ist kein Grund, nicht zuerst vor der eigenen Türe zu kehren. Darum muss das primäre Ziel von Winterthur eine Kostenreduktion sein. Das wird durch eine bessere Wohnbaupolitik und durch eine straffe Fallführung erreicht. Von den Sozialhilfebeziehenden kann durchaus eine Gegenleistung gefordert werden, nämlich dass sie sich anstrengen und sich integrieren wollen. Sonst kann man auch einmal Sanktionen in Betracht ziehen. Die GLP erwartet vom Stadtrat, dass er, anstelle der Sonderfallrhetorik, einen Masskatalog zur Kostenreduktion erarbeitet und die Massnahmen priorisiert, das unter Einbezug der Sozialhilfebehörde einerseits und der SSK andererseits. Es braucht jetzt Taten statt Worte – und zwar bald.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Um sicher zu gehen. Die GLP/PP-Fraktion stellt damit keinen Ablehnungsantrag.

K. Cometta (GLP/PP) hat keinen Ablehnungsantrag gestellt.

W. Steiner (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die umfassenden Antworten zur Interpellation und zum Postulat und für den Bericht des Büros BASS. Der Bericht enthält viele graphische Darstellungen, speziell eine will W. Steiner erwähnen. Der Vergleich der Sozialkosten mit verschiedenen Städten im Verhältnis zur Bevölkerung zeigt, dass sich die Zahlen ähneln. Das mag vielleicht beruhigend sein, hilft aber der Stadt Winterthur nicht, Kosten einzusparen. Der Bericht BASS zeigt den deutlichen Kostenanstieg in den Jahren 2010 bis 2014 um 26 Millionen auf. Pro Jahr sind die Ausgaben um über 5 Millionen gestiegen, obwohl die Teuerung in dieser Zeit praktisch bei null lag. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass folgende 4 Massnahmen sehr wichtig sind: 1. Steigerung der Effizienz, Verbesserung der Abläufe, Überwachung und Kontrolle. 2. Anpassung der Wohnkosten und Überprüfung der Grenzzinssätze. 3. Abbau der individuellen, sozialen Leistungen und eventuell ein Austritt aus der SKOS. Damit wird verhindert, dass Winterthur noch mehr Zuzüger unterstützen muss. Die Stadt Winterthur soll unattraktiver werden, damit eventuell Sozialhilfebezügler in eine andere Stadt ziehen, weg von Winterthur. 4. Unterstützung der Sozialabhängigen und Rückführung in den ersten Arbeitsmarkt. Die SVP hofft, dass bereits einige Massnahmen eingeleitet worden sind, sodass im Budget 2017 ein Teil der Massnahmen umgesetzt sind.

D. Schneider (FDP) dankt dem Stadtrat für die ausführliche Interpellationsantwort und für den bereits viel diskutierten Bericht des Büros BASS. D. Schneider hat sein Votum über-

schrieben mit: „Glück ist kein Menschenrecht“. Das ist ein genereller Gedanke zu diesem Thema und drückt die Ohnmacht aus, die hinter diesem Thema steckt. Die Rolle des Staates wird ständig erweitert. Mit dem Ausbau des Sozialwesens wird dem Staat die Verantwortung für das menschliche Glück auferlegt. Diese Auffassung ist in kurzer Zeit selbstverständlich geworden. Vor 200 Jahren wäre noch keiner Regierung zugemutet worden, was heute ein Staat erfüllen muss. Es zeichnet sich ab, dass keine Regierung diese Erwartung auf Dauer erfüllen kann. Das merkt man auch an den explodierenden Sozialkosten. Eine Reaktion kann sein, dass die zunehmenden Lasten im Sozialwesen zurückgefahren werden, was sich nachteilig auf die wirklich Bedürftigen auswirkt. An dieser Verantwortung muss, neben dem Staat, jeder persönlich beteiligt sein – auch die Wirtschaft. Das menschliche Leben muss von gegenseitiger Verantwortung bestimmt sein, also auf gleichen Rechten. Glück ist kein Menschenrecht, sondern ein Umstand der plötzlich eintritt, wenn beispielsweise eine Nachbarin für eine Seniorin die Einkäufe übernimmt.

Was ist für die FDP wichtig? D. Schneider kann sich in vielem W. Steiner anschliessen. Etwas ist noch nicht erwähnt worden. Das ist die Flüchtlingsproblematik. Diese wird im Bericht BASS zu wenig angesprochen. Vielleicht ist es auch zu neu. In der Kommission wurde bereits darüber diskutiert. Wenn Flüchtlinge in Winterthur untergebracht werden, gibt es eine Karenzfrist. Maximal während 10 Jahren können die Integrationskosten vom Bund und vom Kanton zurückgefordert werden. Nach 10 Jahren muss Winterthur die Kosten tragen. Das ist ein wichtiger Punkt, den man unbedingt im Auge behalten muss. Einbezug der Bildung: Wenn überhaupt etwas Veränderungen bringen kann, ist das die Bildung. Die Sozialkosten sind auch auf ein Bildungsproblem zurückzuführen. Es gibt Familien, die ihre Kinder in Kindertagesstätten bringen. Sie unternehmen aber keine Anstrengungen Deutsch zu lernen. D. Schneider betreibt selber drei Kindertagesstätten. Es ist ein unverändertes Bild. Die Stadt bezahlt zwar immer weniger Dolmetscher, trotzdem benötigt man für die Gespräche mit den Eltern oft einen Übersetzer. Hier könnte die Stadt die Schraube etwas anziehen. Wenn Plätze in den Kindertagesstätten subventioniert werden, soll eine Gegenleistung erbracht werden. Das ist zwar finanztechnisch nicht relevant, aber man kann hier wenigstens ansetzen. Brennpunkte von Sozialhilfebezügern: Braucht es in gewissen Quartieren, Beispiel in der Steig, nicht ein Büro mit Mitarbeitenden, die mit den Leuten dort reden können? Betrugsfälle könnten zum Beispiel aufgedeckt werden. Das ist zwar eine unkonventionelle Idee über die einige Leute vielleicht den Kopf schütteln. Die Stadt ist in ein sehr enges Korsett eingeschnürt durch die SKOS-Richtlinien. Deshalb muss alles geprüft werden. Die Möglichkeiten der Stadt sind sehr limitiert. Deshalb wird auch immer wieder vorgeschlagen, dass die Stadt aus der SKOS austreten könnte. Es gibt auch noch andere Ideen. In Dänemark gibt es zum Beispiel keine IV-Renten für Leute unter 30. D. Schneiders Schwägerin kommt aus Dänemark. Eine Rente für so junge Leute gibt es dort nicht. Das wirkt sich positiv aus. Winterthur als Stadt kann hier aber wenig ausrichten. Es braucht aber einen Masterplan. Anstatt ständig an den gleichen Dingen herumzuschrauben, braucht es einen Masterplan, den die Stadt aufgleisen muss. Es gilt, die Kosten in den Griff zu bekommen mit allen Konsequenzen, die notwendig sind. Bildung ist ein Aspekt, Ausländer, Flüchtlinge sind andere Themen. Hier braucht es eine längerfristige Strategie. Es ist unschön, wenn die Leute nicht integriert sind, nicht Deutsch lernen etc. D. Schneider hat versucht, Flüchtlinge einzustellen. Es ist unglaublich mühsam, bis man jemanden einstellen kann. Darüber muss man sich Gedanken machen. Könnte man in dieser Hinsicht etwas verbessern? D. Schneider dankt für den Bericht und für die Interpellationsantwort, die beide sehr ausführlich und gründlich sind. Zusammenfassend: Es sollte einen Masterplan geben, um die Sache längerfristig anzugehen.

J. Altwegg (Grüne/AL) hat sich erlaubt, sein Votum bildlich zu untermalen. Man macht oft Bilder von Leuten, die Sozialhilfe empfangen. J. Altwegg unterstellt nicht, dass die Ratsmitglieder genau diese Vorstellungen haben. Aber es könnte sein. J. Altwegg zeigt das Bild eines Mannes, der offensichtlich die Sozialhilfegelder für ein teures Auto ausgibt. Offensichtlich ist, dass er kein Winterthurer und auch kein Schweizer ist. Das ist eine Stereotypie für einen Sozialhilfeempfänger. Der Herr auf dem Bild ist tatsächlich Besitzer des Autos mit dem er posiert. Er bezieht aber keinen Rappen Sozialhilfe. J. Altwegg ist sicher, dass niemand im Rat, auch nicht die Sozialdemokraten, diesem Herr Sozialgelder auszahlen wollen. Die alba-

nische Flagge hat J. Altwegg ins Bild montiert. Diese gibt es nicht auf dem Originalbild.

J. Altwegg kommt zur Realität. Er bittet die Ratsmitglieder, wenn sie sich vorstellen, wie ein Sozialhilfeempfänger aussehen könnte, sich mit der Realität auseinander zusetzen. J. Altwegg zeigt ein weiteres Bild. Der ganz grosse Teil der Empfänger von individueller Unterstützung sind alleinstehende Frauen im AHV-Alter. Wahrscheinlich annähernd die Hälfte. Das ist das reale Bild. Wenn gespart werden muss, dann geht das diesen Personen ab. Es ist nicht anzunehmen, dass es diesen Menschen rosig geht, und dass sie das Geld verpulvern können. So plakativ, wie das J. Altwegg dargestellt hat, ist der Bericht BASS nicht. Er ist sehr verständlich abgefasst, bringt die Fakten auf den Punkt und die Zusammenfassung zu Beginn des Berichts gibt einem eiligen Leser eine Übersicht. Es ist sehr nützlich, den Bericht einmal anzuschauen – wenigstens die Zusammenfassung. J. Altwegg kann aber auch empfehlen, den ganzen Bericht zu lesen. Er enthält viele erläuternde Graphiken. Die Lösungsvorschläge und die Analysen sind sehr vielversprechend. Die SSK hatte die Möglichkeit an zwei Lesungen einen Beitrag zu leisten.

Einen Satz hat sich J. Altwegg herausgepfückt: „Bei der Suche nach Lösungen muss man sich also vor Augen halten, dass der Sozialhilfebezug in Winterthur kein Phänomen darstellt, das nach aussergewöhnlichen Erklärungen ruft. Vielmehr fügt sich die Entwicklung der Fallzahlen in ein Muster, das sich auch in anderen Schweizer Städten beobachten lässt.“ Also keine Kostenexplosion, wie das die Interpellation suggeriert. Wie ist das genau? Die durchschnittlichen Nettokosten pro Fall und Jahr sind in Winterthur von 2011 bis 2014 um 12 % gestiegen. Wie erklärt wurde, lag die Teuerung in dieser Zeit praktisch bei null. Eine absolute Ungeheuerlichkeit. Das stimmt aber nicht ganz, wenn man zwei wichtige Fakten beachtet.

1. Die Heimplatzierungen, diese haben keine höheren Kosten verursacht, weil lediglich eine Verschiebung der Kosten aus der Kasse des Departements Schule und Sport in die Kasse des Departements Soziales (DSO) stattgefunden hat. Im Rahmen der APV ist heute Abend bereits über die unterschiedlichen städtischen Kassen diskutiert worden. Einsparungen der IV: Der Bund hat einfach Geld gespart. Diese Fälle verschwinden nicht einfach. Die IV wird gesundgespart, was für eine Leistung. Die Stadt Winterthur kann diese Massnahmen berappen. Die Gemeinden tragen die Kosten. Auch hier hat eine Verschiebung stattgefunden von der Bundeskasse ins Winterthurer Departement Soziales. Auch hier handelt es sich nicht um eine exorbitante Kostenerhöhung, sondern einfach um eine Verschiebung von der einen Kasse in die nächste. Damit ist gar nichts explodiert, sondern nur von einem Haufen auf den anderen umgeschichtet worden. Trotzdem muss sich Winterthur etwas einfallen lassen. Man kann die Fälle nicht an die IV zurückschieben. Das betrifft auch zentrale Massnahmen. Mehr Ressourcen: Im Zusammenhang mit effort14+ ist die Fachstelle junge Erwachsene abgeschafft worden. Diese Stelle hat zwar etwas gekostet, wenn man aber ausrechnet, was diese Unterstützung bringt, zeigt sich, dass unter dem Strich gespart werden kann. Die Fallbelastungszahlen müssen reduziert werden. Das heisst, dass eine Person im Sozialamt nicht mehr so viele Fälle führen darf. Jetzt sind das 125 Fälle. Die Vorzeigegemeinden können sinkende Zahlen vorweisen. Wieso? In diesen Gemeinden sind es pro Mitarbeiter maximal 80 Fälle. Damit bleibt mehr Zeit für Überprüfungen. Der Wohnbaumix muss verbessert werden. Mit dieser Forderung ist J. Altwegg einverstanden. Es braucht weniger Durchschnitt und mehr gute Steuerzahler. Gleichzeitig muss auch am unteren Ende, für die Leute, die wenig verdienen, etwas getan werden. Die Lasten bei der individuellen Unterstützung müssen reduziert werden. Die Vermieter dürfen sich nicht auf Kosten der Stadt bereichern. Das sind alles Massnahmen die zuerst kosten – sogenannte Sozialinvestitionen. Damit kann in der Zukunft Geld gespart werden. Mit kurzfristigen Sparbemühen, die durchaus nötig sind, können einige Jahr später umso höhere Kosten entstehen. Machen wir uns nichts vor. Der soziale Friede liegt nicht nur am hervorragenden Polizeikorps, sondern auch daran, dass niemand um sein Dach über dem Kopf und um das Essen kämpfen muss. J. Altwegg kann, auch dank der Sozialhilfeausgaben, zu jeder Tages- und Nachtzeit an jeden Ort in dieser Stadt gehen, ohne dass er Angst haben muss, überfallen zu werden. Der Bericht besagt auch, wenn man einfach die Leistungsschraube willkürlich hinunterdreht, bewirkt man nur das Gegenteil. Die Grüne/AL-Fraktion hofft, dass auch aufgrund dieses sehr guten Berichts, das DSO-Bashing wenigstens für die nächsten Jahre ein Ende haben wird und mehr Respekt vor der Leistung der Mitarbeitenden im Departement die Regel wird statt die Ausnahme.

In diesem Sinne dankt J. Altwegg dem Stadtrat für den super Bericht und für die ausführliche Interpellationsantwort.

B. Huizinga (EVP/BDP): Die EVP/BDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die detaillierte Antwort. Diese und auch die Studie des Büros BASS zeigen das Engagement der Sozialen Dienste, die steigenden Kosten zu erklären, die Prozesse und Abläufe zu optimieren und trotzdem eine am Kunden orientierte Unterstützung anzubieten. Es wird ausgeführt, dass besonders die Beiträge zur AHV und IV ins Gewicht fallen. Erst vor kurzem hat sich die Winterthurer Bevölkerung dafür ausgesprochen, diese Unterstützung in Form der Gemeindezuschüsse weiterhin zu gewähren. Die EVP/BDP-Fraktion hat sich für eine Stellenaufstockung in den Sozialen Diensten eingesetzt. Sie ist der vollen Überzeugung, dass eine engmaschige Fallführung zu höheren Ablösezahlen führt. J. Altwegg hat den Vergleich mit anderen Städte bereits zitiert. Die EVP/BDP-Fraktion ist gespannt, zu welchem Schluss das Projekt der ZHAW kommen wird. Bedarfsleistungen sind ein wichtiges Instrument im sozialen System der Schweiz. Diese sollen auch weiterhin von Fachleuten eingesetzt werden. Die EVP/BDP-Fraktion nimmt die Antwort positiv zur Kenntnis und dankt dem Stadtrat.

B. Helbling (SP): Die SP-Fraktion dankt für die ausführliche Interpellationsantwort und für den Bericht des Büros BASS. Vieles ist bereits gesagt worden. Die SP sieht sich in der Ansicht bestätigt, dass ein solidarischer Ausgleich der Soziallasten innerhalb des Kantons Zürich angestrebt werden muss. Zudem braucht es Investitionen in die notwendigen Ressourcen, damit die Sozialkosten besser gesteuert werden können. Die Rede ist von Sozialkosten. B. Helbling dankt J. Altwegg, der das Ganze personalisiert hat. Die Rede ist von Menschen, die hinter diesen Zahlen stehen. Es braucht Investitionen, um diese Menschen möglichst schnell und nachhaltig von der Sozialhilfe ablösen zu können und sie vielleicht gar nicht in die Sozialhilfe kommen zu lassen. Statistisch wird im Bericht dargelegt, dass immer weniger Menschen aus der Sozialhilfe abgelöst werden können. Das sollte aufhorchen lassen. Wenn man von Fördern und Fordern spricht, wie das K. Cometta getan hat, muss man sich bewusst sein, dass das kostet. Hier muss auch Geld investiert werden, wenn man fordert, dass eine Qualifizierung möglich sein muss. Was der Bericht ebenfalls darlegt, ist Folgendes: Die steigenden Kosten sind kein Winterthurer Phänomen. Aber die Stadt muss prüfen, welche Gründe für die fehlenden Einnahmen verantwortlich sind und was passiert sein muss, damit jemand in diese Situation kommt. Was die Fallbelastung pro Mitarbeitende anbelangt, weicht die Stadt vom Durchschnitt ab. Das ist bereits gesagt worden. Die SP wartet gespannt auf die Erkenntnisse der Studie, die von der ZHAW durchgeführt wird. Darin wird auch die Fallbelastung der Mitarbeitenden im Sozialdienst angeschaut, dann wird man sehen, ob das einen Einfluss auf die Ablösequote hat. Wenn man den Bericht des Büros BASS liest, wird man in dieser Ansicht betätigt. Dort wo bereits Anpassungen erfolgt sind, hat es eine Änderung gegeben. Der Bericht BASS regt an die Fachstelle für junge Erwachsene mit genügend Ressourcen auszustatten. Auch wenn das bereits gesagt worden ist, will B. Helbling es wiederholen: Gerade bei den jungen Erwachsenen braucht es eine enge Begleitung. Wenn eine Person den Einstieg nicht findet und keine Lehre machen kann, braucht sie eine Begleitung, damit sie den Einstieg ins Berufsleben schafft. Die Beeinflussbarkeit und die Steuerungsmöglichkeiten der Sozialhilfekosten innerhalb der Stadt sind sehr begrenzt. Das ist allen bekannt. Deshalb ist der solidarische Soziallastenausgleich im Kanton ein Anliegen, das man ins Auge fassen muss. Die SP unterstützt den Stadtrat bei der Wahl der prioritären Handlungsfelder – Soziallastenausgleich, Fallbelastung etc. Wenn man die Wohnbaustrategie überprüft, muss man im Auge behalten, dass Wohnen alle betrifft. Die Stadt ist nicht nur für sozial schwächer gestellte Menschen da, sondern auch für Familien mit Kindern. Auch für sie ist bezahlbarer Wohnraum wichtig. Es soll letztendlich eine gute Durchmischung geben. Das ist das anzustrebende Ziel. Wenn man die nächste Wohnstatistik anschaut, wird man sicher sehen, dass viele Wohnungen leer stehen, die mehr als 2'500 Franken kosten. Auch Familien mit Kindern haben Probleme, diese Wohnungen zu bezahlen. Es gibt noch weitere Handlungsfelder, die wichtig sind. Das betrifft zum Beispiel die Investitionen in präventive Massnahmen, um einen Sozialhilfebezug zu vermeiden. Eine Stärkung von bestehenden Angeboten, wie die Frühförderung für Kinder und im Alter die Stärkung von ambulanten und

teilstationären Strukturen, zu Vermeidung von frühzeitigen Heimeintritten. Die SP nimmt die Antwort und den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Stadtrat N. Galladé bedankt sich herzlich für die grundsätzlich positive Aufnahme des Berichts und für die durchaus differenzierte Diskussion. Wenn er sich erinnert, wie vor etwa einem Jahr über dieses Thema diskutiert worden ist, zeigt sich, dass man weiter gekommen ist. Dafür gebührt letztlich auch den Postulanten ein Dank. Das Postulat war auch eine Chance, die Diskussion auf eine sachlichere Ebene zu stellen. Der Stadtrat ist im Moment zwar nicht mehr zahlreich anwesend, aber das heisst auch, dass das Vertrauen sehr gross ist. Der Stadtrat hat sich grosse Mühe gegeben. Der Bericht ist primär von externer Seite erstellt worden. Aber der Stadtrat hat sich in Bezug auf die Fragestellung sehr viel Mühe gegeben. Er hat akribisch alles aufgenommen, was einerseits in den vergangenen Debatten im Rahmen des letztjährigen Rechnungsabschlusses und sonst im Rat vorgebracht und protokolliert worden ist. In den vergangenen Jahren, aber auch in den letzten 12 Monaten, sind eine ganze Reihe Vorstösse eingereicht worden. Zudem sind auch medial Forderungen gestellt worden, durchaus auch kritische Forderungen. Das hat der Stadtrat eins zu eins weitergeleitet, um die Fragestellungen zu erweitern. Der Stadtrat hat sehr breit verschiedenste Kreise einbezogen, Polizei, Stadtentwicklung, Stadtverwaltung, soziale Dienste, aber auch Stellen ausserhalb der Stadt, die auf die eine oder andere Art Schnittstellenpartner sind. Auch die Postulanten, sofern diese Antwort gegeben haben, die SSK, die vorberatende Kommission, und die Sozialhilfebehörde, wurden in mehreren Schritten einbezogen. Zudem wurde der Gesamstadtrat immer wieder einbezogen. Damit konnte ein relativ rundes Bild entstehen. Wichtig ist, dass man unterscheidet, was sagt die Studie und was übernimmt der Stadtrat. Grundsätzlich hält es der Stadtrat für sehr plausibel, was das Büro BASS aufgrund von Interviews, Nachforschungen und Recherchen im Bericht schreibt.

Der Punkt Budgetierung ist ein wichtiges Thema. Das hat Stadtrat N. Galladé bereits vor einem Jahr angesprochen. Dieser Punkt kann verbessert werden. Es ist erfreulich, dass der Stadtrat in der SSK darlegen konnte, dass die Stadt auf einem guten Weg ist. Das ist ein erster Schritt. Natürlich ist es gut, wenn man den Ist-Wert frühzeitig sieht. Wenn die ganze Sache letztendlich trotzdem nicht aufgeht, spielt die Musik vielleicht etwas länger, aber am Ergebnis ändert sich nichts. Damit ist Stadtrat N. Galladé beim Punkt Steuerbarkeit angelangt. Der Stadtrat nimmt diesen Punkt ernst. Aber es ist nicht nur stadträtliche Rhetorik, wenn er von der beschränkten Beeinflussbarkeit spricht. Auch im Bericht steht, dass Winterthur kein Sonderfall ist. Es werden auch keine Abnormitäten oder etwas Skandalisierendes festgestellt. Die Ausgaben sind nachvollziehbar. Trotzdem ist das nicht befriedigend. Damit geht Stadtrat N. Galladé mit den Ratsmitgliedern einig. Das heisst nicht, dass der Stadtrat nichts unternehmen muss. Es gibt drei Hauptpunkte, die nachvollziehbar und im Bericht festgehalten, klar hervorstechen. 1. Auf der einen Seite ist die Wohnbaupolitik tatsächlich ein Steuerungselement. Darüber wird seit langem diskutiert. Das Problem ist nicht einfach zu lösen. Man muss aber etwas unternehmen. Der Stadtrat hat bereits kurz vor dem Bekanntwerden des Berichts auf übergeordneter städtischer Ebene, die Überarbeitung der Wohnbaupolitik in Angriff genommen. Hier ist auch der Sozialdienst sehr aktiv dabei. Das Büro BASS schreibt aber auch, dass die Stadt trotzdem auf eine gute Durchmischung achten muss. Die Wohnbaupolitik ist aber ein wichtiger Punkt. Der Stadtrat will das Problem gesamtstädtisch lösen. 2. Die hohe Fallbelastung: Es ist tatsächlich so, diesen Vorwurf muss sich die Stadt gefallen lassen. Wieso stellt Winterthur im Vergleich mit anderen Städten so wenig Ressourcen zur Verfügung? Eine Mehrheit im Gemeinderat hat es ermöglicht, eine Studie der ZHAW in Auftrag zu geben. Stadtrat N. Galladé will aber nichts über das Knie brechen, sondern, wenn die Studie abgeschlossen ist und solide Zahlen vorliegen, die SSK und den Gemeinderat einbeziehen. 3. Das zeigt auch der Bericht BASS deutlich: Bei allen Bemühungen, die von der Stadt unternommen werden müssen, ist es eine Tatsache, ohne Soziallastenausgleich im Kanton, wie auch immer dieser gelagert ist, werden weder Winterthur noch die vergleichbaren Städte aus dieser schwierigen Situation herauskommen. Das muss auf politischer Ebene, auf übergeordneter Ebene mit einem langen Atem und hartnäckig verfolgt werden. Der Stadtrat ist auf die Unterstützung der Vertreterinnen und Vertreter

aller Parteien im Gemeinderat Winterthur und im Kantonsrat angewiesen. Das sind drei Punkte, die der Stadtrat weiterverfolgen wird.

Es gibt aber eine Reihe kleinerer Massnahmen, die im Bericht ebenfalls erwähnt werden. Zwei davon stechen hervor: 1. Die Kontrolle der Zusatzleistungen, vor allem beim Einstieg. Die Fallbelastung pro Person auch hier sehr hoch, verglichen mit anderen Zürcher Städten. Die Zusatzleistungen müssen jeweils für lange Zeit ausgerichtet werden, im Unterschied zu den Sozialhilfeleistungen, wo der Umsatz zum Glück relativ gross ist. Das kostet Geld. Das wird ein Punkt sein, den der Stadtrat in naher Zukunft auf dem Radar haben muss. 2. Die Forderung nach Mietzinssenkungen aufgrund des tiefen Referenzzinssatzes, nimmt Stadtrat N. Galladé entgegen. Das soll konsequent nachgefordert werden. Das alles benötigt auch Investitionen – die Rede ist von Sozialinvestitionen. Wenn mehr Kontrollen gefordert werden, mehr Investitionen und mehr Integration, hat das auch mit Ressourcen zu tun. Das muss allen bewusst sein. Mit immer weniger Ressourcen kann nicht die Begleitung geboten werden, die notwendig ist. Mehrfach ist das Gegenleistungsprinzip erwähnt worden. Das Gegenleistungsprinzip wird seit 10 bis 15 Jahren konsequent gelebt in der Sozialhilfe – auch in Winterthur. Das hat mit Einfordern, Kontrollieren, mit Begleitung und mit geeigneten Programmen zu tun und verursacht ebenfalls Kosten, dessen muss man sich bewusst sein. D. Schneider hat den Masterplan erwähnt, gleichzeitig wird der Einbezug des Gemeinderates gewünscht. Für Stadtrat N. Galladé ist klar, dass zuerst der Stadtrat seine Vorstellungen deponieren wird. Gleichzeitig soll der Gemeinderat die Gelegenheit erhalten sich zu äussern. Der Stadtrat wird den Gemeinderat mit Sicherheit einbeziehen und wird auf die Ratsmitglieder zukommen. In diesem Sinn dankt Stadtrat N. Galladé für die Debatte. Die Stadt Winterthur hat noch einen langen Weg zu gehen auf ganz verschiedenen Ebenen. Man soll das eine tun und das andere nicht lassen. Von daher braucht es eine breite Palette an Massnahmen auf verschiedenen Ebenen. D. Schneider hat erklärt, dass Glück kein Menschenrecht ist. Das ist so. Wenn man es von den Sozialhilfekosten her anschaut, wäre man vielleicht glücklicher, wenn Winterthur in der gleichen Lage wäre, wie zum Beispiel die Gemeinde Zumikon, die am Zürichsee liegt. Dann wären gewisse Probleme nicht vorhanden. Es ist trotzdem schön, in Winterthur zu wohnen und nicht in einer Gemeinde, in der Sozialhilfebeziehende eher Exoten sind und das Budget nicht so knapp ist. Wenn man die Aussage, Glück ist kein Menschenrecht, aber in einem grösseren Rahmen anschaut, dann muss man sagen, dass sich alle glücklich schätzen können, dass wir an einem Ort wohnen, wo die Gemeinde zwar grosse finanzielle Probleme hat, aber doch auf sehr hohem Niveau gejammert wird, wenn man den Grossteil des Erdballs anschaut. Das sollte man nicht vergessen und sich selber etwas relativieren. Der Stadtrat sieht die Voten als Auftrag. Er hat die Pflöcke eingeschlagen und wird den Gemeinderat in Zukunft Schritt für Schritt mitnehmen und freut sich über die Unterstützung.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Zum Postulat betreffend Steuerungsmöglichkeiten ist keine ablehnende Kenntnisnahme beantragt. Damit ist das Postulat abgeschrieben. Die Interpellation ist ebenfalls erledigt und wird abgeschrieben.

16. Traktandum

GGR-Nr. 20 5.062: Begründung des Postulats W. Schurter (CVP/EDU), D. Schneider (FDP) und D. Oswald (SVP) betr. Kosten für individuelle Unterstützung / Sozialhilfe

K. Brand (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion unterstützt die Überweisung dieses Postulats. Die Kosten der Individuellen Unterstützung, insbesondere die Fälle von Sozialhilfebezügern, sind in der Stadt Winterthur in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Gemäss Rechnung 2014 sind dafür in der Stadt Winterthur 116 Millionen Franken ausgegeben worden. Das sind 10 Millionen Franken über dem Budget. Für das Jahr 2015 sind dafür 111 Millionen Franken und für das Jahr 2016 sind 125 Millionen Franken budgetiert worden. Es ist davon auszugehen, dass die Kosten auch in den kommenden Jahren weiter ansteigen werden. Das

ist kein haltbarer Zustand und Massnahmen sind dringend erforderlich. Der Stadtrat macht bereits gegenüber dem Kanton Druck, um eine kantonale Lösung voranzutreiben. Diese wird aber noch einige Zeit auf sich warten lassen. Das Ziel muss sein, rasch Massnahmen für eine nachhaltige Senkung der Kosten für die Individuelle Unterstützung aufzuzeigen und einen entsprechenden Aktionsplan vorzulegen. Deshalb fordert die CVP/EDU-Fraktion mit diesem Postulat vom Stadtrat, dass er die Kosten innerhalb der Verwaltung und die verordneten Massnahmen im Zusammenhang mit der Individuellen Unterstützung analysiert und Massnahmen daraus ableitet, mit dem Ziel, eine nachhaltige Senkung der Kosten in dem Bereich zu erwirken. K. Brand dankt für die Unterstützung der Überweisung dieses Postulats.

Ratspräsidentin Ch. Leupi fragt, ob zu diesem Postulat ein Ablehnungsantrag gestellt wird.

S. Näf (SP): Die SP lehnt die Überweisung dieses Postulats ab. Wie der soeben vorangegangenen Diskussion zu entnehmen ist, sind die Beeinflussungsmöglichkeiten im Bereich Sozialleistungen bereits ausführlich im 85 Seiten umfassenden Bericht des Büros BASS abgeklärt worden. Die SP sieht daher keinen Anlass, erneut Ressourcen aufzuwenden, um abzuklären, welche Massnahmen möglich wären. Jetzt ist vielmehr der Zeitpunkt, zu prüfen, welche im Bericht vorgeschlagenen Massnahmen sinnvoll sind und ob, wie und wann diese Massnahmen umgesetzt werden können. Besonders erwähnenswert ist das Projekt der ZHAW, mit dem verifiziert werden soll, ob mehr personelle Ressourcen tatsächlich zu einer schnelleren Ablösung von der Sozialhilfe und somit zu tieferen Ausgaben beitragen können. Es ist sehr wichtig nach Abschluss dieses Projekts, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Es ist nicht zielführend erneut Abklärungen zu treffen, obwohl die meisten in diesem Postulat verlangten Antworten aus dem Bericht BASS herausgesucht werden können. Allgemein ist zu erwähnen, dass das Postulat eingereicht worden ist, nachdem bereits ein Postulat überwiesen wurde und die Abklärungen des Büros BASS bereits liefen.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Hinweis an die Ratsmitglieder: Die Ratspräsidentin bittet die Ratsmitglieder, nach dem Erhalt der Traktandenliste darauf zu achten, ob ein Ablehnungsantrag gestellt werden soll und eine entsprechende Mitteilung zu machen.

J. Altwegg (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion lehnt die Überweisung des Postulats aus einem formellen Grund ab. Es handelt sich eigentlich um eine Interpellation. Das wäre zwar nicht so schlimm. Aber wie bereits von S. Näf ausführlich erläutert, sind alle Antworten im Bericht BASS bereits enthalten. Es würde den Postulanten gut anstehen, wenn sie das Postulat zurückziehen würden. Es macht wirklich keinen Sinn.

D. Schneider (FDP): Die FDP will das Postulat überweisen und zwar einzig aufgrund der Frage 3. Diese Frage ist nicht beantwortet. Sie ist interessant und eine kleine Stellschraube in der ganzen Kostenkontrolle, weil es um die Leistungen von Dritten geht, die eingekauft werden. Diese Massnahmen, die zum Teil von der KESB beschlossen werden, kann die Stadt nicht beeinflussen – Platzierung in Pflegefamilien etc. Es wäre wichtig, eine Übersicht zu erhalten. Die anderen Fragen könnten relativ kurz beantwortet werden. Sie sind eigentlich bereits beantwortet im Rahmen der anderen Vorstösse zu diesem Thema. Die Sozialhilfebehörde befasst sich ebenfalls damit. Es wäre interessant, zu wissen, welche Mandate zu welchen Konditionen vergeben werden. Aufgrund der Frage 3 will die FDP das Postulat gerne überweisen.

K. Cometta (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion lehnt die Überweisung des Postulats ab, obwohl es viele wichtige Punkte aufgreift. Ein Punkt hat D. Schneider erwähnt. Ein anderer ist die konsequente Rückforderung von Alimentenbevorschussungen – das heisst eine gute Debitorenbewirtschaftung. Die GLP/PP-Fraktion ist aber der Auffassung, dass jetzt die Zeit für Taten gekommen ist nicht mehr für Worte. Mit viel Aufwand ist der Bericht BASS erstellt worden. Die Interpellationsantwort hat der Gemeinderat ebenfalls diskutieren können. Jetzt sollte die Papierproduktion gestoppt und damit begonnen werden, die Massnahmen zu diskutieren. Stadtrat N. Galladé hat erklärt, dass er die Massnahmen in der Kommission be-

sprechen wird. K. Cometta ist überzeugt, dann wird auch der Zeitpunkt gekommen sein, um die von D. Schneider erwähnten Punkte genauer anzuschauen. In diesem Sinne soll jetzt mit der Arbeit begonnen werden.

D. Oswald (SVP) glaubt auch, dass man jetzt aufhören muss Papier zu produzieren. Das zeigen die Vorstösse, die heute von der GLP eingereicht worden sind. Diese gehören ebenfalls in dieses Thema. Es ist ganz klar, dass noch wesentliche Antworten fehlen. Die Alimen-tenbevorschussung ist angesprochen worden. Auch die SVP ist nicht sicher, was in dieser Hinsicht läuft. Zudem ist auch die Beeinflussung der einzelnen Behörden untereinander ein Thema. An einer der letzten Budgetdebatten ist sehr gut dargestellt worden, wie die eine Behörde der anderen zu arbeitet. Wie zum Teil Beratungsunternehmen nicht wirklich auf das Ziel und den Erfolg hin arbeitet, sondern einfach die Kosten nach Aufwand verrechnen. Das muss man so pointiert sagen. In dieser Hinsicht hat der Gemeinderat noch nicht alle Antworten erhalten und es liegen nicht alle Zahlen auf dem Tisch. Die Anzahl Fälle, von denen das Büro BASS sagt, dass die Stadt nicht viel unternehmen kann, sind das eine. Das andere ist, wie man damit umgehen will. Die heutige Debatte zu den Traktanden 14 und 15 hat eindeutig gezeigt, dass es Widersprüche gibt. Ebenfalls anlässlich der Budgetdebatte ist über die Gemeindegzuschüsse diskutiert worden. D. Oswald hat erklärt, dass Winterthur für Zuzüger aus anderen Gemeinden attraktiv ist. Das ist von verschiedenen Seiten in Abrede gestellt worden. Aber selbst J. Altwegg hat bei der Beantwortung des Traktandums 14 erklärt, dass sehr viele Leute, die in Winterthur Sozialhilfe beziehen, AHV-Bezüger sind und Gemeindegzuschüsse beziehen. Viele Sozialhilfebezüger wohnen noch nicht 2 Jahre in Winterthur. Also sind nach wie vor Widersprüche vorhanden und Fragen, die nicht beantwortet sind. D. Oswald ist der Meinung, dass nicht alle daran interessiert sind, dass diesen Fragen nachgegangen wird. Hier besteht ganz sicher noch Optimierungspotential. Es ist auch erwiesen, das steht im kantonalen Sozialbericht, dass die Städte Winterthur und Dietikon als einzige Gemeinden einen Zuzug von Sozialhilfebezügern zu verzeichnen haben. Die anderen Städte haben das nicht. Also gibt es Unterschiede. Im Kanton Zürich gelten für alle Städte und Gemeinden die gleichen Gesetze. Wenn Winterthur und Dietikon Zuzüge haben und andere nicht, dann muss irgendwo Unterschiede geben. Diese liegen aber nicht auf dem Tisch. Das Büro BASS hat im Bericht nichts darüber geschrieben. Das hat D. Oswald enttäuscht. Hier muss man dranbleiben. Deshalb wird die SVP das Postulat überweisen.

B. Huizinga (EVP/BDP): Die meisten Fragen, die im Postulat gestellt werden, werden in der Studie BASS ganz oder teilweise beantwortet. Die EVP/BDP-Fraktion sieht daher keinen Grund, der Verwaltung erneut mehr Arbeit aufzuhalsen. Das Stichwort hat K. Cometta gegeben; jetzt müssen Taten folgen. Die EVP/BDP-Fraktion wird das Postulat nicht unterstützen, zumal der Gemeinderat vor kurzem vertieft und fundiert Auskunft über die Aufteilung der Kosten in der Individuellen Unterstützung erhalten hat. B. Huizinga ist der Meinung, dass die Ratsmitglieder das Instrument zur Einschätzung der Lage in der Hand haben.

J. Altwegg (Grüne/AL): Die Diskussion dreht sich im Kreist und offenbar hat das Büro BASS nicht die Antworten geliefert, die sich die SVP, die FDP und die CVP/EDU-Fraktion vorgestellt haben. Jetzt wird nach einem weiteren Haar in der Suppe gesucht. Wenn D. Schneider nur die Frage 3 beantwortet haben will, braucht es nicht dieses Monsterpostulat. Die FDP kann eine Interpellation einreichen zu dieser Frage oder eine schriftlichen Anfrage. D. Schneider könnte auch einfach Stadtrat N. Galladé anrufen, wenn ihn die Zahlen wirklich interessieren. Er sollte aber nicht ein Monsterpostulat einreichen, das eine ganze Menge Arbeit generiert und Kosten. Es wäre wirklich gespart, wenn man dieses Postulat nicht einreichen würde.

Stadtrat N. Galladé: Gemeindegzuschüsse und Sozialhilfe sind zwei verschiedene Dinge. Wer Gemeindegzuschüsse bezieht, erhält keine Sozialhilfe, diese Personen wohnen auch nicht erst zwei Jahre in Winterthur. Gemeindegzuschüsse erhält nur, wer mindestens 5 Jahr in Winterthur wohnt. Das zur Klärung der Begriffe. Würde man die Antwort zur Interpellation betreffend Kostenexplosion, die der Gemeinderat zur Kenntnis genommen hat, durchlesen,

würde man feststellen, dass anschaulich aufgeführt ist, was Sozialhilfe ist, was Zusatzleistungen sind und welche Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sein müssen. Einzelne Fragen können immer beantwortet werden. Stadtrat N. Galladé hat das Gefühl, dass seine Leute fast ein Sondersetting mit D. Schneider betreiben. Die offenen Fragen kann D. Schneider zusätzlich zu den sicher 5 bis 7 Stunden, die er in den letzten 2 Monaten mit Leuten von Stadtrat N. Galladé verbracht hat, noch stellen. Diese Fragen werden sicher aufgenommen und beantwortet. Die Krux am Ganzen ist die Forderung, dass die Kosten ab 2016 nachhaltig gesenkt werden müssen. Das ist zeitlich schwierig. Für ein Postulat braucht es Fristen. Anlässlich der letzten Budgetdebatte hat der Stadtrat klar dargelegt, welche Massnahmen er für das Jahr 2016 ergreifen will. Das hat er auch in der vorberatenden Kommission ausgeführt, nachzulesen im Protokoll vom 7. Dezember 2015, Seite 36 bis 42. Das würde es eigentlich schon fast erfüllen. Von daher ist der Stadtrat tatsächlich für Taten statt Vorstösse – allerdings auch vom Parlament her. Angesichts von Vorstössen, die etwas fordern, für das Jahr, das bereits zur Hälfte vorbei ist, wünscht sich Stadtrat N. Galladé Nägel mit Köpfen anstelle von rostigen Paragraphen. Er wäre froh, wenn die Ratsmitglieder die Überweisung ablehnen würden.

Ratspräsidentin Ch. Leupi lässt über die Überweisung des Postulats abstimmen.

Der Rat lehnt die Überweisung ab.

17. Traktandum

GGR-Nr. 2015.074: Begründung des Postulats W. Schurter (CVP/EDU), U. Obrist (SVP) und D. Schneider (FDP) betr. Alterszentren in der Stadt W'thur

K. Brand (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion unterstützt die Überweisung dieses Postulats. In Winterthur gibt es zwei erfolgreiche private Alterszentren, nämlich seit 1982 die Stiftung Altersheim St. Urban in Winterthur Seen und das Seniorenzentrum Wiesengrund betrieben von der Hülfs-gesellschaft seit 1812. Das könnten auch weitere private Institutionen und Trägerschaften in Winterthur machen. Daher ist die Auslagerung von städtischen Alterszentren an Private zu prüfen und voranzutreiben. Dadurch könnte die städtische Rechnung und die Verwaltungen entlastet werden. Zudem benötigt die Stadt Winterthur aufgrund der Entwicklung der Bevölkerung in nächster Zukunft weitere Alterszentren. Daher ist die Auslagerung von städtischen Alterszentren an private Trägerschaften und die Erstellung von weiteren Alterszentren durch private Investoren zu prüfen und voranzutreiben. K. Brand dankt für die Unterstützung für das Postulat.

B. Helbling (SP) hat im April 2015 an dieser Stelle gesagt, dass die SP-Fraktion die Prüfung einer Auslagerung der städtischen Alterszentren kritisch begleiten wird. Es braucht eine vertiefte Analyse, mit der die Vorteile und Risiken einer anderen Organisationsform aufgezeigt werden. Mit einer Auslagerung oder dem Verkauf der Alterszentren verkauft die Stadt je nach dem auch den Einfluss und die Gestaltungsmöglichkeiten in einem sensiblen Bereich. Die Ratsmitglieder haben damals darüber befunden, dass der Gemeinderat die Neuorganisation und die Weiterentwicklung des Bereichs Alter- und Pflege gutheisst und wohlwollend begleiten will. Warum im September 2015 dieses Postulat eingereicht worden ist, kann die SP-Fraktion nicht nachvollziehen. Im Wissen darum, dass im Bereich Alter- und Pflege eine interne Neuorganisation im Gang ist, die ein bis zwei Jahre dauern wird und über die immer wieder in der zuständigen Kommission und per Medienmitteilung informiert wird, wird jetzt gefordert, dass die städtischen Alterszentren sofort, am liebsten gestern, privatisiert werden sollen. Der Stadtrat soll zudem Investoren suchen, damit Private noch einige Alterszentren bauen können. Wie mit dem Budget 2016 bekannt wurde, wird der Bereich Alterszentren und Spitex neu als Eigenwirtschaftsbetrieb innerhalb der Stadtverwaltung geführt. Das heisst, es wird eine Kostendeckung angestrebt. Gleichzeitig bemüht sich der Bereich nach der Anpassung der Budgetierung auch Klarheit in Bezug auf die Kostenrechnung der Alterszentren zu

schaffen. Zurzeit läuft der gut aufgegleiste Prozess. Wenn alle Zahlen und alle Details bekannt sind, wird eine Klärung in Bezug auf die angemessene Organisationsform oder eine eventuelle Auslagerung der nächste Schritt sein. Man muss sich aber stets bewusst sein, dass die stationäre Pflegeversorgung eine öffentliche Aufgabe ist, die ins Aufgabengebiet der Gemeinden fällt. In einer aktuellen Medienmitteilung hat die Gesundheitsdirektion bekannt gegeben, dass der Bedarf an Pflegebetten nicht so schnell wachsen wird, wie angenommen. Es wird auch darauf verwiesen, dass ein Ausbau der ambulanten Leistungen an vielen Orten den frühzeitigen Altersheimenritt verhindern kann. Im Kanton Zürich besteht zudem bezüglich der ambulanten Pflegeversorgung ein Nachholbedarf. Die Stadt hat einen anderen Abklärungs- und Aufholbedarf, der wichtiger ist als dieses Postulat. Die SP-Fraktion lehnt die Überweisung dieses Postulats ab.

U. Obrist (SVP): Die SVP unterstützt die Überweisung dieses Postulats. Die Alterszentren auszulagern, macht sehr grossen Sinn. Die beiden Vorbilder, K. Band hat sie erwähnt, St. Urban und Wiesengrund zeigen das deutlich. Die demographische Entwicklung in der Stadt Winterthur zeigt auf, dass in Zukunft weitere Alterszentren nötig sein werden. Durch eine Auslagerung der Alterszentren können Kosten eingespart werden. Kosten einsparen, das würde somit auch die Stadtkasse entlasten. U. Obrist dankt für die Unterstützung dieses Postulats.

D. Schneider (FDP): „Die städtischen Alterszentren und die Spitex werden betrieblich weiterentwickelt.“ Das steht in den Schwerpunkten der Stadtverwaltung bis 2018. Das Postulat dient diesem Schwerpunkt. Das Postulat will nicht mehr und nicht weniger als Entscheidungsgrundlagen schaffen, um dieser Zielsetzung ein Stück näher zu kommen. Mit den beiden Alterszentren St. Urban und Wiesengrund verfügt die Stadt über gewisse Vergleichsmöglichkeiten, die in die Überlegungen einbezogen werden können. Die Belegungsfrage, die Dynamik am Markt, die privaten Anbieter fordern die städtischen Anbieter heraus. Das ist ein zunehmendes Risiko, in das die Stadt hineinläuft mit ihren Angeboten. Das muss man im Auge behalten. Die Stadt muss beweglich sein. Das gehört mit in die Betrachtungsweise. Wie geht man damit um, wenn sich vermehrt private Anbieter auf dem Markt tummeln? Schlussendlich will D. Schneider an dieser Stelle die Bemühungen von Frau Mattes würdigen und erwähnen, die eine sehr grosse Arbeit geleistet hat im Rahmen der Reorganisation der städtischen Alterszentren. Es wurde sehr gute Arbeit geleistet. Die FDP ist natürlich für die Überweisung des Postulats.

J. Altwegg (Grüne/AL): Kosten sparen – da sind alle grundsätzlich dabei. Jetzt ist es aber so, private Investoren haben primär ein Ziel – Geld verdienen. Das ist logisch, wenn man Geld ausgibt, will man einen Gegenwert dafür. Das hat zur Folge, dass entweder beim Personal gespart und weniger Lohn bezahlt wird. Das ist eine Variante. Oder die Kunden müssen mehr bezahlen. Der Konradhof ist super. In dieses Altersheim würde J. Altwegg gerne gehen. Aber wie soll der gemeine Bürger, die gemeine Bürgerin sich dort pflegen lassen? Der Konradhof ist einfach zu teuer. B. Helbling hat bereits umfassend erklärt, warum das Postulat nicht überwiesen werden soll. Die Grüne/AL-Fraktion wird das Postulat nicht überweisen.

K. Cometta (GLP/PP): Die Grünliberalen werden das Postulat nicht überweisen und zwar aus einem einfachen Grund: Der Bereich Alter und Pflege befindet sich in einem Reorganisationsprozess. Es geht darum, die Häuser zu stärken und vermehrt über die Zahlen zu steuern. Die einzelnen Häuser sollen auch eigene Finanzkreisläufe erhalten und als Eigenwirtschaftsbetriebe geführt werden. Es ist wichtig, dass in einem so sensiblen Gebiet Schritt für Schritt vorgegangen wird. Stadtrat N. Galladé hat 2015 im Gemeinderat zu Protokoll gegeben, dass in einem zweiten Schritt eine Auslagerung geprüft werden soll. Zitat: „Wenn man beides neben einander macht, ist das nicht sehr sinnvoll“ Das sieht auch die GLP/PP-Fraktion so. Es gibt keinen Grund zum jetzigen Zeitpunkt dazwischen zu schiessen und den gut funktionierenden Prozess zu stören. Der Weg muss sauber und seriös gegangen werden, ohne unnötigen Aktivismus. Privatisierungen sind kein Selbstzweck. Es ist verfehlt, unnötig

Ängste in der Bevölkerung zu streuen. Das generelle Ziel muss sein, dass Verselbständigungen und/oder Privatisierungen mehrheitsfähig umgesetzt werden können. Wenn man alle Baustellen gleichzeitig eröffnet und Maximalforderungen stellt, das heisst direkt eine Privatisierung will, wird die Zielerreichung erschwert.

B. Huizinga (EVP/BDP): Die EVP/BDP-Fraktion unterstützt das Postulat aus mehreren Gründen nicht. 1. Sind private Trägerschaften nicht à priori günstiger. 2. Mit der Pflegefinanzierung muss die Stadt sowieso bezahlen. Warum soll zusätzlich noch Terrain aufgegeben werden? 3. Geht die EVP mit den Postulanten nicht einig, dass es in Zukunft mehr Alterszentren brauchen wird. Die EVP ist überzeugt, dass der Unterstützungsfokus weiterhin auf der Spitex liegen muss. Das zeigen die tiefen BESA-Stufen in den städtischen Alterszentren nur zu deutlich. Die EVP will sich nach wie vor für alle einsetzen, die zum Beispiel generationsübergreifende Wohnformen fördern und den Erhalt der Selbständigkeit im Alter unterstützen. Daher lehnt die EVP die Überweisung des Postulats ab.

Stadtrat N. Galladé hat eine Palette von Argumenten gehört. Der Stadtrat wird beauftragt eine Auslagerung zu prüfen und voranzutreiben. Das ist eigentlich bereits ein Doppelauftrag. Der Stadtrat muss wissen, ob eher geprüft oder vorangetrieben werden soll. Es besteht die Gefahr, dass nach einem Jahr gesagt wird, dass zu viel oder zu wenig vorangetrieben worden ist. Es geht zudem um zwei Prämissen. Die Kosten in den städtischen Alterszentren werden allgemein einfach höher eingeschätzt als in privaten. Diese Aussage nimmt Stadtrat N. Galladé entgegen, kann sie aber nicht zu hundert Prozent nachvollziehen. Eine weitere Aussage ist, dass in Zukunft viele weitere Alterszentren benötigt werden. Hier muss man Fragezeichen machen, das immer grösser wird. Die Studie des Regierungsrates des Kantons Zürich besagt, dass in der Deutschschweiz gegenüber der Romandie noch Luft vorhanden ist. Der Pflegequotient könnte tiefer sein. Das heisst es könnten mehr Leute zu Hause betreut werden. Das ist per se günstiger. Der Grundsatz wurde bereits erwähnt. Er heisst ambulant vor stationär. Das spielt ebenfalls eine Rolle. Mit der neuen Pflegefinanzierung müssen die Gemeinden die Versorgung gewährleisten, aber sie müssen sie auch bezahlen. Egal ob es sich um private oder um städtische Alterszentren handelt. Die Reihenfolge, wie sie von verschiedenen Ratsmitgliedern erwähnt worden ist, richtig. Zuerst muss das Legislaturziel umgesetzt werden, das D. Schneider erwähnt hat: „Die städtischen Alterszentren werden betrieblich weiterentwickelt.“ Diese Entwicklung ist auf einem guten Weg. Es braucht diese Weiterentwicklung, damit Klarheit gewonnen werden kann. Mit der Trennung des Rechnungskreislaufs sind die Zentren gut unterwegs. Im Weiteren muss die Versorgungsplanung aufgenommen werden. Der Start ist im Herbst vorgesehen. Damit wird sichtbar, wie viele Plätze benötigt werden und wie gesteuert werden kann, damit die Alterszentren insgesamt günstiger werden. Wenn das vorliegt, kann darüber diskutiert werden, wer diesen Versorgungsauftrag gewährleisten soll. Aktuell sind es nicht nur einzelne Private. Der Anteil an Privaten ist gross. Die Zusammenarbeit ist gut. Aber die Versorgung gewährleisten im Moment die städtische Spitex und die städtischen Alterszentren. Zudem muss der gesamte Markt mit einbezogen und geklärt werden, was für Stadt am günstigsten ist. Das heisst, die Produktgruppe Pflegefinanzierung und die Beiträge müssen angeschaut werden. Das ist der vorgesehene Ablauf. Die richtigen Schritte müssen nacheinander eingeleitet werden. Diesen Weg will die Stadt gehen. Damit bleibt das Thema aktuell, auch wenn der Gemeinderat das Postulat nicht überweist.

Ratspräsidentin Ch. Leupi lässt über die Überweisung des Postulats abstimmen.

Der Rat lehnt die Überweisung ab.

18. Traktandum

GGR-Nr. 2014.087: Beantwortung der Interpellation A. Steiner (GLP/PP), R. Diener (Grüne/AL) und L. Banholzer (EVP) betr. Leiterkonzept Stadtraum Hauptbahnhof

A. Steiner (GLP/PP): Es geht um das Leiterkonzept beim Hauptbahnhof. Es ist vorgesehen, den Verkehr Autos, Busse, Velos und zu Fussgehende möglichst zu entflechten. Das ist ein allgemeines Ziel der Verkehrspolitik der Stadt Winterthur. Dieser gemeinsame Nenner ist auch im Gemeinderat vorhanden. Es geht bei dieser Anfrage um den Raum entlang der Gleise bei der Abfahrtsrampe des Parkhauses und um die Verbindung zum Gebiet, in dem die Banane steht. Der Stadtrat hält unter Punkt 4 fest, dass das tatsächlich im langfristigen Netzplan eine Option ist. Diese Möglichkeit wird auch an mehreren Orten im gesamtstädtischen Verkehrskonzept und in anderen Papieren der Stadt immer wieder als langfristige Option aufgeführt. Den Interpellanten und Interpellantinnen ist es nie darum gegangen, dass dort sofort etwas unternommen wird oder wie der Stadtrat schreibt, kurzfristig gebaut wird. Das geht auch nicht aus der Interpellation hervor. Es geht um eine langfristige Perspektive und um eine Vision des Leiterkonzepts, damit für die Zukunft nichts verbaut wird. Frage 3: Der Stadtrat erläutert, dass er Gespräche mit den Grundeigentümern geführt hat. Diese seien ergebnislos geblieben. A. Steiner fragt sich, wann der Stadtrat mit wem, welche Gespräche geführt hat. Sie hat ihrerseits mit dem Grundeigentümer auf der Nordseite gesprochen. Das ist überhaupt nicht ergebnislos verlaufen. A. Steiner ist auf grosses Interesse gestossen. Immerhin auf der einen Seite wäre ein Grundeigentümer sehr interessiert. Wenn das irgendwann zum Thema wird, könnte man mit ihm die Vorschläge genauer prüfen. Vermutlich hat der Stadtrat gemeint, er habe mit allen gesprochen, wenn er mit den SBB gesprochen hat, die auf der Südseite die Grundbesitzerin ist. Wie man aber weiss, sind die Immobilien der SBB stark unter Druck. Sie müssen immer mehr Gewinn abwerfen. Wer weiss, vielleicht gibt es auch dort eine Anpassung. Genau dann muss die Stadt bereit sein. In dieser Interpellation geht es ausschliesslich darum, dass die Stadt zur richtigen Zeit bereit ist, damit man sich für die Zukunft nichts verbaut. Das ist eine wichtige Voraussetzung. Die Grünliberalen erwarten, dass der Stadtrat vorausschauend handelt, damit man nicht überrascht wird von neuen Gegebenheiten. Die Grünliberalen nehmen die Antwort des Stadtrates, die sehr zurückhaltend ausgefallen ist, sehr kritisch und enttäuscht zur Kenntnis.

R. Diener (Grüne/AL) will zwei, drei Dinge ergänzen. Zu einem wichtigen Teil hat sich A. Steiner bereits geäussert. Es geht bei dieser Verbindung lediglich um einen Richtplaneintrag, der eigentlich vorgesehen ist. Wo die Verbindung genau durchgehen soll, wird zwar nicht präzise angegeben. Es ist aber klar, mit der Thematik Entflechtung, mit der Förderung des Langsamverkehrs und mit der effizienten Nutzung der Verkehrsmittel in der Altstadt muss dafür gesorgt werden, dass mittel- und langfristig eine gute Verbindung erstellt werden kann. Die aktuelle Entwicklung hat ergeben, dass im Gespräche mit den SBB bereits gewisse Regelungen getroffen werden konnten. Das ist sehr erfreulich. Dafür bedankt sich die Grüne/AL-Fraktion. R. Diener bedankt sich generell für das Engagement und für die Antworten, die trotz allem nicht negativ, sondern einfach zurückhaltend aufgefallen sind. Er will den zuständigen Stadtrat J. Lisibach ermuntern, diese Gespräche weiter voranzutreiben mit den SBB auf der einen Seite und vor allem mit den Grundeigentümern auf der anderen Seite und zu klären, wie auf der anderen Seite der Schaffhauserstrasse beziehungsweise der Wülflingerstrasse, die Verbindung aufgenommen und verbessert werden kann. In diesem Sinn bringt R. Diener die Hoffnung zum Ausdruck, dass die konstruktiven Ansätze, die sich in den letzten Wochen gezeigt haben und die neuen Entwicklungen, die sich ergeben haben, weil die SBB diesem Bereich bauen will, vom Stadtrat aufgenommen und weiterverfolgt werden. R. Diener hofft auf weitere positive Signale.

L. Banholzer (EVP/BDP): Die Antwort auf die Interpellation ist eigentlich überholt. Darüber ist die EVP/BDP-Fraktion erfreut, weil mit der Planung und der Umgestaltung der Ru-

dolfstrasse immer wieder neue Situationen entstehen. Die Frage der Belieferung der neuen Personenunterführung Nord ist noch im Gang. Der fragliche Abschnitt mit den Gebäuden der SBB auf der Seite der Unterführung zur Wülflingerstrasse könnte durchaus eine zentrale Rolle spielen. Je nach dem wäre eine Führung des Veloverkehrs über das fragliche Grundstück und die Brücke entlang der Gleise wieder eine Option. Wichtig ist, dass der Stadtrat mit der weiteren Planung und den Änderungen, die immer wieder notwendig sind, den Fuss in der Türe behält, falls sich eine entsprechende Lösung doch noch umsetzen lässt. Die Route Rudolfstrasse/Schaffhauserstrasse würde damit sehr aufgewertet. Das ist nötig, wenn die das Velofahren wieder attraktiver werden soll und die Ziele betreffend Modalsplitt erreicht werden sollen.

F. Helg (FDP): Das Leiterkonzept, das jetzt diskutiert wird, stammt noch aus den 90er Jahren. F. Helg hat die alten Unterlagen gefunden. 1992 wurde die Rudolfstrasse als Uferstrasse aufgeführt. Das ist eine sehr interessante Terminologie. Es ist toll, dass die Strassen bereits eingezeichnet wurden. Auch wenn das Leiterkonzept nicht eins zu eins umgesetzt worden ist, so wie man sich das in den 90er Jahren vorgestellt hat, ist die Durchlässigkeit im Bereich Bahnhofplatz, wenn man einen erweiterten Perimeter anschaut, gar nicht so schlecht. In dieser Hinsicht appelliert F. Helg an die andere Ratsseite. Es bestehen bereits Verbindungen, die neue Veloquerung, die der Gemeinderat vor kurzem beschlossen hat und die Gleisquerung, die jetzt im Bau ist. Im Nord/Süd-Bereich neben der Rudolfstrasse, wenn man das Gebiet etwas erweitert, hat man auch eine gute Verbindung zwischen der Casinostrasse/Neumarkt/Turmhaldenstrasse, der neue Veloweg, der teuerste in Europa, Richtung Tössfeld/Vogelsang beziehungsweise Rosenstrasse Richtung Mattenbach. Von daher ist das nicht ganz so dramatisch. Bei der Verbindung Rudolfstrasse/Schaffhauserstrasse, die ein spezieller Gegenstand der Interpellation ist, ist auch F. Helg der Meinung, dass es eine Aufdatierung durch den Stadtrates geben soll, weil es einige Bewegungen gegeben hat. Es sieht auch hier nicht ganz hoffnungslos aus.

F. Landolt (SP): Die SP hat diese Interpellation sehr zurückhaltend unterschrieben. Es handelt sich um einen Grenzfall zwischen einer Interpellation, einer Schriftlichen Anfrage und der Kommissionsarbeit. Es gibt sicher gewisse Aspekte, die wichtig sind, aber es ist ein Grenzfall. Gewisse Dinge sind bereits am Laufen. Die SP unterstützt natürlich die Bemühungen und die Kontakte des Stadtrates zu den SBB. F. Landolt hat die Befürchtung, dass die ESSE Bar entfallen könnte bei dieser Wegführung und sie keine neue Heimat finden könnte. Das wäre echt schade.

Stadtrat J. Lisibach: Seit der Beantwortung der Interpellation ist tatsächlich einiges an Wasser die Eulach hinunter geflossen. Die Antwort ist im März 2015 geschrieben worden. Seither hat sich in dieser Sache sehr viel bewegt. Die Bauvorhaben rund um den Hauptbahnhof befinden sich in ganz anderen Stadien. Die Gleisquerung wird im Herbst eröffnet. Der Grosse Gemeinderat hat die Investitionsbeiträge an die SBB für die Veloquerung und die Personenunterführung Nord bewilligt und die SBB als Bauherrschaft sind am Projektieren. Das Departement Bau hat vor einigen Wochen ausführlich darüber informiert. Der Kredit für die Neugestaltung der Rudolfstrasse und für die Erstellung der Velostation Nord hat der Grosse Gemeinderat ebenfalls bewilligt. Die SBB wollen tatsächlich im ESSE Areal die Versorgung und Entsorgung für die geplanten Geschäfte und die Personenunterführung sicherstellen und planen entsprechende Entsorgungs- und Logistikkonzepte. Mehr weiss man noch nicht. All die Projekte tangieren aber auch die Velo Verbindung von der Rudolfstrasse entlang der Fussgängerbrücke in die Schaffhauserstrasse. Stadtrat J. Lisibach erinnert alle Beteiligten an den laufenden Konzepten, Planungen und Projekten immer wieder daran, dass für die Stadt das Bedürfnis für eine ebenerdige Velo Verbindung besteht und dafür der entsprechende Platz vorgesehen werden muss. Stadtrat J. Lisibach versichert den Ratsmitgliedern, dass er dafür in die Pedalen tritt und hofft, dass die Stadt erfolgreich sein wird.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Damit ist auch das Geschäft erledigt. Die Ratspräsidentin wünscht allen schöne Sommerferien.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

Ch. Leupi (SVP)

F. Landolt (SP)

A. Steiner (GLP)